Heft 8 August 1992 6,50 DM

C 12027 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Zonen-Apo: Volkssturm im Wasserglas?
- Balkan: Krieg als Kriegszweck
- Debatte um die RAF: Jünschke, Taufer, Fülberth
- München: Ein Kessel Buntes
- Documenta: Geisterbahn und Disneyland

in konkret August 1992

Von Konkret

an konkret

Und zum Vierten von Hermann L. Gremliza

Volkssturm im Wasserglas?Die Ostdeutschen kommen! von Wolfgang Spickermann

Vertretung berechtigter sozialer Interessen der Ex-DDR-Bevölkerung und löblicher Versuch, »geistige Bewegung in eine festgefahrene Politik zu bringen«, oder Ausdruck einer sich formierenden »Deutschland zuerst«-Brutalität, »die nur extrem rechte Konturen haben kann«? Kontroverse Stellungnahmen zur außerparlamentarischen Protestbewegung in der ehemaligen DDR und zur Gründung der »Komitees für Gerechtigkeit« von Wolfgang Spickermann und Thomas Ebermann/Rainer Trampert

Volkssturm im Wasserglas?Die Lügen sind gleich groß von Thomas Ebermann; Rainer Trampert

Vertretung berechtigter sozialer Interessen der Ex-DDR-Bevölkerung und löblicher Versuch, »geistige Bewegung in eine festgefahrene Politik zu bringen«, oder Ausdruck einer sich formierenden »Deutschland zuerst«-Brutalität, »die nur extrem rechte Konturen haben kann«? Kontroverse Stellungnahmen zur außerparlamentarischen Protestbewegung in der ehemaligen DDR und zur Gründung der »Komitees für Gerechtigkeit« von Wolfgang Spickermann und Thomas Ebermann/Rainer Trampert

Freiheit unterm Knüppel?Rückkehr zur Normalität von Falco Werkentin

Zu Unrecht bezeichnete Ministerpräsident Streibl das Eingreifen der Polizei gegen Demonstranten während des Weltwirtschaftsgipfels in München als »bayrische Art«: Knüppeln, Einkesseln und Festnehmen gehören seit den 60ern zum polizeilichen Repertoire der BRD. War der Münchener Kessel darum die »Rückkehr zur innenpolitischen Normalität« – im Hinblick auf den öffentlichen Protest, wie auch auf polizeiliche Repression? Oder verkennt das Beschwören der Vor-Wende-BRD die neue Normalität des neuen Deutschlands?

Freiheit unterm Knüppel?Die beste aller Freiheiten von Oliver Tolmein

Zu Unrecht bezeichnete Ministerpräsident Streibl das Eingreifen der Polizei gegen Demonstranten während des Weltwirtschaftsgipfels in München als »bayrische Art«: Knüppeln, Einkesseln und Festnehmen gehören seit den 60ern zum polizeilichen Repertoire der BRD. War der Münchener Kessel darum die »Rückkehr zur innenpolitischen Normalität« – im Hinblick auf den öffentlichen Protest, wie auch auf polizeiliche Repression? Oder verkennt das Beschwören der Vor-Wende-BRD die neue Normalität des neuen Deutschlands?

Krieg von Wolfgang Pohrt

Allein die Suche nach einem Kriegsgrund, nicht die Aussicht auf Machtgewinn, leitet den Aufmarsch der Westmächte gegen Rest-Jugoslawien. Denn nur vom Krieg können die Nutznießer der bröckelnden Ordnung den Erhalt ihrer Prinzipien erwarten

Sache der Deutschen von Jürgen Elsässer

Anders als sein Vorgänger taugt der neue deutsche Außenminister nicht zur neckischen Comic-Figur. Denn wo der fliegende Genschman bemüht war, den galaktischen Mega-Schurken »Das Waigel« an der Sabotage der Entspannungspolitik zu hindern, da spielt Klaus Kinkel heute den Rambo für die Militärplaner. Nach der Devise »Zum Löschen muß gespritzt werden« (Kinkel)

bereitet sich das neue Deutschland gezielt auf militärische Interventionen vor, beziehungsweise trainiert sie bereits, wie vor der Küste des ehemaligen Jugoslawien. »Kinkel droht mit Militär« (»Welt«) – diese und ähnliche Schlagzeilen konnte man im Frühsommer ‘92 fast täglich lesen. Umstritten ist nur noch, ob Uno, Nato oder WEU auf Dauer die passende Staffage für die deutschen Ambitionen bieten

Historische Alternative von Frank Rosenthal

Anstelle des Jäger 90 wollen die Deutschen einen »Volksjäger« bauen – wie die Nazis, die 1943 einen »Volksjäger« zu planen begannen, mit dem sie den Krieg doch noch gewinnen wollten

Gefährliche GegendenWeil’s die Polizei erlaubt? von Klaus Jünschke

Kapituliert die Rote Armee Fraktion? Diese Frage war Gegenstand eines Gesprächs, das KONKRET im Mai mit den Gefangenen aus der RAF Karl-Heinz Dellwo, Knut Folkerts und Lutz Taufer in der Justizvollzugsanstalt Celle geführt hat (s. KONKRET 6/92). An dieses Gespräch und die ihm zugrundeliegenden jüngsten Erklärungen der RAF knüpfen die folgenden Beiträge an. Klaus Jünschke fordert eine kritische Auseinandersetzung mit der gesamten Geschichte des bewaffneten Kampfes in der BRD; Lutz Taufer plädiert für einen Weg »zurück in die Gesellschaft«; Georg Fülberth warnt vor neuen Illusionen

Gefährliche GegendenBrief an einen Gefangenen von Lutz Taufer

Kapituliert die Rote Armee Fraktion? Diese Frage war Gegenstand eines Gesprächs, das KONKRET im Mai mit den Gefangenen aus der RAF Karl-Heinz Dellwo, Knut Folkerts und Lutz Taufer in der Justizvollzugsanstalt Celle geführt hat (s. KONKRET 6/92). An dieses Gespräch und die ihm zugrundeliegenden jüngsten Erklärungen der RAF knüpfen die folgenden Beiträge an. Klaus Jünschke fordert eine kritische Auseinandersetzung mit der gesamten Geschichte des bewaffneten Kampfes in der BRD; Lutz Taufer plädiert für einen Weg »zurück in die Gesellschaft«; Georg Fülberth warnt vor neuen Illusionen

Gefährliche GegendenAuf Messers Rücken von Georg Fülberth

Kapituliert die Rote Armee Fraktion? Diese Frage war Gegenstand eines Gesprächs, das KONKRET im Mai mit den Gefangenen aus der RAF Karl-Heinz Dellwo, Knut Folkerts und Lutz Taufer in der Justizvollzugsanstalt Celle geführt hat (s. KONKRET 6/92). An dieses Gespräch und die ihm zugrundeliegenden jüngsten Erklärungen der RAF knüpfen die folgenden Beiträge an. Klaus Jünschke fordert eine kritische Auseinandersetzung mit der gesamten Geschichte des bewaffneten Kampfes in der BRD; Lutz Taufer plädiert für einen Weg »zurück in die Gesellschaft«; Georg Fülberth warnt vor neuen Illusionen

Mama Bonzo zieht ein von Matthias Altenburg

Deutschland in den fünfziger Jahren, ein Dorf in den Kasseler Bergen. Hierhin kehrt der dicke Franz zurück, der in der Résistance ein Bein verloren und seine Landsleute hassen gelernt hat; hierher bringt er Mama Bonzo, das dicke Negerweib aus Marseille. Vorabdruck aus Matthias Altenburgs erstem Roman »Die Liebe der Menschenfresser«, der Ende August im R. Piper Verlag erscheint

Mit Gott und den Faschisten I von Karlheinz Deschner

Der arme Menschensohn hatte nichts, wohin er sein Haupt legen konnte. Und seine Jünger sollten das Evangelium ohne Geld im Gürtel verkünden. Nur einen Wanderstab hatte er ihnen gestattet, bei Markus; bei Matthäus und Lukas auch dies noch verboten.

Ein Schatzgräber ohne Glück von Rolf Tiedemann; Hermann Schweppenhäuser; Hella Tiedemann-Bartels

Was taugt die Ausgabe der Gesammelten Schriften Walter Benjamins? Ihre Herausgeber nehmen die kürzlich erschienene Kritik eines bemerkenswert ignoranten Germanistik-Professors zum Anlaß, um Leistungen und Schwächen ihrer

Arbeit zu verdeutlichen

»Ganz klar Goebbels« von Otto Köhler

Der »Spiegel« hat einen neuen Serien-Autor: Gestützt auf das Gutachten einer fragwürdigen Spezialistin und zum Nutzen eines Schweizer Nazis veröffentlicht er Tagebuchaufzeichnungen des NS-Propagandaministers Joseph Goebbels

Material fürs Sieger-Tribunal?Wo wäre das anders gewesen? von Jürgen Kuczynski

Was hat die DDR-Geschichtsschreibung zur `Aufarbeitung' der nationalsozialistischen Judenverfolgung geleistet? Zuwenig, behauptete in KONKRET 5/92 der ehemalige DDR-Historiker Olaf Groehler und warf ihr »Gleichgültigkeit, Intoleranz und theoretische Enge« vor. Auf diese Vorwürfe antworten nun zwei ehemalige Kollegen Groehlers: die Historiker Jürgen Kuczynski und Kurt Gossweiler

Material fürs Sieger-Tribunal?Aus dem Arsenal des Kalten Krieges von Kurt Gossweiler

Was hat die DDR-Geschichtsschreibung zur `Aufarbeitung' der nationalsozialistischen Judenverfolgung geleistet? Zuwenig, behauptete in KONKRET 5/92 der ehemalige DDR-Historiker Olaf Groehler und warf ihr »Gleichgültigkeit, Intoleranz und theoretische Enge« vor. Auf diese Vorwürfe antworten nun zwei ehemalige Kollegen Groehlers: die Historiker Jürgen Kuczynski und Kurt Gossweiler

ich habe gelesen von Christel Dormagen

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Am Ende der Fahnenstange?Der Schrecken der Idylle von Verena Krieger

»Wenn man's kann, ist es keine Kunst nicht, und wenn man's nicht kann, ist es erst recht keine« (Karl Valentin) - zwei Berichte von der Dokumenta IX, der Welt größter Ausstellung zeitgenössischer Kunst, die noch bis zum 20. September in Kassel zusehen ist

Am Ende der Fahnenstange?Geisterbahn und Disneyland von Peter O. Chotjewitz

»Wenn man's kann, ist es keine Kunst nicht, und wenn man's nicht kann, ist es erst recht keine« (Karl Valentin) - zwei Berichte von der Dokumenta IX, der Welt größter Ausstellung zeitgenössischer Kunst, die noch bis zum 20. September in Kassel zusehen ist

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 08/92, S. 4

Von Konkret

Der »Spiegel« hat sich seit der deutschen Wiedervereinigung mit antisemitischen und deutschnationalen Titelgeschichten und Kommentaren seines Herausgebers die Bezeichnung »Deutschlandmagazin« ehrlich verdient. Otto Köhler zeigte in KONKRET 5/92 (»Offizielle Mitarbeiter«), daß diese Entwicklung des Blattes nicht völlig neu ist, sondern eine Rückkehr zum »Spiegel« der 50er Jahre darstellt, in dem Angehörige des Sicherheitsdienstes (SD) der SS Angehörige des Sicherheitsdienstes der SS rechtfertigten und im übrigen Ressortleiter wurden, und in dem unter der Überschrift »Merkt Euch den Namen Hirschfeld« Adresse, Telefonnummer und Kfz-Kennzeichen eines Kriegsverbrecher-Jägers zur weiteren Verwendung bekanntgegeben wurden.

Köhlers Bericht über die ersten Jahre des »Spiegel« – er fiel in die Hochzeit der Stasi-Jagd – stieß in der Öffentlichkeit auf ein ähnliches Desinteresse wie die kurz zuvor an entlegener Stelle enthüllte Verbindung zwischen Rudolf Augstein und dem Goebbels-Pressesprecher von Oven, der 1950 mit einem vom »Spiegel«-Herausgeber unterzeichneten Presseausweis nach Argentinien `umziehen' konnte. So hat es der »Spiegel« zunächst bei einem »Kein Kommentar« belassen. In der »Weltbühne« Nr. 27 vom 30. Juni '92 ist nachzulesen, was der Augstein-Referent Wolfgang Eisermann dem Journalisten Roland Müller dann doch sagen durfte. Die Nonchalance, mit der Eisermann die von Köhler berichteten Sachverhalte nicht bestreitet, belegt einmal mehr die Regression des »Spiegel« zum »Deutschlandmagazin«:

»Was wußte ein normaler Deutscher und auch der `Spiegel' 1950 schon über den SD... Die Aufklärung ist ja erst später gekommen.« Jedenfalls fand sie in den 50er Jahren nicht im »Spiegel« statt, und daß dessen Redakteure etwa Eugen Kogons 1946 erschienenen »SS-Staat« kennen sollten, war offensichtlich zuviel verlangt. »Außer daß sie (Georg Wolff, Auslandsressortleiter und Horst Mahnke, Leiter des Ressorts Internationales) Mitglied der Geheimpolizei oder irgendwas gewesen sind, ist denen ja nichts weiter vorgeworfen worden, sonst wären sie verurteilt worden.« Eben: Mitglied des NS-Sicherheitsdienstes gewesen und nicht dafür verurteilt worden zu sein, brachte einen in den 50ern nicht aufs Titelbild, sondern in die Redaktion des »Spiegel«. Denn: »Irgendwo mußten die Leute ja herkommen... Jeder Mensch, der 45 – 50 in einem gewissen Alter war, hatte eine Vergangenheit – andere gab es nicht«, und man war auch schnell dazu bereit, den Zusammenhang zwischen der Vergangenheit der Leute »in einem gewissen Alter« und der Tatsache, daß es »andere nicht gab«, zu vergessen.

Weiteres zum »Spiegel« von heute berichtet Otto Köhler in diesem Heft, S. 42.

Das Gespräch mit Karl-Heinz Dellwo, Knut Folkerts und Lutz Taufer in KONKRET 6/92 war gedacht als Einstieg in eine Diskussion über die Geschichte der RAF und die Bedingungen linksradikaler Opposition im neuen Deutschland. Eingeladen zu dieser Diskussion wurden alle politischen Gefangenen in der BRD und einige KONKRET-Autoren. Die Beiträge, die bisher eingegangen sind, werden in diesem Heft abgedruckt (»Gefährliche Gegenden«, S. 26). Geantwortet haben: ein Gefangener aus der RAF (Lutz Taufer), ein ehemaliges Mitglied der RAF, das sich von ihr losgesagt hat, ohne zum Verräter zu werden (Klaus Jünschke), und ein KONKRET-Autor (Georg Fülberth) – eine in gewisser Weise zwar repräsentative Kombination, aber weniger, als wir erwarteten. Begründet ist die magere Beteiligung an der doch so nachdrücklich geforderten Debatte wohl unter anderem in jener Haltung, die Klaus Jünschke veranlaßt hat, das KONKRET-Gespräch ein »abgehobenes weltrevolutionäres Kolloquium« zu nennen: das Bestreben der Sympathisanten der RAF wie ihrer Feinde, die RAF stets zum individuellen, psychologischen und moralischen Problem zurechtzustutzen, auf das – je nachdem – mit dem Gestus der Verehrung, der Verteufelung oder der sozialpädagogischen Fürsorge reagiert werden konnte. In ihm verschwand die politisch-theoretische Frage, ob denn die Analyse der RAF zutreffend und ihre Strategie geeignet gewesen sei, den selbstgesetzten Zweck zu erfüllen. Georg Fülberth setzt sich in diesem Heft mit dieser Frage auseinander.

Der Kirchenkritiker Karlheinz Deschner ist Autor und Sprecher einer Fernseh-Sendereihe über die Politik der Päpste im 20. Jahrhundert. »Mit Gott und den Faschisten« wird von Kanal 4 auf den Frequenzen von RTLplus einmal im Monat ausgestrahlt und von KONKRET in regelmäßiger Folge nachgedruckt. In diesem Heft erscheint die am 12. Juli gesendete erste Folge (S. 37). Die weiteren Sendetermine: Sonntag, 9. August; Sonntag, 13. September; Sonntag, 11. Oktober; Sonntag, 8. November und Sonntag, 13. Dezember – jeweils um 24 Uhr auf RTLplus.

Während in der ehemaligen DDR ihr Rechtsnachfolger BRD die – staatlichen – Gedenkstätten der Geschichte der Arbeiterbewegung aus politischen Gründen schleift, soll das Schicksal der – privaten – Hamburger Gedenkstätte Ernst Thälmann der unsichtbaren Hand des Marktes überlassen werden. Nachdem im Besitz des Thälmann-Hauses, in dem die

Gedenkstätte eine Ausstellung, eine Bibliothek und ein Archiv zur Geschichte der Hamburger Arbeiterbewegung unterhält, ein Wechsel eingetreten ist, benötigt die Gedenkstätte nun 150.000 Mark, um einen langfristigen Mietvertrag abschließen zu können. Steuerabzugsfähige Spenden werden erbeten auf die Konten des Kuratoriums »Gedenkstätte Ernst Thälmann« e.V., Bank für Gemeinwirtschaft Hamburg, BLZ 200 101 11, Konto 1 180 328 700 oder Postgiroamt Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto 1337-204.

Konkret 08/92, S. 4

an konkret

Bezichtigungsarie

KONKRET 7/92: »Endsieg im Luftkrieg« von Jürgen Elsässer

In dem von mir herausgegebenen Buch »Demontage... revolutionärer oder restaurativer Bildersturm?« schreibt unser Autor Robert Halbach auch einige Zeilen über den »Bomber Harry«: »Natürlich, die Befürworter des Sirs sehen das (die Errichtung des Denkmals) als eine Hommage an ihren Kameraden. Wenn die Denkmal-Gegner jetzt nicht schlafen und das Denkmal wirklich errichtet wird, bekämen sie eine wunderbare Chance, das Denkmal umzufunktionieren« und: »In den Zwischenkriegsjahren leitete er im Irak und in Indien Bombeneinsätze gegen Aufständische, bewußte Dezimierung der Zivilbevölkerung.« - Leider haben sie diese Tatsache in Ihrem Artikel nicht erwähnt. Natürlich ist es richtig, gegen das Denkmal zu sein, ich befürworte die Aufstellung dieses Schwachsinns aus dem einfachen Grunde, daß es als Mahnmal umfunktioniert werden sollte und »man«, wie es hier in Berlin mit dem Grafen Helmuth von Moltke geschah, dem Sir ein Ohr abhauen und einen Schweinekopf auf die Schulter drapieren kann. Moltke, der Hochgebildete, hat ja bekanntlich zur Rationalisierung der Kriegskunst und der Entwicklung militärischer Strategien beigetragen.

Was mich an Ihrem Artikel etwas stört, ist die typische linke Bezichtigungsarie: Wir (?) Deutsche haben mit Guernika angefangen, kann man da den Anglo-Amerikanern verübeln, daß sie mit der gleichen Strategie antworteten? Und, Sie haben vergessen, darauf hinzuweisen, daß diese Bombardements kurz vor Kriegsende stattfanden.

Bernd Kramer

Karin Kramer Verlag, Berlin

Diesen Artikel empfinde ich als menschenverachtende Zumutung. Der Autor argumentiert ähnlich, wie Alt- u. Neonazis zu argumentieren pflegen, nur andersherum. Sein Deutschen- u. Nazihaß in allen Ehren, aber er führt seine eigene Argumentation ad absurdum, wenn er Heinemann-Grüder zitiert, der u.a. gesagt haben soll »...Das verharmlost nicht im geringsten, daß die Zerschlagung der Festung Deutschland barbarische Züge angenommen hatte...« Barbarische Züge, wer war der Urheber?? Die Antwort wäre doch wohl: Harris. Nun, darüber sollte sich auch ein Jürgen Elsässer im klaren sein ! Einem Barbaren setzt mensch doch kein Denkmal!

Klaus Eickhoff

Hannover

Logisch

KONKRET 7/92: »Die Bombe tickt« von Wolfgang Pohrt

Von Herrn Pohrt wissen wir, daß in Sarajewo am 27. Mai keine Zivilpersonen durch serbischen Granatenbeschuß getötet wurden. Er beruft sich auf »serbische Militärs« sowie auf »Experten mit Ortskenntnis«. Pohrt spottet über die stümperhafte »Gruppierung der Verwundeten, die wie auf Befehl den Arm zum Winken erhoben«. Mit der roten Farbe sei viel zu verschwenderisch umgegangen worden, die sogenannten Opfer hätten keine »für Granatensplitter typische Verletzungen noch überhaupt sichtbare Wunden« davongetragen. An einer späteren Stelle des Pamphlets steht: »Doch ob gefingert oder echt..., das Video war, was alle sehen wollten.« Pohrt schließt also die Echtheit der Szenen, die etwa 20 Schwerverletzte und Tote zeigten, nicht ganz aus. Doch darauf kommt es ihm nicht an, denn wo gehobelt wird, da fallen nun mal Späne, und was sind schon diese »angeblich 20 Toten« in einem »Bürgerkrieg, wo auf ähnliche Weise täglich Dutzende sterben«?

Was steckt wirklich hinter dieser unappetitlichen Spöttelei über 20 angebliche oder echte Ermordete? Meine Interpretation: Die BRD hatte die Sache der Slowenen und Kroaten unterstützt. Diese sind nicht gut auf die Serben zu sprechen. Pohrt, ein Deutschlandhasser wg. Friedensbewegung und Golfkrieg, muß sich also logisch auf die Seite der Serben schlagen, auch mit dem Risiko, ein laut serbischen Militärexperten - inszeniertes Massaker könnte doch ein echtes gewesen sein.

Man sollte seinen Witz mit dem Grauen nicht zu weit treiben. Oder will Pohrt es bewußt den diversen Judenwitze-Erzählern und »Auschwitz-Legenden«-Bekämpfern mit gleicher Münze von »links« heimzahlen?

Alexander Hofer

Wien

Kahlauer

KONKRET 7/92: Ernst Kahls Kuba-Tagebuch

Diese vier kahlen Sänger-Seiten waren so überflüssig wie ein Kropf und in Anbetracht der lebensbedrohlichen Situation, in der sich das sozialistische Kuba befindet, obszön und menschenverachtend.

Das ist wirklich »schwarzer Humor« - aus der tiefsten Bayernecke. Heißa,

Konkret 08/92, S. 9

Hermann L. Gremliza

Und zum Vierten

Spiegel: Weder die Bürger noch die Bundeswehr sind auf solche militärischen Ausflüge vorbereitet.
Rühe: Das ist ja meine These. Deswegen müssen wir Schritt für Schritt vorgehen. Es geht auch nicht nur darum, die Soldaten, sondern die ganze Gesellschaft auf diese neuen Aufgaben vorzubereiten. Bei Blauhelm-Einsätzen ist das schon gelungen: Zwei Drittel der Bevölkerung stimmen zu... Wenn in einer schwierigen Lage das Leben der Soldaten aufs Spiel gesetzt wird, brauchen sie nicht nur ausreichenden Sold. Sie müssen das Gefühl haben, diesen Einsatz für Deutschland zu vollziehen.

Daß die Deutschen nicht unter Pickelhauben oder in Braunhemden daherkämen, wenn sie das nächste Mal nach der Weltmacht griffen, war vierzig Jahre lang die Warnung derer, die sich vorgenommen hatten, den Anfängen zu wehren. Als es aber geschah, hat es keiner gemerkt, und vielleicht lag es gerade daran, daß die Ortsnamen (Sarajevo, Belgrad) und die Gesichter (Kinkel, Rühe), die aufdringlich nach Komplettierung der Erscheinung durch Uniformstücke verlangen, die 1945 aus der Mode gekommen sind, nicht so anders waren, wie die Warner gewarnt hatten. Wer immer nach dem Wolf im Schafspelz sucht, neigt dazu, im Wolfspelz das Schaf zu vermuten und also beispielsweise in einem Minister des Vierten Reichs, der die Landsleute nicht unter dem Vorwand einer neuen Weltordnung, der Humanität oder des Friedens zum Krieg bereit macht, sondern ihr und anderer Blut ausdrücklich »für Deutschland« fließen sehen will, einen ganz normalen bürgerlich-demokratischen Politiker zu sehen.

Die Politik ist kein no-name-product, wo Nutella drin ist, steht auch »Nutella« drauf, und auf der Deutschen Bank »Deutsche Bank«, oder wer es lieber so möchte: »Bei Euch, Ihr Herrn, kann man das Wesen gewöhnlich aus dem Namen lesen« (J.P. Reemtsma). Was steht auf dem Blitzkrieg? »Wenn ein Angriff, dann schnell. Dann keinen Dauerkrieg mit Landtruppen, sondern einen gezielten Schlag gegen Luftwaffe, Flugplätze und gegen Raketenbasen der Serben«, hat der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Johannes Gerster, draufgeschrieben. Was auf dem Führer des Systems? »Deutschland darf sich nicht von der Fähigkeit verabschieden, als Systemführer militärische Flugzeuge bauen zu können«, hat der Vorstandsvorsitzende der Daimler-Benz AG, des größten europäischen Rüstungskonzerns, der Sozialdemokrat Edzard Reuter, draufgemalt. Was auf dem Panthersprung nach Agadir? »Seestreitkräfte können im hoheitsfreien Raum auf See den politischen Willen eines Staates verdeutlichen«, hat der Inspekteur der Bundesmarine plakatiert.

Daß bei soviel Lärm irgendwas passiert sein muß, merken manche doch. Aber was? Der »Spiegel«, Wortführer des völkischen Deutschland, mutmaßt, der Einsatz des Zerstörers »Bayern« in der Adria sei »hoch symbolisch, ein Bruch mit der Vergangenheit«, und Pastorin Vollmer, Sinndeuterin der Söhne und Töchter, deutet einen »Paradigmenwechsel«; es gehe, sagt sie in der »Tageszeitung«, »um die Konfessionszugehörigkeit der Altäre der politischen Verantwortungsethik«, aber auch darum, daß es »eine symbolische Debatte« sei. Allerdings, sagt sie, »erhalten die Symbole eine solche Macht erst dann, wenn die konkrete Wirklichkeit selbst auf Veränderung drängt und in den alten Handlungsmustern nicht mehr einzuzäunen ist.«

Der dunklen Rede Sinn ist: »Daß das neue größere Deutschland eine veränderte Rolle in einem von Nationalitätenkonflikten geschüttelten Europa und in einer auf chaotische ökonomische, soziale und ökologische Krisen zusteuernden Weltgemeinschaft hat, steht groß an jeder Wand und pfeifen die Spatzen von den Dächern. Wer das nicht als Ausgangspunkt anerkennt, gewinnt nichts und verliert nur kostbare Zeit.« Die »konkrete Wirklichkeit«, die »in alten Handlungsmustern nicht mehr einzuzäunen ist«, hat dem – durch Pech, Schicksal oder Vorsehung – wieder einmal größeren Deutschland wieder einmal eine größere Rolle in der Welt aufgebürdet. Soweit sind Rühe, Kinkel und Vollmer ein einig Volk, und wer es nicht mit ihnen ist, sondern fragen wollte, ob es wirklich die Konflikte waren, die plötzlich angefangen haben, Europa zu schütteln, scheidet aus.

Wer aber »am überzeugendsten die neue Rolle Deutschlands und die daraus resultierenden Aufgaben für die deutsche Außenpolitik definiert, wird aller Voraussicht nach den Auftrag erhalten, das nächste Jahrzehnt zu gestalten«. Die Entscheidung stehe zwischen »Weltstreitmacht« und »Weltinnenpolitik«, und freilich ist Frau Pastorin entschieden für die »-politik«, Herr Kinkel aber habe mit der Entsendung des Zerstörers »Bayern« seinen »ersten Fehler aus Übereifrigkeit« begangen: »Wen soll dieses Schiff eigentlich ins Visier nehmen? Und was soll es zerstören?«

Soweit ist es gekommen. Das Vierte Reich der Deutschen entledigt sich der kriegshemmenden Bestimmungen seiner Verfassung wie das Dritte des Versailler Vertrags, und die Opposition meint, ein Schussel habe gepatzt. Der Zerstörer hat zerstört, was er zerstören sollte: nicht serbische Stellungen, sondern Reste politischer Renitenz, die dem auferstandenen Reich das Recht bestritten hätten, wieder Weltmachtpolitik zu treiben und dabei die letzten Beschränkungen abzustreifen,

die ihm für die Taten des vorigen Reichs auferlegt worden waren. Bis zur Entsendung der »Bayern« sah sich die deutsche Außenpolitik auf den Einsatz ökonomischer und die Lieferung kriegstauglicher Waffen beschränkt; erst jetzt, da ein deutscher Kommandant gegebenenfalls mitschießen darf (gegen Angriffe der großserbischen Marine könne die »Bayern« sich leicht zur Wehr setzen, und wer den Zerstörer aus der Luft angreife, müsse nachgerade »verrückt« sein, sprach der Generalinspekteur Naumann), kann das Reich sich wieder als komplette Weltmacht fühlen.

Ob dazu die Fähigkeit, selbständig Krieg zu führen, unverzichtbar war, scheint noch zur Golfkriegszeit umstritten gewesen zu sein; manche meinten damals, man könne viel Ärger und Geld sparen, wenn man sich von Fall zu Fall Truppen der USA miete. Bei der Zerschlagung Jugoslawiens mußte man lernen, daß die US-Army auf Schäubles oder Reißmüllers Bestellung noch immer nicht so prompt zur Stelle ist wie die Herren das von Hertz und Avis gewohnt sind. Den Schaden hatte Deutschland: »Wenn man früher eingegriffen hätte, wären sowohl die Opfer geringer als auch die Folgekosten, die wir jetzt zu tragen haben«, klagte Gerster. 5.000 Flüchtlinge (vor allem Kroaten zwar, aber Ausländer eben doch, sozusagen befreundete Kanaken) mußte Deutschland für einige Zeit hereinlassen, und für die 150 Millionen Mark, auf die man den Wert der ranzigen Butter hochrechnet, die aus unverkäuflichen Beständen nach Sarajevo geliefert wurde, hätte man beim Stuttgarter Systemführer einen prima Jäger 90 für jenen früheren Eingriff bekommen, der alle anderen Kosten gespart hätte.

Dann nämlich ist die selbständige Verfügung über den Krieg unabdingbar: wenn man an den Opfern des (in erster Linie: deutschen) Sieges über den Sozialismus noch einmal verdienen will; wenn die Elenden des in blutigste Gemetzel rassisch und religiös verblendeter Stämme gestürzten Osteuropa und der in ökonomische, soziale und ökologische Verzweiflung gestoßenen Dritten Welt – nicht zufällig griff Frau Vollmer dies Wort: – »nicht mehr einzuzäunen« sind, sondern über die Reichen zu kommen drohen. Bis aus dem befreiten Rußland die erste Million Flüchtlinge durch Polen nach Westen zieht, müssen Kinkel, Rühe und die sogenannte Opposition die Deutschen »Schritt für Schritt« auf den ersten Blitzkrieg vorbereitet haben – die einen durch unerbetene Beiträge zu Militäraktionen der Uno, die andern durch Anrufungen der Staatsjustiz, die ihnen das bei ihren Wählern noch nicht so gern gehörte Ja zum Kriegführen abnehmen soll.

In den Pausen der Vorstellungen wird eine beliebte Pastorin die neue Rolle Deutschlands und die daraus resultierenden Aufgaben für die deutsche Außenpolitik so überzeugend definieren, daß die Systemführer ihr den Auftrag erteilen, das nächste Jahrzehnt zu gestalten. Amen.

Konkret 08/92, S. 10

Wolfgang Spickermann

Volkssturm im Wasserglas? Die Ostdeutschen kommen!

Vertretung berechtigter sozialer Interessen der Ex-DDR-Bevölkerung und löblicher Versuch, »geistige Bewegung in eine festgefahrene Politik zu bringen«, oder Ausdruck einer sich formierenden »Deutschland zuerst«-Brutalität, »die nur extrem rechte Konturen haben kann«? Kontroverse Stellungnahmen zur außerparlamentarischen Protestbewegung in der ehemaligen DDR und zur Gründung der »Komitees für Gerechtigkeit« von Wolfgang Spickermann und Thomas Ebermann/Rainer Trampert

Seit Wochen geistert im träumenden Bonn ein Schreckgespenst durch die politischen Köpfe – eine ostdeutsche Körperschaft zur Wahrung der Interessen von inzwischen zig Millionen Anschlußgeschädigten. Obwohl niemand so richtig weiß, was aus dem grummelnden Grund wohl wirklich hervorsprießen wird, stehen die Bewertungen bei den verfassungswidrig auf Staatskosten lebenden etablierten Parteien schon fest. »Trittbrettfahrer«, die »mit einer Spaltungspartei eigene Machtinteressen verfolgen wollen«, ortete prompt FDP-Generalsekretär Uwe Lühr beim Auftauchen der ersten Gerüchte. Geradezu köstlich die Reaktion des stellvertretenden Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Otto Regenspurger: »Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß die PDS die alte kommunistische SED ist, so wird er durch die Übernahme der alten unverfälschten kommunistischen Bündnis- und Tarnmethoden erbracht.«

Doch auch die Veteranen der einstigen Bürgerbewegung zeigen sich erzürnt. Konrad Weiß vom Bündnis 90 erkannte prophetisch eine Koalition »ehemaliger Ko-Kommunisten, in demokratische Sozialisten gewendeter SEDler, Ehrgeizlinge und Stasileute«. Vera Wollenberger blieb da in der »Welt am Sonntag« wenigstens ehrlich. Auch sie sieht in den Initiatoren der ostdeutschen »Sammlungsbewegung« ebenso wie CDU/CSU, FDP und SPD die Errichter einer neuen Mauer, welche lediglich vorgeben, sich für die Interessen der Ostdeutschen einzusetzen. Das aber, so schreibt sie beleidigt, »tut die Bürgerbewegung seit Jahren, und ihre Fähigkeit, parteiübergreifend zu wirken, hat sie schon oft bewiesen«.

Diese helle Empörung und die offene Diffamierung einer nur vagen politischen Idee sind allemal verräterisch. Zumal sie bereits zu einem Zeitpunkt lautstark geäußert wurden, als noch keinerlei Einzelheiten bekannt waren. Lediglich die, daß der brandenburgische CDU-Matador Peter-Michael Diestel dazugehört – gerade dem West-CDU-Import Ulf Fink unterlegen, der wiederum durch die Volksabstimmung über die brandenburgische Verfassung eine vernichtende, für ihn freilich politisch folgenlose Niederlage einstecken mußte – und daß PDS-Chef Gregor Gysi ebenfalls zu den geistigen Vätern dieses satanischen Werks zählt. Und das – Schreck in Bonner Morgenstunden beim ersten Erwachen aus dem Siegesrausch – auch noch kurz nach dem ungeheuerlichen Benehmen des Ostberliner Wahlvolkes, das sich den Bringern von »Wohlstand für alle« und »Keinem wird es schlechter gehen – im Gegenteil« absolut undankbar zeigte und zu einem Drittel seine Stimme der PDS gab.

Selbst die Mahnung der Berliner CDU in Tageszeitungsannoncen, daß die dort steckbriefartig abgebildeten Gysi und Schönhuber ihnen, den Wählern, »für Ihre Stimme alles versprechen«, »aber Radikale noch nie was veränderten«, hatte eher die gegenteilige Wirkung auf das »von der Demokratie noch überforderte« Ostvolk (O-Ton Wahlverlierer im TV). Denn nur noch 14 Prozent der Wählerinnen und Wähler in den bei-getretenen Berliner Stadtbezirken honorierten diesmal den selbstlosen Einsatz der CDU. Nun war in den Medien ja viel zu lesen über die besondere Unter- oder Überbewertung des Ostberliner Wahlergebnisses. Das Projekt »Ost-Partei« indessen scheint dort parteiübergreifend zu interessieren. Nach der jüngsten Umfrage des Forsa-Instituts würden nämlich rund 40 Prozent einem solchen Gebilde ihre Stimme geben, fast gleichermaßen aus der Wählerklientel von PDS (50 Prozent), Bündnis 90/Grüne (46 Prozent) und SPD (41 Prozent). Insbesondere die Jüngeren zwischen 18 und 30 Jahren wären nach dieser Umfrage mit 57 Prozent besonders gern dabei.

Die hilflos und angstvoll artikulierten Reaktionen der etablierten Parteien auf die Ankündigung einer wie auch immer neuen politischen Interessenvertretung sind verständlich. Schließlich haben sie, die allmächtigen Parteien, versagt. Die Lebenslage eines großen Teils der Familien im Osten ist inzwischen desolat. Alles Sonntagsgeschwätz des Kanzlers mit seinen optimistischen Phrasen, alle noch so geschönten und gefälschten offiziellen Statistiken können die Wirklichkeit nicht mehr verkleistern. Der vielzitierte Aufschwung Ost ist ein Abschwung, der in Verbindung mit rezessiver Weltwirtschaftslage und zunehmendem politischen Konservativismus in absehbarer Zeit auch die alten Bundesländer tangieren wird. Statt Aufschwung Ost aber gibt es einen Umschwung, nämlich im Denken, das Abwerfen von Illusionen, das Sich-Besinnen auf zunächst ganz individuelle, weil existentielle Interessenlagen.

Rund 40 oder gar 45 Prozent der einstmals Beschäftigten in der DDR sind ohne festes Arbeitsverhältnis oder direkt Kunde beim Arbeitsamt. Die Angst wächst, diese Zustände könnten dauerhaft bleiben. Schon beginnt der Staat, Sozialleistungen zu streichen. Im Osten sollen künftig auch untertarifliche Löhne und Gehälter gezahlt werden dürfen. Der Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes läßt grüßen. Fast eine Million junger, gut ausgebildeter Arbeitskräfte sind nach der Wende in den Westen abgewandert. Bei drastisch geringerem Einkommen als im Westen – entsprechend dürftig sind auch die Zahlungen der Arbeitsämter – sollen nun ab Januar 1993 Westmieten die Bürgerinnen und Bürger beglücken. Und das

bei einem Bauzustand der Häuser und Wohnungen, der noch vor kurzem von den Politikern in Bonn und dem angeschlossenen Funk- und Printmedienreich häufig zutreffend als das Letzte, als Inbegriff sozialistischer Mißwirtschaft beschrieben wurde.

Auch die Spontanreaktionen zumindest der inzwischen bekannten Fernsehstars der einstigen DDR-Bürgerbewegung sind relativ leicht zu erklären. Zum einen welkt alter Lorbeer eben schnell. Heute sitzen viele von ihnen ganz ungeniert am Tisch der Mächtigen und glauben, niemand merkt es. In Wirklichkeit durchleben sie eine Identitätskrise. Entgegen vielen Mißverständnissen ließ und läßt sich diese Bewegung nicht mit Hilfe politischer Ortsangaben wie links, rechts, mitte oder gar ‘vorne’ definieren. Der einzige Kitt dieses Zusammenschlusses war die Gegnerschaft zu einem erstarrten, zwingend notwendige gesellschaftliche Reformen bis zum tödlichen Ende verweigernden Staatswesen, für das in der DDR die SED Sinnbild und Träger gewesen ist. 1989 und davor traten ihre Protago-nisten für einen demokratischen Sozialismus ein. Heute erinnert man sie besser nicht daran.

Die DDR ist untergegangen, ebenso die SED als Partei der Macht mit den wie in den Westparteien unerläßlichen Karrieristen und Trittbrettfahrern. Geblieben von der einstigen »Avantgarde« mit rund 2,3 Millionen Mitgliedern ist ein Rest von nicht einmal 300.000, deren Zugehörigkeit zur PDS in einer Gesellschaft mit offen verherrlichter Berufsverbotspraxis erhebliche Benachteiligungen mit sich bringen kann. Wie einst die Bürgerbewegung der DDR können die verbliebenen Parteimitglieder in jeder Form öffentlich verunglimpft, diffamiert und nach Belieben ausgegrenzt werden. Dennoch bleibt für viele Bürgerbewegte auch weiterhin als Identitätskitt die Stasi und die PDS, letztere als Ersatz für die SED. Es ist das einzige Thema, mit dem sie bereitwillig Aufnahme in den systemtragenden Medien finden. Und sie nutzen ihre Chance eifrig. Dabei war einst ihr Lieblingszitat, daß, wer zu spät komme, vom Leben bestraft werde. Nur sind inzwischen die Karten neu gemischt worden, es läuft ein anderes Spiel. Auf der Tagesordnung steht die soziale Frage, in einer in der Nachkriegszeit bisher nicht gekannten Dimension. Genau das scheinen bisher nur die unmittelbar Betroffenen mehr und mehr zu begreifen. Die Politiker in Bonn üben sich unbeirrt in Wirklichkeitsverdrängung – wie weiland das vergreiste SED-Politbüro.

Die Aufgabe einer ostdeutschen Interessenvertretung liegt unter solchen Bedingungen gewissermaßen auf der Straße. Überall in den neuen Bundesländern bilden sich spontan Interessenverbände. Es geht um Fragen der Gerechtigkeit, der Gleichbehandlung, um die Abwehr von Enteignungen, um die Sicherung von Rentenansprüchen, um den Kampf zur Erhaltung von Arbeitsplätzen, um Widerstand gegen Behördenwillkür und vieles mehr.

Ostdeutsche Interessenvertretungen bilden sich längst auf lokaler, regionaler und übergreifender Ebene. Motiv ist der Zwang zur Selbsthilfe – weil die vorhandenen Parteien und Verbände in der Regel blind, taub oder willenlos sind. Selbst die ostdeutschen Betriebs- und Personalräte sehen sich trotz Gewerkschaften zu eigenständigen Aktionen genötigt. Das Spektrum solcher Aktionen vergrößert sich, selbst von nationalkonservativen Zusammenschlüssen mit dem Zusatz »ostdeutsch« wird berichtet. Auch die hochbezahlten Bundestagsabgeordneten-Ost in den etablierten Parten CDU, SPD und FDP proben gelegentlich bereits den Aufstand. Wie jüngst, als sie alle gemeinsam, mit Hilfe von Bündnis 90/Grüne und PDS, versuchten, den Sitz des Bundesgerichtshofes von Karlsruhe nach Leipzig zu verlegen – und in der Abstimmung hoffnungslos unterlagen.

Auch Brandenburgs SPD-Chef Reiche hat die Zeichen die Zeit erkannt. Für den 3. Oktober will er eine große Kundgebung der Ostdeutschen organisieren, für eine »gerechtere Gestaltung der deutschen Einheit«. Allerdings nicht in Bonn, sondern in Schwerin.

Das Abstimmungsverhalten im Bundestag verdeutlicht eines der gravierenden Probleme. Die Architekten des ungerechten Einigungsvertrages haben zur Wahrung ihrer Interessen eben an alles gedacht, was damalige Politamateure wie Diestel, de Maiziere oder Schirmer erst später durchschauten: Selbst wenn alle ostdeutschen Abgeordneten im Bundestag und alle Ministerpräsidenten der neuen Bundesländer einschließlich Berlin sich in irgendeiner Sachfrage einig wären – in jeder Abstimmung über Gesetzesänderungen hätten sie allein schon nach den Gesetzen der Arithmetik keine Chance. Dagegen können die aus dem Westen stammenden Abgeordneten jederzeit nach Belieben mit einfacher Mehrheit den ohnehin katastrophalen Einigungsvertrag zuungunsten der Ostdeutschen verändern. Wie erst unlängst geschehen.

Der Einigungsvertrag sah vor, daß in den neuen Ländern Angestellte des öffentlichen Dienstes für zwei Jahre, bis zum 30. Oktober 1992, ohne jeden Kündigungsschutz beschäftigt, also mit jeder x-beliebigen Begründung entlassen werden können. Dem Sachsenkönig Biedenkopf reichte diese Frist nicht aus. Sein Land erwirkte im Bundesrat mit nahezu allen Stimmen auch der SPD-regierten Länder eine Gesetzesinitiative, um diesen rechtlosen Zustand um ein weiteres Jahr zu verlängern. Der Bundestag wollte dieses Gesetz gar ohne Aussprache als Bagatelle absegnen, nahm sich dann aber doch noch 25 Minuten Zeit dafür. Ergebnis: Mit der Mehrheit von CDU/CSU und FDP wurde der Einigungsvertrag wie vorgeschlagen verändert.

Die Ostdeutschen – das Beispiel erhellt es – haben keinen Vertreter mehr, der als Partner dieses Vertrages über dessen Einhaltung wacht. Dabei wäre bei den inzwischen offensichtlich gewordenen Mängeln eine Neuverhandlung existentieller

Probleme unerläßlich. Zum Beispiel in den Fragen Rückgabe vor Entschädigung von Grund- und Hauseigentum, Unterbindung des Mißbrauchs des Rentenrechts als perfider Form des Strafrechts, Durchsetzung des Grundsatzes »gleicher Lohn für gleiche Arbeit« und vertraglicher Festlegung einer nur mit den Gehältern steigenden Wohnungsmiete im Osten.

Die Initiatoren der ostdeutschen Interessenvertretung wollen – entgegen ersten Gerüchten – keine separatistische Ostpartei gründen. Ziel des Initiatorenkreises ist es offenbar, die akuten Probleme und gefahrvollen Momente des Einigungsprozesses zu thematisieren, die Diskussion über neue, der Würde der Menschen im Osten gerecht werdende Lösungen herauszufordern. Ohne stärkeren Druck von unten, ohne entsprechende Formen politisch organisierter Interessenvertretung aber wird sich da nichts bewegen.

Welche Resonanz der Gründungsaufruf des »Komitees für Gerechtigkeit« letztlich im einstigen DDR-Volk finden wird, bleibt abzuwarten. Die Möglichkeiten eines solchen Zusammenschlusses dürften ohnehin beschränkt bleiben. Jedenfalls müssen die ihn tragenden Persönlichkeiten, unter denen auch Westdeutsche sind, gründlich befragt werden. Auch reicht das Etikett »Ost« als Identitätsklammer nicht aus. CDU-Diestel und PDS-Gysi beispielsweise vertreten gesellschaftliche Gruppen, die mehrheitlich jeweils unterschiedliche Erwartungen an die gemeinsam angestrebte bessere Gestaltung des Einigungsprozesses haben dürften. Die Grenze verläuft eben nicht zwischen Ost und West, sondern letztlich noch immer zwischen oben und unten.

Doch für solcherart Kritik bleibt im Bedarfsfall noch genug Zeit. Zuvor sollten die Vordenker dieser »Sammlungsbewegung« ihre politischen Ideen öffentlich machen und präzisieren, und zwar möglichst bald. Als Versuch, geistige Bewegung in eine festgefahrene Politik zu bringen, sollte der Ansatz zu einer originären ostdeutschen Interessenvertretung neben dem vorhandenen Parteiengefüge allemal Erfolg haben. Das zeigen bereits die überschäumend allergischen Reaktionen der Politpromis im provinziellen Bonn.

Wolfgang Spickermann ist Chefredakteur des »Neuen Deutschland«

Konkret 08/92, S. 12

Thomas Ebermann; Rainer Trampert

Volkssturm im Wasserglas? Die Lügen sind gleich groß

Vertretung berechtigter sozialer Interessen der Ex-DDR-Bevölkerung und löblicher Versuch, »geistige Bewegung in eine festgefahrene Politik zu bringen«, oder Ausdruck einer sich formierenden »Deutschland zuerst«-Brutalität, »die nur extrem rechte Konturen haben kann«? Kontroverse Stellungnahmen zur außerparlamentarischen Protestbewegung in der ehemaligen DDR und zur Gründung der »Komitees für Gerechtigkeit« von Wolfgang Spickermann und Thomas Ebermann/Rainer Trampert

Die Irritation ist groß. Aus Helden einer Heldenstadt wurden binnen eines historischen Wimpernschlags »Ost-Türken«, »Kolonialneger« oder »Indianer« einer »Indianervertreibung«, und zwar durch das, was sie selber begehrten: Marktwirtschaft, D-Mark, den Westen. Man sollte zwar mit dem Begriff »Kolonisierung« sehr vorsichtig umgehen, weil kein Fall bekannt ist, in dem ein »kolonisiertes Volk« sich diesen Zustand frei und geheim erwählt und sich anschließend selber für diese Tat als Heldenvolk gefeiert hat, gleichwohl ist nicht zu bestreiten, daß sein »Selbstwertgefühl immer weiter zerstört wurde« (»Diskussionsangebot«, vorgelegt von Diestel, Gysi und anderen). Wenn man weiß, daß nach Meinungsumfragen in der Skala deutschen Ekels Türken gleich hinter Polen auf Platz zwei stehen, dann offenbart der selbstgewählte Vergleich mit Türken das Ausmaß der psychischen Zerrüttung hinreichend.

Während Honecker noch vor der Wiedervereinigung gewarnt hatte, beförderten Diestel, Gysi, Eppelmänner und Leipziger sie nach Kräften, ohne sich heute selber zur Verantwortung zu ziehen. Im Gegenteil: Lapidar erklärt das Komitee in seinem »Appell«: »Unterschiedlich war der Grad unserer Verantwortung... für die deutsche Einheit«, um im selben Atemzug die eigene Blindheit wieder Honecker anzulasten. Gysi: »Die DDR hat ja leider verhindert, daß die Leute den Kapitalismus kennenlernten,... daß sie sich nämlich Illusionen gemacht haben, hat die SED... zu vertreten.«

Sollte diese Feststellung mehr sein als ein Versuch, sich aus der Verantwortung zu stehlen, müßte spätestens heute die Kapitalismuskritik Grundlage der »Komitees für Gerechtigkeit« sein. In keiner gemeinsamen oder von einzelnen abgegebenen Erklärung ist aber zu lesen: Die Marktwirtschaft, die wir wollten, handelt quasi naturgesetzlich nach dem Prinzip: Fressen oder Gefressenwerden. Ist ein Staat oder eine Region erst einmal aller Schutzfunktionen für Produktion und Binnenmarkt entledigt, wie Währung, Zölle oder ähnliches, und werden Waren auf dem Weltmarkt in der Hartwährung DM gehandelt, dann steht dies nur ein in seiner Produktivität mit Stuttgart vergleichbarer Landstrich durch. Marktwirtschaft funktioniert so, daß weniger produktiven Menschen, Regionen und Staaten in offener Konkurrenz die Versorgungsbasis zerschlagen wird. Und sie durchdringt mit ihrem Grundgesetz, dem legitimen Sieg des Starken und dem Ruin des Schwachen, die gesamte Gesellschaft. An die Stelle einer einigermaßen schlüssigen Ursachenbestimmung tritt jedoch als konstitutives Element der Komitees, sich als ewige Opfer von Machenschaften aus dem Westen zu vermarkten und bei eben diesem System eine Gerechtigkeit anzumahnen, die den Opfern wegen ihrer deutschen Blutsverwandtschaft zustehe.

Spätestens als mit Katrin Krabbe eine aus dem Osten »gejagt« wurde »wie Freiwild«, drohte das PDS-nahe »Neue Deutschland«, man werde nie »vergessen, daß es« keine Türken, sondern »deutsche Leichtathletikfunktionäre waren«, die »mit ihrer unverhohlenen ostfeindlichen Haltung« nicht nur »große Olympiahoffnungen auf dem Gewissen haben«, sondern obendrein nur mit einer einstweiligen Verfügung gezwungen werden konnten, »ihre Judasrolle aufzugeben«, wo doch die Abstammung vom gemeinsamen Blut das Gewissen hätte lenken sollen. Der Schriftsteller Klaus Schlesinger, ebenso Unterzeichner des »Appells« wie die anderen im folgenden Zitierten, hat bemerkt, daß den Leuten im Westen gar »die Sahara näher als die DDR« sei, weshalb das Komitee denen einmal »die Befindlichkeit und den Willen des deutschen Volkes kenntlich« machen müsse (Grehn, Präsident der Arbeitslosen Ost) im »Wiederaufleben einer... nationalen Front« (»ND«) für »ein geeintes Deutschland als Hort von Frieden, Kultur...« (Dr. E. Fischer, Gewerkschaft HBV).

Komiteegründer leben allerdings mit der Angst im Bauch, daß »die europäische Einigung uns so schnell auf den Hals kommen (wird), daß wir für Deutschland bald keine Zeit mehr haben« (Tamara Danz, Rock-Sängerin), ja, »nicht einmal fähig sind«, »Deutsche zu werden« (Barbara Thalheim, Liedermacherin). Gerhard Zwerenz beklagt, daß »schöne Sprüche, man sei... ein Volk« leider nur »vor der Hochzeit gelten«, er attestiert: »Die Betrogenen der Geschichte leben im Osten« und verlangt Satisfaktion nicht etwa mit einem Aufruf zum Aufstand gegen die kapitalistischen Okkupanten, sondern mit dem triefenden Appell: »Der Osten, das ist Goethe in Weimar... Nietzsche und Schopenhauer... Richard Wagner in Dresden.«

Der Kontrast zwischen der deutschen Reinheit im Osten und dem entarteten Westen, dem sogar die Neger in der Sahara näher sind als deutsches Erbgut, spiegelt sich auch in den offiziellen Dokumenten dieser neu-deutschen Bewegung wider. Die Hoffnungen, »die mit der deutschen Einheit verknüpft waren«, seien infolge »geistiger, moralischer... Krisen im Westen« zerstört worden (»Appell«). Schon droht dieser Sittenverfall auf den Osten Deutschlands überzugreifen: »Die

drastischen Folgeerscheinungen zeigen sich« im Osten »in der steigenden Zahl von Selbstmorden, von zerrütteten Familien, in der anwachsenden Kriminalität und nicht zuletzt im Sinken der Geburtenrate« (»Diskussionsangebot«).

Da bilden sich Komitees zur Rettung der deutschen Familie, sie sorgen dafür, daß viele deutsche Kinder geboren werden und merzen die Kriminalität aus, damit dieselben wieder auf die Straße können. Sehr wohlwollend interpretiert ist dies das Programm von Edmund Stoiber.

Bei derart gehäufter deutscher Kultur und Tiefe kann die drängendste Frage, seit es Deutschland gibt: `Wie halten es die Deutschen mit jenen im Lande und in der Welt, die nicht zur Blutsverwandtschaft gehören?', leider nicht beantwortet werden. »Wegen der unterschiedlichen politischen Herkunft der Beteiligten sollte sich die Ostpartei nach den Äußerungen Gysis auf eine begrenzte Zahl von Gemeinsamkeiten beschränken und strittige Fragen – etwa der Asylpolitik – ausklammern« («FAZ«). Schließlich wolle man »ostdeutsche Interessen konsequent vertreten« und damit »sehr wohl einen gesamtdeutschen Beitrag leisten«.

Westdeutsches Judaswerk, Mißachtung von Nietzsche und Wagner, die Bedrohung eines zu vereinheitlichenden Deutschtums durch Europa, Abschweifungen zu den Negern in der Sahara, der aus dem Westen wuchernde Sittenverfall – hervorgebracht von den Tätern der Reichsgründung – stinken gewaltig nach Weltverschwörung und Dolchstoßlegende, die nur eine Antwort verdienen: »Nationale Front – Ost«. Da kennt man keine Klassen mehr, sondern nur noch Deutsche, von der CDU bis zur PDS, von der Mieterin bis zum Immobilienmakler, vom Arbeitslosen bis zum Unternehmer, der eine besonders hohe Wertschätzung in der ostdeutschen Volksgemeinschaft genießt. Dem Komitee ist »die Förderung des Mittelstandes« ein Herzenswunsch, und auf die Frage: »Wie finanzieren sie sich eigentlich?«, antwortete Gysi während der Pressekonferenz am 11. Juli: »Wir haben Angebote von Unternehmerinnen und Unternehmern, uns durch Spenden zu helfen.«

Stolz verkündete das »ND«: »Erster Kreisverband einer Ostpartei – CDU/PDS-Kontakt vor Gründung neuer Gruppierung«. Da hatte »der aus Düsseldorf stammende Marketing-Unternehmer Hermann von Schrötter... gestern Abend« in Frankfurt/Oder »eine Bürgerpartei gegründet«. So zwischen 50 und 80 »Gleichgesinnte« seien gekommen, »darunter zahlreiche ortsansässige Kleingewerbler«. Chef Schrötter sei zwar »Anhänger der Diestel-Linie«, habe aber gefunden, auch die PDS sei »eine ungeheuer disziplinierte, sachlich orientierte Gruppierung mit vielen guten Leuten«. Man beschloß, daß die Regierung in der Stadt versagt habe, und »insbesondere Förderung des Mittelstandes«. Immer beliebter werden die Losung »Deutsche kaufen nur ostdeutsche Waren« und das Verlangen, daß westdeutsche Unternehmer gefälligst aus patriotischen Motiven im Osten zu investieren hätten.

Auf der anderen Seite im Lande stehen die gescholtenen Westler, die sich in ihrem »Wohlstand« bedroht wissen. Sie hatten ihre Brüder und Schwestern vordem nur als Objekte zur Steigerung ihres eigenen geschundenen Selbstwertgefühls auserkoren oder um bei ihnen Kasse zu machen. Eine Sammlungsbewegung, die jetzt im Osten zwecks Schaffung von Gerechtigkeit fordert, in deren trübseligen Zustand versetzt zu werden (ohne Kriminalität, versteht sich), zerstreut in den Westlern allerletzte Zweifel. Ihre Erfahrungen mit der Marktwirtschaft lassen sie Gysis Propagandaformel, mehr für den Osten sei auch für sie von Nutzen, schnell als Lüge erkennen, weswegen sie immer häufiger zum verinnerlichten Dogma einer kapitalistischen Leistungsgesellschaft greifen: Jene, die es nicht zu Geld bringen, sind selber schuld an ihrem Schicksal und belasten als Schmarotzer die Gemeinschaft.

Einiges ist neu in Deutschland. Zwar sind wieder einmal Deutsche in Ost und West Opfer ihrer eigenen Taten, abstrahieren von ihrem Tun und sehen andere Kräfte im Spiel. Nur: Diesmal wenden sie sich nicht gemeinsam gegen einen Versailler Vertrag oder die »jüdische Weltverschwörung«, sondern jeweils gegen die andere »Volksgruppe«. Die einen gegen die raffenden Deutschen, die anderen gegen die schmarotzenden. Da sie nicht aufgehört haben, sich nationalistisch zu definieren, statt über Klassen, Schichten, Geschlecht oder nur allerlei liebenswerte Eigenschaften, schließen die Deutschen sich zu konkurrierenden Volksgemeinschaften zusammen.

Hoffnungen jedoch, eine deutsch-deutsche Konkurrenzgesellschaft könnte andere Menschen entlasten, sind unangebracht. In Meinungsumfragen und nach der Zahl der Mordanschläge auf Menschen dunkler Haut- und Haarfarbe sind sich die Kontrahenten einig, und je mehr sich der innerdeutsche Verteilungskampf zuspitzen wird, desto aggressiver wird man gemeinsam denen ans Leder gehen, durch deren Abschiebung, militärische oder ökonomische Niederwerfung die Verteilungsmasse größer zu werden verspricht.

Gerade der Gedanke, daß knallharter Rassismus kein Grund sei, nicht als wertvolles Mitglied am Zweck der Komitees mitwirken zu können (selbstverständlich auch nicht die Befürwortung einer deutschen Atombombe, deutscher Militärinterventionen etc.), ist nicht nur der miesen Suche nach einem Minimalkonsens geschuldet, sondern zeigt die Prioritätensetzung aller Beteiligten. Wir kritisieren also das Projekt ausdrücklich nicht als »illusionär-reformistisch«, sondern als Vorboten einer sich formierenden »Deutsche zuerst«-Brutalität, die nur extrem rechte Konturen haben kann.

Eine nationale Erhebung schafft sich in der Regel einen Führer, an dem sie sich aufrichtet. Die Bauchlandung in kurzer Frist – von dem Wunsch nach deutscher Erstklassigkeit über den Sekt am Brandenburger Tor bis zur Bettelei bei Behörden

und dem Empfinden, ein Dauerversager zu sein – führt zum Ruf nach jemandem, der die verlorene Ehre rächt. Peter Michael Diestel hat zwölf Leibwächter und macht mit ihnen, um sein Volk kennenzulernen, »250 km Fußmarsch durch Mecklenburg. Mit Uniform, Fliegerstiefeln und Zelt. Ohne Rasieren« (Diestel). Während seine Landsleute einen Angolaner erschlagen, schwärmt er von »Seen und Wäldern im schönsten Teil Deutschlands, den wir eingebracht haben«, und verlangt für die Ostdeutschen »das Recht, sich mit Stolz und Würde angetan in der deutschen Einheit zu bewegen«. Nicht Angolaner, Polen, Roma oder Vietnamesen sind für ihn die Opfer, sondern »ein Polizist, der sich heute auf der Straße erschlagen, erschießen lassen..., sich um Gesundheit und Leben bringen« kann, aber nicht Mitglied der CDU werden dürfe, »wenn er früher in der SED war«. Weil er schon bei der Gefängnisrevolte in Leipzig als Polizeiminister nach eigener Aussage angeboten hatte, »sich dem Stärksten auf dem Dach im Kampf Mann gegen Mann zu stellen«, glauben sie ihm, wenn er sagt: »In Bonn haben sie Angst, daß der Diestel die Trommel rührt.«

Dann keimt in der Gefolgschaft die Hoffnung auf, mit diesem Tausendsassa könne es doch noch gelingen, vom ewigen Opfer zum Täter zu avancieren. Inzwischen ist er Kolumnist bei der rechtspopulistischen »Super-Illu« und wird sich dort für die betrogenen Ostdeutschen einsetzen wie seit 40 Jahren die »Bildzeitung« für den kleinen Mann im Westen. Lässig darf es bei ihm durchaus zugehen, denn schließlich möchte er sich selber gerne »eine Harley Davidson zulegen und losrasen«, er haßt nur Anpasser (»irgendwie unmännlich«) und »kleinliches Parteiendenken, das sich vierzig Jahre im Westen entwickelt hat«. In einer flott-modischen »Freizeitgesellschaft« muß das Führungsangebot durchaus nicht ewig-gestrig sein. Es kann auch Jörg Haider oder Peter Michael Diestel heißen.

Und was will Gysi mit ihm? Man müsse schon »über sogenannte klassische linke Modelle hinausgehen«, um dann später »zwischen den beteiligten politischen Organisationen die Vergabe der zu erwartenden Bundestagsmandate und der Wahlkampfkostenrückerstattung detailliert auszuhandeln«. Soviel zum Thema, es gehe nicht um eine Wahlpartei.

Selbstredend läßt eine nationale Front zur Verteidigung des Volkswillens keinen Raum für linke Ideen. Auf der Pressekonferenz des Komitees antworteten auf die Frage, ob das Projekt nun links oder rechts sei,

· Thalheim: »Vielleicht muß diese Bewegung auch mit diesem Vorurteil aufräumen«;

· Grehn: »Verwenden sie doch mal Begriffe `ehemals links' und `ehemals rechts'«;

· Gysi: »Es wird Zeit, daß die Linken begreifen, daß auch sie überparteilich denken müssen.«

Was wäre dafür ein gutes Beispiel? »Da ging es im Bundestag um die Frage, ob der Bundesgerichtshof von Karlsruhe nach Leipzig zieht. Und plötzlich waren sich alle Ossis im Bundestag einig, von der CDU bis zur PDS« (Gysi), wie etwa auch in der Entscheidung über die Reichshauptstadt und in ähnlichen Fragen, die der Rentnerin, die ihre Miete nicht mehr bezahlen kann, ein Stück weiterhelfen. Auch Diestel ergriff dazu das Wort: »Es ist einfach festzustellen, daß sich die Hälfte der Menschen in Ostdeutschland an der Politik nicht mehr beteiligt, sich ausgegrenzt fühlt... jenseits der Frage, wer links und wer rechts ist.«

Allen Antworten ist eines gemeinsam: Die Berufung auf den Volkswillen als solchen, dem Gerechtigkeit werden soll. Es ist ausreichend belegt, daß derselbe nicht links steht. Allein die PDS hat noch das Problem, in dem nationalen Einheitsprozeß Reste von antikapitalistisch-emanzipatorischen Vorstellungen ausgrenzen zu müssen, und sie bemüht sich eifrig darum. Kommentator Oschmann vom »ND« erkennt für das Komitee »Gefahrenmomente« nur mehr für den Fall, »wenn es zu Intellektuellen-dominiert bleibt« und »wenn... Vertreter der Wirtschaft oder Gewerkschaften so gut wie draußen vor bleiben«, die Volksgemeinschaft also nicht vollständig versammelt wäre. André Brie gesteht zwar noch ein, daß »eine Zusammenarbeit mit CDU-Politikern... nicht unproblematisch«, dennoch »dringend erforderlich« sei. Ein dringendes Erfordernis duldet keinen Widerspruch, und so holzt Brie gegen linke Kritiker in den Reihen der PDS: »Verratsrufe erschallen gerade von jenen, die sonst ständig von Massenverbundenheit reden, aber wenns konkret wird, in die älteste sektiererische Pose fallen.«

Wo Linke enden können! Eine Massenverbundenheit ist an sich schon ein gefährliches Gedankenkonstrukt, zumal dann, wenn die Massen ihren Protest dadurch äußern, daß sie eine Bundesstraße blockieren, um ein Asylbewerberheim zu verhindern. Den Gedanken an eine Verbundenheit mit ausgebeuteten und verfolgten Menschen aber in eine Verpflichtung umzuwandeln, die »Komitees für Gerechtigkeit« aus der Taufe zu heben, ist arglistig, auch oder besonders dann, wenn diese Arbeitsplätze für den Osten verlangen. Der Wunsch nach einem Arbeitsplatz als Garanten des Lebensunterhalts kann Menschen zu Verbündeten von Faschisten, Kommunisten, Sozialdemokraten, Wirtschaftsparteien, der Atomindustrie, Rüstungsindustrie, von irgendeinem Branchenkapital oder einem Milliardär machen. Linke Politik erschöpft sich nicht an dieser Stelle, sondern beginnt da erst.

Der Verbundenheit der Komitees mit dem kapitalistischen System, das vorzugsweise in Begriffen wie Marktwirtschaft, Industrieansiedlung, Mittelstandsförderung, Wirtschaft vorgetragen wird, entspricht ihr weiteres konstitutives Element: die zeitgenössische Kritik am raffenden Parteiensystem. So sehr Diestel kleinliches Parteiendenken haßt, so gewaltig preist er »Brandenburg«, denn dort »arbeiten alle Parteien sachbezogen zusammen. Die Ampelkoalition macht... mit der PDS, die CDU macht... mit der PDS« – und die PDS mit ihnen. In seinem Beitrag labt Wolfgang Spickermann (»ND«) sich an

»verfassungswidrig auf Staatskosten lebenden etablierten Parteien« (die PDS zahlt alles auf Heller und Pfennig zurück, oder?), an »überschäumend allergischen Reaktionen der Politpromis«, wobei diese lächerlichen Figuren nicht einmal in der Reichshauptstadt residierten, sondern nur »im provinziellen Bonn«. Auf der Pressekonferenz faßte Grehn für alle zusammen: »Wir glauben, daß das Parteiensystem nicht in der Lage ist, die Probleme zu lösen. Das hat es bewiesen.«

Der Bundespräsident hat die Deutschen aufgerufen, das Parteien-Hick-Hack als störend für die Lösung der anstehenden Hauptaufgabe zu empfinden: der Verwirklichung der deutschen Einheit. Die Wirtschaftsführer haben Bonn schlechte Noten gegeben, und das »Volk« darf nach wochenlangen Presseenthüllungen den Kopf schütteln über zu große Dienstwagen, Kilometerpauschalen oder Zusatzrenten. Die Kritik an den unproduktiven, schmarotzenden Politikern und Parteien sichert dem Kapital seine Unantastbarkeit, und umgekehrt: Der Sieg des Kapitalismus als Weltanschauung macht den Parlamentarismus tendenziell obsolet, weil die Funktion, unterschiedliche miteinander ringende Interessen (manchmal gar Klassenkämpfe) in einem stellvertretenden Streitverfahren zu befrieden, angesichts der Dominanz einer einzigen Weltanschauung überflüssig erscheint.

Das Gründer-Komitee macht dabei mit, weil es nur noch (Ost-)Deutsche kennt und dafür Zustimmung erheischt, die »Tageszeitung« jedoch, deren Chefredakteur Sontheimer Mitunterzeichner des »Appells« ist, stellte Seiten zur Verfügung für die neue Philosophie. Antje Vollmer (ehemals KPD/AO) und Ekkehart Krippendorff schlugen zu. Vollmer philosophierte: »Wenn sich die Welt nicht mehr dual, nicht mehr rechts-links, nicht mehr richtig-falsch, nicht mehr gut-böse zur Anschauung gibt«, dann sei »die politische Widerspiegelung in Weltanschauungen ebenso rettungslos altmodisch wie das Existieren in den dazugehörigen... Parteien«. An Stelle von Weltanschauungen und Parteien gebe es dann nur noch eine »Selbstverpflichtung« für das »Gemeinwesen«, das »Vorrang vor den Einzelinteressen« habe. Was Vollmer begrüßt, wäre wohl ungefähr der von Adorno angesprochene Zustand vom Ende der Dialektik, eine »totalitäre Einigkeit, welche die Ausmerzung der Differenz unmittelbar als Sinn ausschreit«. Vollmer akzeptiert den Kapitalismus als einen endgültigen gesellschaftlichen Zustand, denn jedes Aufbegehren würde wieder zu richtig-falsch oder gut-böse unterscheidenden Weltanschauungen führen, also als Rückfall ins Altmodische diffamiert werden müssen. Diesem totalitären Denken sind selbst einige der in den Parteien vorhandenen Reste von ursprünglich reichlich differenten Weltanschauungen störend.

Ekkehart Krippendorff begründet dasselbe Anliegen noch deutscher – also in der Tradition von Lutherismus, Preußentum und Nationalsozialismus. Sich auf Goethe berufend möchte er »eine neue Ethik des Politischen« prägen und sieht deren höchste Verwirklichung darin, »daß nur derjenige Macht über Menschen (!) auszuüben legitimiert« sei, »der in höchstem Maße allen persönlichen Ambitionen (!) und Befriedigungen (!) zu entsagen in der Lage« ist. In Weimar habe Goethe ein »politisches Personal heranbilden« wollen, »das seine Befriedigung im Dienen findet«. Dies sei »gerade heute alles andere als ein historisch-nostalgischer Hinweis.«

Weshalb die Renaissance der grausamsten deutschen Tugend, des ewigen Dienens fürs Gemeinwohl, also für den Staat, gerade heute ansteht, mag an zweierlei liegen. Die bevorstehende Phase von Blut, Schweiß und Tränen soll der politisch Bedienstete mit einer symbolischen Entsagung dem »Volk« besser vermitteln können. Obendrein hat offenbar der akzeptierte Sieg des Kapitalismus ihn in göttliche Sphären gehoben, so daß eine Befreiung vom Dienen gar nicht mehr gedacht werden kann. Die Lage verlangt nach Managern eines Gesamtsystems. Ihnen arbeitet die eben zitierte ‘Philosophie’ zu, die eine Gänsehaut hervorzurufen vermag wie erst recht der reale Zustand der Gesellschaft. Tatsächlich haben Vollmer und Krippendorff ja die Tendenz richtig beschrieben. Würde VW-Chef Hahn morgen ankündigen, er werde aus nationaler Verantwortung nur noch im Osten Deutschlands investieren und sei bereit zu kandidieren, falls die Hick-Hack-Parteien aufgelöst würden, er hätte im Osten Zuspruch kaum zu ermessenden Ausmaßes.

Auch das »Komitee für Gerechtigkeit« will »alles tun, um den Wirtschafts- und Industriestandort Ostdeutschland als Voraussetzung für ein auf eigenen Leistungen beruhendes glückliches (!) Leben (zu) erhalten« (»ND«). Zur Erreichung dieses Ziels könnten sich heute nahezu 30 Prozent der Ostdeutschen vorstellen, das Komitee zu wählen. Aber selbst dann, wenn es ihm gelänge, seine Wunschvorstellung durchzusetzen, nämlich eine richtige »Körperschaft« zu sein, die »per Gesetz die Befugnis eines Kontroll- und Initiativorgans erhält« (»Appell«), und den Bundesgerichtshof nach Cottbus zu holen, werden deswegen nicht mehr Industrien dort angesiedelt, weil das Kapital noch immer nicht patriotisch investiert.

Die Botschaft des »Komitees für Gerechtigkeit« lautet: Mit uns ist realisierbar, was Helmut Kohl nur versprach. Die Lügen sind gleich groß. Die Verantwortung für die Stimulierung volksgemeinschaftlicher Gesinnung, nationalistischen Denkens und einer allgemeinen Stimmung »Deutschland zuerst« – wahrscheinlich – auch.

Thomas Ebermann und Rainer Trampert schrieben in KONKRET 4/92 über eine »Deutsche Reinigung«: die Entnazifizierung

Konkret 08/92, S. 16

Falco Werkentin

Freiheit unterm Knüppel? Rückkehr zur Normalität

Zu Unrecht bezeichnete Ministerpräsident Streibl das Eingreifen der Polizei gegen Demonstranten während des Weltwirtschaftsgipfels in München als »bayrische Art«: Knüppeln, Einkesseln und Festnehmen gehören seit den 60ern zum polizeilichen Repertoire der BRD. War der Münchener Kessel darum die »Rückkehr zur innenpolitischen Normalität« – im Hinblick auf den öffentlichen Protest, wie auch auf polizeiliche Repression? Oder verkennt das Beschwören der Vor-Wende-BRD die neue Normalität des neuen Deutschlands?

Widerspruch ist anzumelden gegen bajuwarische Überheblichkeit und landesväterlichen Dünkel. Des bayerischen Staatschefs Erklärung aus Anlaß der Einsätze seiner Polizei während des Weltwirtschafts-Gipfels, daß nämlich »das etwas stärkere Hinlangen bayrische Art« sei, muß korrigiert werden. Was Streibl als bayrisches Brauchtum reklamiert, jenes Einkesseln von Demonstranten und polizeiliche Prügel für verbalen Widerspruch, ist kaum mehr als ein Plagiat Berliner Polizeitraditionen vom Ende der 60er Jahre. Im Laufe der Zeit strahlten sie über die ganze Republik aus, bis sie nach 25 Jahren endlich München erreichten.

Wer da einst vor der Kavallerie der Berliner Polizei floh, die vom hohen Roß den Knüppel schwang, wird sich der Worte Duensings, des Polizeipräsidenten und Begründers des taktischen Einkesselns, vom 6. Juli 1967 erinnern: »Nehmen wir die Demonstranten als Leberwurst, nicht wahr, dann müssen wir in der Mitte hineinstechen, damit sie an den Enden auseinanderplatzt.« Wie erfolgreich seine Polizeiführer diese Taktik beherrschten, erwies der 2. Juni ‘67 vor der Berliner Oper. Heißa, wurde da zum Schutz des Schahs eingekesselt und »hineingestochen«. Daß ein Beamter nicht nur schlug, sondern den Revolver zog und Benno Ohnesorg erschoß, war gewiß regiewidrig, wenngleich vor dem Hintergrund der Polizeiausbildung und offizieller Feindbildpflege nicht zufällig.

In der Folgezeit geriet die Polizei arg in die Kritik. Dafür ausgebildet, kommunistische Feinde niederzumachen, hatte sie die Söhne und Töchter der besseren Gesellschaft aufgemischt. Und so kam’s zum Skandalgeschrei der Väter, die in »Zeit« und »Spiegel«, in »Stern« und »Frankfurter Rundschau« die Feder führten. Die Polizei gelobt alsbald Besserung. »Nicht Schlachten zu gewinnen, sondern Schlachten zu vermeiden« galt als neue Losung, nachdem begriffen war, daß eine von der Polizei auf der Straße gewonnene Schlacht gleichwohl in der Öffentlichkeit und in den Medien verloren werden kann.

Nach und nach gingen die alten Polizeiführer in Pension. Fast schien es, als sei ihr in den Kesselschlachten des II. Weltkrieges gewonnener Erfahrungsschatz verloren gegangen. Doch in der zweiten Hälfte der 80er Jahre zeigte sich, daß diese Kenntnisse in der Polizei überlebt hatten. Reaktiviert wurde das Einkesseln von Demonstranten zunächst im Norden Deutschlands, beginnend mit dem Bremer Kessel im Juli 1985. Als es galt, den im Gefolge des Reaktorunglücks in Tschernobyl neu aufflammenden Protest gegen den Einsatz der Kernenergie in rechte Bahnen zu lenken, besann Hamburgs Polizei sich am 8. Juni 1986 auf dieses taktische Mittel und hielt auf dem Heiliggeistfeld rund 800 Demonstranten ca. 12 Stunden umstellt. Mochte das für Betroffene auch lästig sein – so massiv »hineingestochen« wie 1967 in Berlin wurde nicht.

Sowohl ein Bremer (im April ‘90) als auch ein Hamburger Verwaltungsgericht (VG) erklärten später die Kessel für rechtswidrig. Doch zwischenzeitlich war das Einkesseln längst zur Mode geworden. Am 16. September ‘86 plagiierte die Mainzer Polizei das Modell und kesselte ca. 100 Demonstranten mehrere Stunden lang ein. Im September ‘90 wurde auch dieser Einsatz von einem VG als rechtswidrig gewertet. Dito kam das LG Amberg, den Schwandorfer Kessel vom Oktober ‘86 beurteilend, von dem ca. 200 Demonstranten betroffen waren, nach 3 1/2 Jahren im Mai ‘90 zu einem identischen Ergebnis. Zuvor hatte sich bereits auch die Polizei Berlins alter Zeiten erinnert. Bei strömendem Regen wurde am 12. Juni ‘87 am Tauentzien rund 600 Gegnern des Berlin-Besuchs von US-Präsident Reagan per stundenlangem Kessel vorgeführt, wo die Demonstrations- und Meinungsfreiheit auf Grenzen stößt. Kaum noch erwähnenswert, daß wiederum ein VG (Juli 1989) diesen Kessel für rechtswidrig befand.

Doch die Sanktionswirkung verwaltungsgerichtlicher Entscheidungen geht gegen Null. Mehr als die gerichtliche Erklärung, daß ein Verwaltungsakt »rechtswidrig« gewesen sei, haben Polizisten nicht zu fürchten – eine recht stumpfe Waffe, um sie auf den Pfad rechtsstaatlicher Tugend zurückzuführen. Selbst noch nachdem ein Strafgericht im November ‘91 gegen vier Polizeiführer, die für den Hamburger Kessel verantwortlich waren, wg. »Freiheitsberaubung und Körperverletzung im Amt« Geldstrafen zwischen 8.400 bis 16.200 Mark verhängt hatte, blieben Polizeiführer mit politischer Rückendeckung als Hangtäter im pathologischen Wiederholungszwang verfangen. Im Juni ‘92 wurden in Mannheim-Schönau rund 250 Menschen ca. 2 Stunden »vorübergehend in Gewahrsam« genommen, die ihre Solidarität mit Asylbewerbern ausdrücken wollten.

Nun schließlich im Juli der Kessel in München. In der »Süddeutschen« sah sich ein Reporter an DDR-Verhältnisse erinnert. Mit Freude an Polemik las ich's – doch trifft's die Sache nicht. Denn seit den Schüssen aus russischen Panzerrohren und Kalaschnikows im Juni '53 herrschte bis zum Oktober '89 Friedhofsruhe auf den Straßen der DDR – nur unterbrochen von Parteiaufmärschen und jenen der »bewaffneten Organe«. So erinnern mich die Bilder knüppelnder Polizisten und festgenommener Demonstranten aus München weit mehr an die politische Folklore der Bundesrepublik als an Verhältnisse in der DDR.

Dem ist – mag es auch zynisch klingen – hinzuzufügen: Daß es aus der DDR zwischen dem 17. Juni '53 und den Oktober-Tagen des Jahres '89 nahezu keine Bilder von prügelnden Volkspolizisten gibt, während in der Bundesrepublik seit Mitte der 60er Jahre solche Ereignisse alltäglich geworden sind, spricht gegen die DDR und für das politische System der Bundesrepublik. Denn trotz der Todesfälle im Verlauf der bundesdeutschen Demonstrationsgeschichte der letzten 25 Jahre – von Benno Ohnesorg im Jahre '67 über Klaus Jürgen Rattay '81 bis zu Cornelia Wissmann in Göttingen '89 – war es nicht größerer bürgerrechtlicher Mut im alten Bundesgebiet, der Zehn- und zwischenzeitlich Hunderttausende veranlaßte, ihren Widerspruch gegen die herrschende Politik auf die Straße und in die Wilster Marsch zu tragen. Vertrauen darauf und Gewißheit waren es, daß im Regelfall rechtsstaatliche Sicherungen dem Einsatz polizeilicher Gewalt und dem verdeckten, subkutanen Abstrafen halbwegs kalkulierbare Grenzen setzen. In der DDR hingegen hat das dem 17. Juni '53 folgende massenhafte, offene Abstrafen politischen Widerspruchs durch eine drakonische Urteile fällende Justiz und die seit dem Mauerbau im Jahre 1961 verstärkt genutzte verdeckte Kontrolle und Repression durch das MfS bis zum Oktober '89 nahezu allen den Mut genommen, das Wagnis einzugehen, ihre Opposition so massenhaft und lauthals wie in der Bundesrepublik auf die Straßen zu tragen. So kann der knüppelnde Polizist noch Symbol größerer Freiheiten sein.

Fazit: Die Juli-Tage in München bedeuten keineswegs eine »neue Stufe polizeilicher Eskalation«. Vielmehr signalisieren sie die Rückkehr zur bundesdeutschen Normalität. Zum einen – und das ist erfreulich – in dem Sinne, daß nach einigen Jahren oppositioneller Lähmung offenbar die Bereitschaft wieder wächst, den Widerspruch gegen die herrschende Politik erneut in den öffentlichen Raum zu tragen, zum anderen in dem Sinne, daß die herrschende Politik ihre Polizei in alten Formen darauf antworten läßt. Dies als Rückkehr zur Normalität zu bezeichnen, muß nicht heißen, sich mit ihr versöhnt zu haben. Denn vielfach ist es gerade die alltägliche »Normalität«, hier wie in anderen Bereichen, gegen deren Unerträglichkeit zu streiten ist.

Falco Werkentin ist Redaktionsmitglied der Zeitschrift »Bürgerrechte & Polizei« (Cilip)

Konkret 08/92, S. 17

Oliver Tolmein

Freiheit unterm Knüppel? Die beste aller Freiheiten

Zu Unrecht bezeichnete Ministerpräsident Streibl das Eingreifen der Polizei gegen Demonstranten während des Weltwirtschaftsgipfels in München als »bayrische Art«: Knüppeln, Einkesseln und Festnehmen gehören seit den 60ern zum polizeilichen Repertoire der BRD. War der Münchener Kessel darum die »Rückkehr zur innenpolitischen Normalität« – im Hinblick auf den öffentlichen Protest, wie auch auf polizeiliche Repression? Oder verkennt das Beschwören der Vor-Wende-BRD die neue Normalität des neuen Deutschlands?

Vergleiche, haben wir gelernt, hinken oft – was, in weniger behindertenfeindliches Deutsch übersetzt, heißt: Zwar läßt sich alles mit allem vergleichen, mit dem Ergebnis läßt sich aber oft wenig anfangen. Das gilt in besonderem Maß für den Vergleich von Recht und Ordnung, Freiheit und Menschenwürde: Ihm haftet, so oder so, etwas unangenehm Egozentrisches an – unsere Opfer haben mehr gelitten als eure, wir haben die beste aller Freiheiten... Statt Kritik und Analyse wird so zumeist Aufrechnung und Ideologiebildung betrieben.

Der bedenkenlose Vergleich der DDR-Staatssicherheitspolitik der Jahre 1953 bis 1989 mit den Repressions-Maßnahmen der bundesdeutschen Herrschenden im gleichen Zeitraum, der die »Todesfälle« bei Ausübung des Grundrechts auf Meinungsfreiheit hierzulande gerade mal erwähnt, die gewaltfreie Kapitulation des DDR-Polizeiapparates in seinen letzten Tagen dagegen kaum zur Kenntnis nimmt, fällt unter diese Rubrik. Der Polizei- und Militäreinsatz am 17. Juni 1953 läßt sich nicht ohne weiteres gegen den Deutschen Herbst 1977 aufrechnen, die 1. Mai-Demonstrationen in Ost- hatten wenig mit den 1. Mai-Demonstrationen in West-Berlin zu tun.

Die DDR war, anders als die Bundesrepublik Deutschland, von Beginn an tatsächlich in ihrer Existenz bedroht; das völkisch-antikommunistische Bewußtsein hatte bei vielen und gesamtdeutsch den Nationalsozialismus überdauert – was in der BRD aber umstandslos zur staatstragenden Ideologie werden konnte, schaffte in der DDR zunächst einmal ein solides staatsfeindliches Fundament: Das alles rechtfertigt die Praxis des DDR-Repressionsapparates nicht (zumal auch die DDR-Staatsorgane entschiedener gegen die linke als gegen die rechte Opposition vorgegangen sind) – macht aber deutlich, daß er sich unter gänzlich anderen Bedingungen entwickelte als in der BRD. Auch das, was Falco Werkentin genügsam als oppositionelles politisches Engagement definiert, »die Bereitschaft, den Widerspruch gegen die herrschende Politik in den öffentlichen Raum zu tragen«, war im übrigen in der DDR keineswegs unmöglich oder unbekannt – der öffentliche Raum war lediglich anders, zweifelsohne bescheidener konstruiert.

Die größeren Freiheiten, die die knüppelnde Polizei im kapitalistischen Deutschland nach Werkentins Meinung symbolisiert, gewährt sie zudem auch nur symbolisch – der politische Handlungsspielraum für die Opposition hierzulande war und ist lediglich scheinbar weiter gesteckt als in der DDR: Für den Repressionsapparat gilt das Opportunitätsprinzip. Neonazistische Schlägertrupps und Waffensammler über Jahre frei agieren lassen, linke Parolensprüherinnen für zwei Jahre in den Knast schicken – Protest zum falschen Anlaß oder mit zu großer Wirkung gerät schnell in Gefahr, rücksichtslos bekämpft zu werden; halbwegs kalkulierbar ist dann nur noch, daß die bundesdeutsche Justiz auf das Überschreiten der ziemlich beliebig verschiebbaren Grenzen mit Urteilen und Haftbedingungen reagiert, die drakonischer kaum sein könnten.

Dabei waren (und sind) bundesdeutsche Polizei, Bundesgrenz- und Verfassungsschutz und der, entgegen seinem Auftrag auch im Inneren wirkende, Bundesnachrichtendienst (auch deshalb) zu keinem Zeitpunkt mit einer staatsgefährdenden Opposition konfrontiert worden. Während in den späten 60er, den 70er und teilweise den 80er Jahren wenigstens noch viele wollten, was sie nicht vermochten, ist spätestens seit der Wiedervereinigung bei den meisten Demonstrantinnen und Demonstranten auch der *Wille* zur Revolution abhanden gekommen: Mit dem »Na wenn schon« zum nationalen Aufbruch Deutschlands hat die Opposition ihr Selbstbewußtsein verloren und die Kriterien für ein Handeln, das geeignet sein könnte, den volksgemeinschaftlichen Konsens, wenn schon nicht zu zer-, dann doch wenigstens nachhaltig zu stören.

Falco Werkentin liefert mit seinem polizeikritischen Kommentar dafür ein Beispiel: Statt die Verhältnisse im Deutschland des Jahres 1992 zu analysieren, konzentriert er sich darauf, in ihnen nach vertrauten Details von früher zu suchen. Daß er fündig wird, reicht ihm für die Botschaft »Rückkehr zur Normalität« allemal aus. Die Konsequenz ist Entwarnung: Wir sind zwar unversöhnt, aber wir wissen, daß uns am Schreibtisch in diesen Verhältnissen nichts allzu Schlimmes blüht.

Der Blick zurück auf die Geschichte bundesdeutscher Polizei-Kessel und DDR-spezifischer Repressionsmaßnahmen läßt ihn das Besondere der deutschen Gegenwart aus den Augen verlieren. Werkentin reproduziert damit, nur unwesentlich variiert, die Generallinie der bundesdeutschen Publizistik – die nirgendwo beschlossen werden mußte, deren Grundlage, und das ist schlimmer, stillschweigend vorausgesetzt werden konnte.

In den Wochen um den Münchner Weltwirtschaftsgipfel wurden aber nicht »nur«, wie die lautstark Empörten aller Parteien und Medien weismachen wollten, trillerpfeifende Demonstranten und Demonstrantinnen festgenommen: In Mannheim-Schönau z.B. verhinderte die Polizei über Wochen systematisch und mit ausnehmend brutalen Einsätzen antifaschistische Demonstrationen zum Schutz bedrohter Flüchtlinge und stellte diese faktisch unter Hausarrest; in Bayern war nicht nur das Demonstrieren, sondern schon die offene politische Diskussion weit im Vorfeld des WWG infolge offener polizeilicher Überwachung faktisch nicht mehr möglich; die Hamburger Polizei fahndete tagelang nach orthodoxen Juden; gleichzeitig warnten hessische Friedensforscher und Friedensforscherinnen ausdrücklich vor antifaschistischen Aktionen. Und während die versprengten Reste der Opposition im Inneren, wenn sie sich überhaupt regten, so in Schach gehalten wurden, ist eilends und ohne daß sich irgendeine Friedensgruppe oder Unterschreiber-Initiative regte, Deutschland auch wieder als Militärmacht aktiv geworden: Der erste UNO-Blauhelmeinsatz für Bundeswehrtruppen wurde durchgesetzt sowie kurz darauf ein Nato/WEU-Einsatz von Bundeswehr-Einheiten vor der jugoslawischen Küste. Und die Kommentatoren liberaler Zeitungen räsonieren über »die militärischen Herausforderungen, vor die sich die Bundesrepublik gestellt sieht...«

Gegen dieses Ensemble staatlicher Konfrontationspolitik nach innen und nach außen gab es weder massenhafte noch lautstark auftretende Opposition. Die Kritik an der, zweifelsohne zu Unrecht als bayrische Linie bezeichneten, offensichtlich widerrechtlichen Einkesselungs-Taktik während der nur relativ gut besuchten Münchner Demonstrationen überlagert die eigentlich notwendige Auseinandersetzung mit der rasanten Militarisierung der bundesdeutschen Politik. Daß nicht einmal die linke Anti-WWG-Opposition den Zusammenhang zwischen Repression und neu-deutscher Machtpolitik öffentlich zur Sprache bringen konnte, lag zu einem erheblichen Teil an der Loyalität der Medien zur offiziellen deutschnationalen Politik – es hat seine Ursache aber auch im Konservativismus der linken Politik, die ihrerseits, darin Werkentins Ansatz ähnlich, auf der Suche nach einem Weg zurück ist.

Schon 1985 hatten die linken Gruppen die Zeichen der Zeit mißdeutet und waren, statt gegen die Rehabilitierung der Waffen-SS durch Bundeskanzler Kohl und US-Präsident Reagan in Bitburg, gegen den damals in Bonn angesetzten Weltwirtschaftsgipfel auf die Straße gegangen. Die Teilnehmer der Aktionen 1992, die sich in ihrem überwiegenden Teil gegen die »Weltbeherrschungspolitik der G 7-Staaten«, die »Globalisierung der Herrschaft des Kapitalismus« und das »imperialistische System« (RAF) richteten, die in einigen Arbeitsgruppensitzungen Rassismus in Deutschland nur als Element der Neuen Weltordnung analysierten, ohne sich für seine spezifisch deutschen Ausformungen zu interessieren, setzten diesen Fehler fort. Sie nehmen die zunehmend offen zu Tage tretenden Auseinandersetzungen zwischen insbesondere den USA, unterstützt von England, und der BRD nicht wahr, sondern fixieren sich stur auf die Weltverschwörung des Kapitals. Das gelegentlich in Erklärungen eingesetzte »gegen Großdeutschland« verkommt so, ohne daß daraus eine Analyse resultierte oder politische Konsequenzen erwüchsen, zur Phrase, die sich folgenlos in das schematische Denken der linken Fraktionen einfügen läßt, das nur zwei Seiten kennt, »oben« und »unten«, »Volk« und »Kapital«, »den Imperialismus« und »die Befreiungskämpfe«.

Oliver Tolmein schrieb in KONKRET 7/92 über die Auseinandersetzungen um einen jüdischen Friedhof in Hamburg

Konkret 08/92, S. 20

Wolfgang Pohrt

Krieg

Allein die Suche nach einem Kriegsgrund, nicht die Aussicht auf Machtgewinn, leitet den Aufmarsch der Westmächte gegen Rest-Jugoslawien. Denn nur vom Krieg können die Nutznießer der bröckelnden Ordnung den Erhalt ihrer Prinzipien erwarten

Während vordergründig die parlamentarische Demokratie durch Rechtsradikale, Populisten und Parteiverdrossenheit gefährdet scheint, ist sie hinter der Fassade selber schon das autoritäre Regime, dessen spätere offizielle Machtübernahme keinen Bruch, sondern Kontinuität bedeutet. Mit der Sprachregelung, daß die postkommunistischen Raubritter und Despoten im ehemaligen Ostblock demokratische Führer wären, stimmen Medien und Politiker die Bevölkerung auf die neue Sicht der Dinge und den aktuellen Standard ein, demzufolge die Legitimität eines Regimes sich nach der Willfährigkeit gegenüber den Interessen des Westens bemißt, der eigentlich gar keine eigenen Interessen hat, sondern nur den Ruin des Ostens vollenden will. Die politische Botschaft des Münchner Weltwirtschaftsgipfels waren die Prügel für Buhrufer und indifferentes Publikum, die Prügel wiederum waren Höhepunkt der obszönen Zurschaustellung usurpierter Vorrechte durch die derzeit noch aus freien Wahlen hervorgegangenen Inhaber der Macht. Im feudalen Pomp und Gedränge ihrer öffentlichen Auftritte manifestiert sich ein notwendig diktatorischer Wille, der zum Inhalt nichts anderes als den nächsten imperialistischen Krieg hat.

Weil die Aussicht, darin sterben zu müssen, die Massen einstweilen noch nirgends mit der richtigen Begeisterung erfüllt, nimmt die Herrschaft der Oligarchien unabhängig davon, ob es rechtmäßig gewählte oder selbsternannte sind, autoritäre Züge an. Die faktische Gleichschaltung der Medien, der Übergang von der Berichterstattung zur reinen Propaganda und Massenverhaftungen wie in Mannheim oder München werden in einer Gesellschaft unvermeidlich, deren Interessenkonflikte mittels demokratischer Spielregeln nicht mehr gelöst werden können, weil zwischen den einen, die in den Tod schicken, und den anderen, die in den Tod geschickt werden, sich Verhandlungen aus dem einfachen Grund erübrigen, daß kein Kompromiß möglich ist. Nur vom Krieg aber, der die Massen ruinieren wird, können die Nutznießer der bröckelnden Ordnung den Erhalt ihrer Privilegien erwarten, denn sie stehen mit dem Rücken zur Wand. Nicht freilich, wie unverbesserliche Optimisten meinen, die Entmachtung durch revolutionäre Gruppen hat die Elite zu fürchten, sondern bedroht ist sie von den Folgen der Eliminierung jeglichen Widerstands gegen die Selbstzerstörungskräfte ihrer eigenen Herrschaft.

Mit dem Ostblock brach für den Westen die Konstellation zusammen, worin unter dem atomaren Patt gegen sozialistische Postulate wie internationale Solidarität, Massenwohlstand und soziale Gerechtigkeit nichts aufzubieten war als mehr davon. Statt wie im Kalten Krieg die vernünftigen universalen Forderungen seines Gegners anzuerkennen und ihn bei deren Erfüllung nach Möglichkeit zu übertreffen, sucht in der postkommunistischen Welt jeder mit allen Mitteln den substanziell schon gar nicht mehr bestimmbaren eigenen Vorteil, was ungefähr auf die Faustregel hinausläuft, daß gut für den einen ist, was dem anderen schadet. Die amorphe Masse einander feindselig gegenüberstehender Asozialer aber ist nur unter Gefechtsbedingungen und selbst dann nur temporär in das hierarchisch gegliederte soziale Gebilde zu verwandeln, welches hergestellt werden muß, wenn die Oligarchien sich erhalten wollen. Weil außerdem keine latente militärische Bedrohung aus dem Osten die kapitalistischen Länder mehr dazu zwingt, untereinander Frieden zu bewahren, steht der Verschärfung der Konkurrenz der nationalen Kapitalien zum offenen Krieg nichts mehr im Wege als der Mangel an plausiblen Gründen und Zielen. Wenn die bisherigen Kriege das Mittel zur Durchsetzung von Gebietsansprüchen und anderen strittigen Forderungen waren, so verhält es sich beim nächsten gerade umgekehrt. Er selber ist der Zweck und beschlossene Sache. Die Interessengegensätze, die ihn begründen könnten, werden nach dieser Entscheidung konstruiert und erfunden.

Spätestens seit Mitterrand Ende Juni der Coup gelang, seine EG-Kumpane auszutricksen und hinter ihrem Rücken kurzerhand nach Sarajevo vorauszuflitzen, um wenigstens bei den bosnischen Muselmanen mal der Erste zu sein, war der Punkt erreicht, wo die Westmächte insgesamt sich zum Balkan verhielten wie die Bande zur Beute. Weil dies Verhältnis mit logischer Konsequenz eine bestimmte Entwicklung impliziert, sind seither Prognosen keine reinen Spekulationen mehr. Das Schicksal der Bande ist, daß sie am Erfolg zugrunde geht, in dessen Erwartung sie sich bildete. Das Schicksal der Beute wiederum – man kennt das aus jedem Gangsterfilm – besteht darin, die Gauner erst zur vereinten Anstrengung und dann in den erbitterten Kampf gegeneinander zu führen. Solange der Schweißbrenner zischt, arbeiten die Halunken als solidarischer Zweckverband von habgierigen Egoisten einträchtig und diszipliniert Hand in Hand. Das Ende dieser Phase und den Beginn der nächsten markiert der Jubelschrei, wenn die demolierte Stahltür sich langsam öffnet und der Blick auf die vielen schönen Scheine fällt. Wie aus einer Kehle klingt der vielstimmige Jauchzer, weil alle denken: »Meins«. Es zeigt sich dann, wie Gemeinsamkeit in Zwietracht mündet, der Fachmann nennt das Dialektik. Denn nach und nach murksen die Gauner nun einander ab, und der Film ist aus, wenn alle tot sind oder zumindest hinter Gittern.

Im Unterschied zu Safeknackern freilich, die plausible Motive für ein Verhalten besitzen, das sich erst zum Schluß als unvorteilhaft erweist, schützen die reichen und mächtigen Nationen solche Gründe nur vor. Was aussieht, wie wenn es eine

den Vampirismus an Perversität noch weit überbietende Lust am Aasgeiern wäre, nämlich das Herfallen über ein in Agonie liegendes Gebiet, wo man keine Reichtümer findet, sondern nur Haß und Tod, ist in Wahrheit die Suche nach dem Kriegsgrund. Sie, nicht die Aussicht auf Machtgewinn, erklärt die Gier der Bundesregierung, die den ganzen Kadaver zu wollen scheint, obgleich sie mit Slowenien und Kroatien schon mehr von ihrem Opfer gefressen hat, als der stärkste Magen verdaut. Mehr um der Provokation als um der Geltendmachung älterer Ansprüche willen hebt die Provinzpresse rühmend hervor, daß die gegen Jugoslawien gerichtete Wühlarbeit in Deutschland mit Duldung und Unterstützung lokaler Institutionen begonnen habe: »Hier fand vor Jahren schon, als Jugoslawien noch ein einheitlicher Staat war und die Kommunisten das Sagen hatten, die erste Großveranstaltung der neugegründeten demokratischen Parteien Kroatiens statt. Der Runde Tisch auf dem Killesberg ist danach auch in Zagreb zu einem geflügelten Wort geworden. Und in der Liederhalle wurde wenig später auch der bosnische Wahlkampf eingeläutet. ... Der neue Runde Tisch sollte eine Sternstunde der Anti-Serbien-Koalition werden« (»Stuttgarter Zeitung« vom 22.6.92).

Zu läppisch klingt die aktuelle Version der Geschichte, wie sehr die Eingeborenen ihre weißen Massa verehren, als daß man die Kolonialpropaganda für bare Münze nehmen könnte. Denn jeder riecht den Braten, wenn das Lokalblatt unter dem Titel »Die Bewunderung für die Bundesrepublik kennt keine Grenzen« berichtet: »Spranger ist in Tirana ein hochwillkommener Besucher. Die Visite beim Präsidenten war nur der Höhepunkt. Zuvor hatten Ministerpräsident Aleksander Meksi, Wirtschafts- und Finanzminister Genc Ruli, Außenminister Alfred Sereqi und nicht zuletzt der gerade erst 28 Jahre alte Außenhandelsminister Artan Hoxha den Abgesandten Bonns für Albaniens Existenzsorgen zu interessieren versucht. Und am Abend versammeln sie sich alle mit Ausnahme des Präsidenten in einem unsäglich häßlichen Saal der deutschen Botschaft um einen Tisch herum, gerade so, als erwarteten sie vom Besucher, daß er die Sitzung des albanischen Kabinetts leite« (»Stuttgarter Zeitung« vom 20.5.92).

Nur als matter Versuch, den alten Imperialismus zu beschwören, ist das Kuriosum zu werten, daß ausgerechnet die »FAZ« bisweilen die Entwicklung auf dem Balkan in Kategorien beschreibt, auf deren Verwendung einst die Linke das Monopol hatte. »Albanien ist ‘dollarisiert`«, meldete am 27.5.92 das Blatt, »alles ist dort auf Dollars ausgerichtet; im Kosovo und in Mazedonien dagegen ist die D-Mark die bestimmende Währung«, was ein wenig übertrieben sein dürfte, insofern Albanien eigentlich nicht dollarisiert ist, sondern demonetarisiert, d.h. pleite. Am 12. Juni 92 klang der Albanien-Bericht teilweise so, als wäre er der Agitationsschrift einer antiimperialistischen Gruppe entnommen: »Der Dollar kursiert als zweite Währung, gelegentlich auch als erste ... Auf den Wahlversammlungen der siegreich aus den Wahlen hervorgegangenen Demokraten bemerkte man einige Male den amerikanischen Botschafter, der sogar das Wort ergriff. Amerikaner besorgten die Public Relations der Demokraten. Heute noch sieht man im Hotel Dajti schmuckbehangene Amerikanerinnen, die irgendeiner Institu-tion angehören, welche ‘diese Leu-te die Demokratie lehren’ will. Berisha, der fließend Englisch spricht, verwendet seinerseits die ‘Amerikanähe’ seiner Partei mit Erfolg im Wahlkampf. Nicht alle Albaner sind über diese ‘Amerikanähe’ glücklich; man sei nicht Panama, hört man.«

Weil trotz solcher dezenten Hinweise keiner glauben mag, die mächtigen, reichen Nationen könnten sich ernsthaft zanken wollen um die Kontrolle über ein Land, aus welchem die Bewohner vor dem Hunger und Elend fliehen; weil jeder weiß, daß man den ganzen Osten nicht militärisch erobern muß, sondern ihn für ein Butterbrot kaufen kann; weil es längst sinnlos ist, die Menschen in den armen Ländern mit Waffengewalt zu versklaven, um in den Besitz ihrer Produkte und Bodenschätze zu gelangen, die sie einem bis vor die Haustür schleppen, wenn man sie frei laufen läßt – deshalb werden andere Gründe als die klassischen gebraucht für den Krieg, der herbeigeführt werden muß, weil nach den Regeln der Bandenbildung die postkommunistischen Gemeinwesen diesseits und jenseits des ehemaligen Eisernen Vorhangs unter Aktionszwang stehen. Da einerseits keine materiellen Interessen verfügbar sind, zu deren Durchsetzung Gewalt ein zweckmäßiges Mittel wäre, und weil nach dem Zusammenbruch der Hoffnung auf eine gerechte Welt noch viel weniger irgendeine ausgearbeitete Idee von Gesellschaft existiert, für die zu kämpfen sich lohnen würde, kann es zunächst weder um Beute gehen noch um komplexere Dinge wie die Nation, die Republik, Herrschaftsverhältnisse, Ausbeutungsformen oder Ordnungsvorstellungen, sondern begonnen wird der Feldzug im Namen eines primitiven Glaubens, der keine Unterscheidung als die zwischen Gut und Böse kennt. Als dessen Oberpriester bietet der fanatisierte Psychopath sich an, dessen Haß auf irgendeine Nation oder Volksgruppe die Intensität religiöser Verzückung erreicht. Allein ihres periodisch fast täglichen Erscheinens wegen ähneln die »FAZ«-Kolumnen des besessenen Serben-Hassers Reißmüller auf eine makabre Art der Andacht oder dem Gebet.

Selbst Reißmüllers Kolumnen aber, in denen die Greuelpropaganda sich selber parodiert, sind noch zu spitzfindig für die Bekehrungsphase. Gebraucht werden nicht Worte, sondern Bilder, Heiligenbilder und Teufelsdarstellungen zumal, deren moderne Version das Fernsehen liefert. Aus seinen Berichten über den jugoslawischen Bürgerkrieg formt sich eine Welt, worin der Leibhaftige in Gestalt der Serben grundlos unschuldige, wehrlose Menschen hungern läßt und quält. Dem Reich des Bösen steht das Reich der Guten und Barmherzigen gegenüber, die den Opfern uneigennützig Schutz und Nahrung geben, wie es die Mutter beim Säugling tat – zentrales Element der Propaganda sind deshalb die Bilder von Kindern und Verletzten im Krankenhaus. Der Kampf zwischen Gut und Böse, die bewaffnete Caritas, deshalb auch »humanitäre Aktion« genannt, ist unvermeidlich, und zwangsläufig nimmt er die Form eines Kreuzzugs an.

Der Rest ist schnell erzählt: Unter Vorwand Nr. 1, von all den zahllosen hungrigen Mäulern dieser Welt gehörten am dringlichsten die in Sarajevo gestopft, wo die Menschen, die das Fernsehen zeigt, anders als im Jemen jedenfalls noch nicht von Unterernährung gezeichnet erscheinen; ferner unter Vorwand Nr. 2, daß Sarajevo am nötigsten der kostenlosen Belieferung mit Medikamenten bedürfe, obgleich es dort keine Cholera-Epidemie gibt wie in Peru, wo die Armen nicht mal sauberes Wasser haben; und schließlich unter Vorwand Nr. 3, eine Stadt mit 300.000 Einwohnern müsse man nicht per Schwerlastverkehr, sondern könne man auch per Luftpost versorgen, schickte selbst die Bundeswehr, weil die Serben im Unterschied zu den Irakis schlechte Kunden waren und kein deutsches Giftgas haben, zwei ihrer knattrigen Lastflieger los, jeder so effektiv wie ein mittelgroßer Lieferwagen. Den Eingeschlossenen halfen die Kleintransporte wenig, aber bei den Transporteuren hoben sie die Stimmung mächtig. Allein vom Gefühl der Nähe zum Kampfgeschehen schon berauscht, witterte der Bonner Oberkinkel im Außenamt Pulverdampf und gab wie ein Militär-Gouverneur über Serbien Tagesparolen an ihm vermeintlich unterstellte britische und amerikanische Verbände zum besten. In der Provinz kam bei den Meinungsmachern, die den Mittelstand mit Weltanschauung versorgen, echte Landserromantik auf. »Flüge nach Sarajevo«, schwärmte tapfer und todesmutig am 7. Juli 92 die »Stuttgarter Zeitung« unter dem Titel »An der Front« wie im alten Wehrmachtsbericht, »kommen gegenwärtig fast Himmelfahrtskommandos gleich. Das Risiko, daß dabei deutsche Soldaten ums Leben kommen, ist nicht gering – und die Gefahr dürfte mit der Zahl der Flüge zunehmen. Gerade darum ist es richtig, daß sich der neue Außenminister Kinkel bei der SPD-Opposition rückversichert hat. ... Das deutsche Balkenkreuz auf dem Flughafen von Sarajevo – wir werden uns an solche und ähnliche Bilder wohl oder übel gewöhnen müssen.«

Wo man sich ans Balkenkreuz gewöhnt, wird man sich freilich auch an Grabkreuze gewöhnen müssen, Gelbkreuz und Hakenkreuz sind nicht ausgeschlossen, aber eher unwahrscheinlich, und der Witz bei der Geschichte ist, daß es eigentlich eine Rote-Kreuz-Geschichte ist.

Wolfgang Pohrt schrieb in KONKRET 7/92 über die Sanktionen gegen Rest-Jugoslawien

Konkret 08/92, S. 22

Jürgen Elsässer

Sache der Deutschen

Anders als sein Vorgänger taugt der neue deutsche Außenminister nicht zur neckischen Comic-Figur. Denn wo der fliegende Genschman bemüht war, den galaktischen Mega-Schurken »Das Waigel« an der Sabotage der Entspannungspolitik zu hindern, da spielt Klaus Kinkel heute den Rambo für die Militärplaner. Nach der Devise »Zum Löschen muß gespritzt werden« (Kinkel) bereitet sich das neue Deutschland gezielt auf militärische Interventionen vor, beziehungsweise trainiert sie bereits, wie vor der Küste des ehemaligen Jugoslawien. »Kinkel droht mit Militär« (»Welt«) – diese und ähnliche Schlagzeilen konnte man im Frühsommer '92 fast täglich lesen. Umstritten ist nur noch, ob Uno, Nato oder WEU auf Dauer die passende Staffage für die deutschen Ambitionen bieten

»Deutschland hat mit seiner Geschichte abgeschlossen, es kann sich künftig offen zu seiner Weltmachtrolle bekennen und soll diese ausweiten.«
Helmut Kohl, Regierungserklärung vom 30. Januar 1991

Die Bundeswehr hat sich auf ihre neue Rolle längst eingestellt. Am 20. Januar 1992 präsentierte die Hardthöhe ein Leitlinien-Papier, das selbst die betuliche »Süddeutsche Zeitung« aufschreckte: »Es wird das Bild einer Armee entworfen, die den Welthandel aufrechterhält, global den Zugang zu Rohstoffen sichert und allenthalben für Stabilität sorgt. Die Bundeswehr wird bei ihren Fähigkeiten also nicht bescheidener, sondern baut sie aus. Ohne politischen Auftrag und parlamentarische Legitimation sucht sie sich selbst neue Aufgaben; die Verfassung soll sich einfach anpassen« (13.2.1992). Zu den Herausforderungen, die die Bonner Strategen etwa im »Krisenbogen von Marokko bis Indonesien« (Generalinspekteur Naumann) ausmachten, hieß es in dem Papier verschwommen, daß solche Aufgaben »im kollektiven Einsatz« ausgeführt werden »sollten« – mögliche deutsche Alleingänge sind damit keineswegs ausgeschlossen. Dem entspricht die noch von Stoltenberg angeregte Unterstellung der Streitkräfte unter einen nationalen Generalstab – ein absolutes Novum nach 1945. Es werde künftig Fälle geben, so Stoltenberg zur Begründung, wo die Bundeswehr »auch mit Hilfe eines nationalen Kommandos gelenkt werden müßte«.

Hatte Genscher den Stoltenberg-Vorschlag im Kabinett noch blockiert, weil der out-of-area-Einsätze nicht auf Uno-Missionen beschränkte, so machte Kinkel dagegen von Anfang an deutlich, daß er die aggressiven Vorstellungen der konservativen Regierungsparteien teilt. Sein Vorschlag für eine Grundgesetzänderung sieht vor, daß der Bundestag bei »humanitären Einsätzen« deutscher Militärs künftig gar nicht mehr gefragt wird; bei Blauhelm-Einsätzen (peace-keeping) soll die einfache Mehrheit der anwesenden Parlamentarier genügen; Kampfeinsätze (peace-making) sollten mit »Kanzlermehrheit« beschlossen werden können. Die SPD hatte sich auf ihrem letzten Parteitag nur zu Blauhelm-Einsätzen bekennen wollen, eine qualifizierte Minderheit (u.a. der rechte »Seeheimer Kreis«, aber auch »Linke« wie Voigt und Gansel) lehnt diese restriktive Festlegung allerdings ab. So hat Kinkel gute Chancen, die Sozis mit einem Gentleman's agreement für seinen Vorstoß zu gewinnen: Grundgesetzrevision ja, aber in den nächsten fünf Jahren freiwillige Selbstbeschränkung auf Blauhelme. Eine gesetzliche oder gar verfassungsrechtliche Bindewirkung hätte dieses Übereinkommen freilich nicht.

Parallel zur juristischen Debatte über die Zulässigkeit internationaler Operationen der Bundeswehr sind die Deutschen längst »out of area« aktiv – mit Duldung der Sozialdemokraten: Im Herbst 1989 waren 50 BGS-Beamte Teil des UN-Kontingents zur Überwachung der Wahlen in Namibia; im April 1991 beteiligten sich sieben deutsche Schiffe an der vom UN-Sicherheitsrat angeordneten Minenräumung im Persischen Golf; im gleichen Monat begann die Uno-Inspektion des irakischen ABC-Waffenarsenals, bei der deutsche Militärs und die Bundesluftwaffe mit von der Partie waren. Daß 150 Deutsche bereits im Februar dieses Jahres zur UN-Truppe nach Kambodscha geschickt wurden, bedeutete einen weiteren qualitativen Sprung. Erstmals unterstehen die Soldaten direkt der Uno, von einem »normalen« Blauhelm-Einsatz unterscheidet sich ihr Engagement nur noch dadurch, daß sie ausschließlich Sanitätsdienste leisten. Außerdem sind – wie die »FAZ« am 1. Juli '92 beiläufig erwähnte – deutsche Soldaten als Militärberater in mindestens elf afrikanischen Staaten tätig.

Aber vielleicht muß die Verfassung nach den neuen Nato-Beschlüssen auch gar nicht mehr geändert werden? Das Nordatlantische Bündnis hat nämlich auf seiner Ratstagung in Oslo Anfang Juni eine revolutionäre Neudefinition seiner Strategie vorgenommen: Während die Nato bisher erst nach einem feindlichen Angriff auf einen oder mehrere der Vertragsstaaten aktiv hätte werden dürfen, bietet sie sich jetzt der KSZE als schwerbewaffnetes Dienstleistungsunternehmen an. Statt der 16 Nato-Staaten sollen nun die 51 KSZE-Mitglieder zum militärischen Interessenbereich des Bündnisses gehören, von Vancouver bis nach Wladiwostok wäre alles »within the area« – und damit im Rahmen des Grundgesetzes. Schon im letzten Jahr hatte die Nato mit dem Aufbau einer Schnellen Eingreiftruppe mit 60.000 Mann die nötige Infrastruktur für diesen weltweiten Service geschaffen. Die Deutschen stellen dabei das zweitgrößte Kontingent (vgl. KONKRET 7/91). Erstmals simulierte eine Nato-Stabsübung im Januar 1992 mögliche

Einsatzsituationen, z.B. die militärische Abschottung gegenüber unerwünschten Flüchtlingsströmen (so ein Artikel in der Militärzeitschrift »Europäische Sicherheit« im Mai ‘92).

Die ganze Nordhalbkugel fest im Griff der Nato-Militärstrategen, gegen die Verelendeten des Trikont abgeschottet durch eine supranationale Eingreiftruppe – die Osloer Beschlüsse lesen sich wie eine böse Illustration der »Neuen Weltordnung« Georg Bushs. Daß die Wirklichkeit zwar nicht behaglicher, aber wesentlich komplizierter ist, sollte sich jedoch schon bald erweisen. Die Tinte unter den Nato-Kommuniques war nämlich noch nicht trocken, als auch die Westeuropäische Union (WEU) in ihrer »Petersberger Erklärung« der KSZE Truppen für Interventionen anbot. Ein entsprechender Stab soll bereits am 1. Oktober 1992 seine Arbeit aufnehmen. Bezweckt ist damit keineswegs eine sinnlose Parallelität, sondern die Forcierung der Rivalität mit den Nato-Optionen: Die WEU-Truppen sollen der KSZE nicht nur beim »Peace-keeping« helfen (wie die Nato), sondern weitergehend auch fürs »Peace-making«, also für Kampfeinsätze, zur Verfügung stehen. Vollends verwirrend wird die Situation dadurch, daß zur selben Zeit auch noch Uno-Generalsekretär Ghali eine ständige Interventionstruppe forderte, die allerdings weder der Nato noch der WEU unterstehen soll, sondern ihm persönlich bzw. dem UN-Sicherheitsrat.

Es ist bezeichnend, daß jeder dieser drei Vorschläge mit der Situation in Jugoslawien begründet wird. Künftig gelte es, für derartige Konflikte gewappnet zu sein, verlautet unisono sowohl aus Bonn wie aus Washington als auch aus UN-Kreisen. Aber die Ziele der jeweiligen Organisationen differieren so stark, daß sie schwerlich gemeinsam umgesetzt werden können: Die Westalliierten sind trotz allem nicht zu einem einseitig antiserbischen Vorgehen nach deutschem Vorbild bereit. Amerikanische Diplomaten enthüllten, daß an diesem Dissens ein frühzeitiger UN-Einsatz in Jugoslawien gescheitert ist. Der ehemalige US-Außenminister und heutige UN-Sonderbotschafter Vance sprach von einer »Schuld der Europäer, besonders der Deutschen, an der Nichtverhütung des jugoslawischen Bürgerkrieges«. Die offiziöse deutsche Presse gibt die Vorwürfe zurück. So sollen die USA und England den Einsatz der jugoslawischen Bundesarmee gegen Slowenien und Kroatien nicht nur toleriert, sondern – folgt man den Tiraden der »FAZ« – sogar »hervorgerufen« haben. Das zunächst recht unparteiische Verhalten der Uno in Bosnien wurde als »Absurdität« gegeißelt. Die publizistische Kriegserklärung an das Nato-Mitglied Griechenland wegen dessen Widerstand gegen ein unabhängiges Mazedonien ist ein Indiz für weitere Möglichkeiten der Zuspitzung: »Die griechische Politik ähnelt in ihrer Anlage immer mehr der Serbiens und bewegt sich eindeutig auf aggressive Absichten zu«, wetterten die Scharfmacher in den Frankfurter Redaktionsstuben. Derlei Antagonismen in den außenpolitischen Konzeptionen haben handfeste Gründe: Die BRD will ihrer ökonomischen Offensive Richtung Osten – sie hat weit mehr Kapital dort investiert als alle übrigen westlichen Staaten zusammengenommen – den Weg ebnen, indem sie die Destabilisierung und schließlich Parzellierung größerer Staatensysteme initiiert, wobei sie eine gezielte Volksgruppenpolitik betreibt; die USA favorisieren dagegen ein auf die Erhaltung des Status quo gerichtetes Vorgehen, um die deutschen Hegemoniebestrebungen zurückzudämmen.

Die politischen Kräfte, die über die drei Interventionstruppen verfügen würden, wären ganz unterschiedlich: Der Einsatz einer ständigen Uno-Armee wäre mindestens von einstimmigen Beschlüssen des Sicherheitsrates abhängig, d.h. Rußland, China und die rotierend teilnehmenden Entwicklungsländer hätten ein Veto-Recht; in der operativen Phase hätte der Generalsekretär, z.Zt. der Ägypter Ghali, ein großes Gewicht. In der KSZE dagegen, die von der Nato und der WEU als Auftraggeber vorgeschoben wird, finden sich fast nur prowestliche Staaten. Kennzeichnend für das Kräfteverhältnis in diesem Gremium ist, daß Jugoslawien auf Druck der Nato-Staaten zumindest vorübergehend ausgeschlossen wurde – ein in der Uno undenkbarer Vorgang. Der Unterschied zwischen Nato und WEU wiederum liegt auf der Hand: In der WEU gibt es keine amerikanische Kontrolle und keine amerikanische Kommandoebene, Griechenland und Dänemark als unsichere Kantonisten (siehe oben!) sind ebenfalls außen vor, die Briten als überzeugte »Atlantiker« sind isoliert.

Vor allem aber kennt die WEU – ob mit oder ohne KSZE-Auftrag – keine geographische Begrenzung ihres Einsatzgebietes. Zugespitzt könnte man sagen: Eine Uno-Streitmacht verträte die Interessen des ideellen Weltkapitals, die Nato-Eingreiftruppe hauptsächlich amerikanisch-britische Interessen, die WEU-Armee wäre der bewaffnete Arm des deutsch dominierten Kontinentalblocks. Verteidigungsminister Rühe machte aus seiner Vorliebe keinen Hehl: »Die Nato ist ein Bündnis für eine Area. Dabei bleibt es. Für Einsätze außerhalb ist etwas anderes nötig. Hätten wir eine handlungsfähige Westeuropäische Union mit einer europäischen Eingreiftruppe unter deutscher Beteiligung, die abschrecken und auch eingreifen könnte, dann wäre das die richtige Antwort«, äußerte er gleich nach seinem Umzug auf die Hardthöhe.

Deshalb betreibt die Bundesregierung schon seit etwa einem Jahr mit Nachdruck die Wiederbelebung der WEU, trotz scharfer Kritik aus den USA und England. Auf einem Gipfeltreffen im Mai 1992 wurden die konzeptionellen Arbeiten abgeschlossen. Ohne eine offizielle Entscheidung der WEU-Gremien abzuwarten, legten Kohl und Mitterand den Aufbau eines deutsch-französischen Euro-Korps fest – die 40 000 Mann-Truppe soll 1995 stehen – und luden die übrigen Westeuropäer generös zur Beteiligung ein. Der Coup hatte Erfolg: Während der Petersberger Konferenz einen Monat später deklarierte die WEU die franco-germanischen Einheiten zum wichtigen Element ihrer Interventionsstrategie. Einwände der USA gegen die eigenständigen Militärplanungen der Deutschen und der Franzosen blockten Kinkel und Rühe mit dreisten Lügen ab: Die bilaterale Initiative würde die Nato nicht spalten, sondern im Gegenteil Paris wieder an die Allianz heranziehen; die deutschen Korps-Truppen blieben weiterhin der Nato zugeordnet. Der Schwindel flog auf, sobald die

Dokumente in Washington vorlagen. Sie machten deutlich, daß das Korps im Spannungsfall erst nach einer gesonderten Entscheidung des deutsch-französischen Sicherheitsrates der Nato unterstellt wird. Nur wenn eine solche Entscheidung zustandekommt, sind die deutschen Streitkräfte »frei«. Eine solche Priorität der WEU-Planungen vor denen der Nato wurde auch in Petersberg beschlossen. Künftige WEU-Einsätze hat man sich demnach so vorzustellen: Die jeweiligen nationalen Kontingente werden dem militärischen Führungsstab eines an der Aktion beteiligten WEU-Landes unterstellt. Falls diese Kontingente formell Nato-assigniert sind, soll der Rückgriff auf sie »nach Konsultation der Nato« erfolgen. Die Amerikaner dürften also ihre Meinung zu Protokoll geben – und das wär's dann auch. Die Nato-interne Arbeitsgruppe der europäischen Allianz-Mitglieder, die sogenannte »Euro-Group«, ist bereits zugunsten der WEU aufgelöst worden.

In der öffentlichen Diskussion ist die deutsche Vorliebe für die WEU nur selten deutlich zu erkennen. Vielmehr wird eine zielgruppenorientierte PR-Arbeit betrieben: Einfache Gemüter ködert man mit der Bezugnahme auf die Uno. Selbst in der Petersberger Erklärung wurden die Militäreinsätze in die Mogelpackung »Nur im Einklang mit den Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen« gesteckt. Für die Grünen reichte der Bluff aus, sie gaben unter Verweis auf mögliche Uno-Missionen ihre ablehnende Haltung zu einer Grundgesetzänderung auf, ohne zu bemerken, daß die Bundesregierung gleichzeitig den Vorschlag, eine Uno-Interventionstruppe aufzustellen, mit kaltem Schweigen überging. Die Pläne der Nato zur Ausweitung ihrer Interessensphäre bis zum Ussuri werden in Bonn immer dann gern aufgegriffen, wenn renitente Verfassungsrechtler sich wegen möglicher out-of-area-Einsätze der Bundeswehr querlegen. Gegenüber euro-gaullistischen Skeptikern schließlich argumentiert man, nur ein Ja zur WEU-Armee sei auch ein Ja zu Maastricht. Peter Glotz hat schon angebissen und rät seinen Genossen, »die Beteiligung an einer wirksamen europäischen Verteidigung in Aussicht zu stellen«.

Trotz allem ist die WEU für die Deutschen noch kein adäquater Nato-Ersatz. Dafür ist die französische Bockigkeit verantwortlich, die sich ebenfalls anhand der Balkan-Politik studieren läßt. Kaum hatte Kinkel die USA endlich so weit, daß auch sie ein bewaffnetes Eingreifen in Erwägung zogen, da verdarb Mitterand den Deutschen einmal mehr das Konzept. Seine Blitzvisite in Sarajewo habe wohl nur dazu gedient, »die Serben vor einer drohenden Militäraktion ... zubewahren«, giftete die »Welt«. Und die »FAZ« erinnerte übellaunig daran, Frankreich habe bisher immer eine Intervention gegen Belgrad verhindert. Diese Differenzen machen es unwahrscheinlich, daß Mitterand den Deutschen über die WEU Zugriff auf sein Allerheiligstes, die Atomwaffen, ermöglicht.

Die deutschen Sonderwegsambitionen werden dadurch aber nicht gedämpft, sondern angestachelt. Seit einem dreiviertel Jahr wird hierzulande eine Diskussion um eigene Atomwaffen geführt. Angeregt durch das neueste Buch des konservativen Historikers Arnulf Baring (»Deutschland, was nun?«) mahnte Rudolf Augstein die Westmächte, die BRD gleichberechtigt über ihr Nuklearpotential mitentscheiden zu lassen, ansonsten sei sie gezwungen, sich »unter Bruch bestehender Verträge in den Besitz von Atomwaffen (zu) bringen« (»Spiegel«, 23.3.92). Kanzler-Berater Michael Stürmer versuchte zwei Wochen später, die Hitzköpfe etwas zu beruhigen. »Nukleare Bewaffnung in nationaler Verfügung könnte die militärische Sicherheit nicht verbessern, würde aber die moralische, politische und wirtschaftliche Stellung Deutschlands vom ersten Moment an im Kern treffen.« Allerdings räumte auch Stürmer ein, daß der Atomwaffenverzicht nur gelte, solange es das Nato-Bündnis und seine Nukleargarantien gebe.

Überraschend hat sich auch die »FAZ« im Mai auf die Seite der atomaren Hasardeure gestellt, da die USA eine weitere Europäisierung der Militärpolitik sowieso nicht mehr protegieren würden: »Vielleicht ist Washington damit einverstanden. Daß es aber unter diesen Umständen nukleare Schutzzusagen aufrechterhalten könnte, ist unvorstellbar. Es ist Sache der deutschen Politik, sich um Ersatz zu kümmern, wenn sie eine Nato ohne amerikanische Führungsmacht will. Paris und London haben dazu weder die Mittel noch den politischen Willen.« Das ist eine Direktive, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt.

Jürgen Elsässer schrieb in KONKRET 5/92 über die deutschen Träume vom europäischen Hinterhof

Konkret 08/92, S. 25

Frank Rosenthal

Historische Alternative

Anstelle des Jäger 90 wollen die Deutschen einen »Volksjäger« bauen – wie die Nazis, die 1943 einen »Volksjäger« zu planen begannen, mit dem sie den Krieg doch noch gewinnen wollten

»Wenn jetzt noch mehr abgespeckt würde, dann würde der `Volksjäger unter den Standards der amerikanischen F-16/18 und der russischen Mig 29 liegen.«
Rudi Walther, SPD, »Handelsblatt«, 2.7.92

»Bis 1996 soll nun mit den bisherigen europäischen Partnern... verhandelt werden, wie ein kostengünstigeres Modell entwickelt werden kann. Das hat zwar noch wenig konkrete Konturen, aber schon einen populären Namen: `Jäger light, auch `Volksjäger genannt.«
»taz«, 5.7.92

Berlin, Winter 1941/42. Nachdem innerhalb des Reichsluftfahrtministeriums (RLM) die Logistikprobleme immer offensichtlicher geworden waren, übertrug man die Steuerung des Luftwaffennachschubs dem damaligen Minister für Rüstung und Kriegsproduktion, Albert Speer. Bei ihm blieb der Verantwortungsbereich allerdings nur ein halbes Jahr, denn schon Mitte 1942 ordnete er die Einrichtung von Selbststeuerungsorganen der deutschen Rüstungsindustrie an, wovon insbesondere die Luftfahrtindustrie profitierte. Geleitet wurde er dabei von der für die Spätphase des Nationalsozialismus charakteristischen Erkenntnis, daß die Rüstungsindustriellen schließlich am besten in der Lage waren, darüber zu befinden, was, wo, mit welchen Kapazitäten und zu welchem Preis hergestellt werden könnte.

Im Bereich der Luftfahrtindustrie folgte der Aufbau von sog. Fertigungsringen, Ausschüssen und Sonderausschüssen, in denen 1943 zum ersten Mal die Idee eines »Volksjäger«-Projektes angedacht wurde. Ziel dieses Projektes war die schnellstmögliche Herstellung eines Flugzeugmusters, das nicht nur aus einfachsten Materialien fabriziert, sondern auch sehr leicht zu fliegen sein sollte. Der Brain-Trust aus Vertretern des Reichsluftfahrtministeriums und den Ingenieuren der Luftfahrtindustrie entwickelte ein Konzept für den Großserienbau, wonach der »Volksjäger« aus nicht rationierten Materialien (Stahl 55 Prozent, Holz 25 Prozent, Dural 15 Prozent, Papier und Stoffe 5 Prozent) hergestellt und von einer BMW-Strahlturbine 003 angetrieben werden sollte. Um den massenhaften Einsatz des »Volksjägers« zum Serienanlauf im Januar 1945 zu gewährleisten, wurden segel- und modellflugerfahrene Hitlerjungen in einwöchigen Spezialkursen auf den Einsatz vorbereitet.

Im September 1944 wurde das Projekt »Volksjäger« an die Firmen Arado, Blohm & Voss (Hamburger Flugzeugbau), Focke-Wulf, Heinkel und Junkers ausgeschrieben, wobei sich die Firma Heinkel mit ihrem Entwurf letztendlich durchsetzen konnte. Bis zum April 1945 wurden insgesamt 116 Stück des »Volksjägers« produziert, zum Großteil in eigens dafür hergerichteten unterirdischen Fabrikationsanlagen. Laut Anweisung des RLM vom März 1945 sollten in den Monaten Juni bis Dezember desselben Jahres jeweils 1.000 »Volksjäger« produziert werden, bis zum Jahresende also 7.000 Einheiten.

Doch die Strategien des Brain-Trusts beschränkten sich nicht nur auf den moralisch und angesichts der Kriegslage zwar wahnsinnigen, aber für die Luftfahrtindustrie durchaus lukrativen Versuch, die Luftangriffe der Alliierten dadurch zu unterbinden, daß Hitlerjungen mit einem Kamikaze-Auftrag in eine Billig-Rakete gesteckt werden, um diese fliegende Bombe sicher ins Ziel zu lenken. Auch strategische Ferneinsätze – wie z.B. die Bombardierung der USA – wurden noch Anfang 1945 projektiert. In diesem Zusammenhang sind besonders die von der Daimler-Benz AG entwickelten Projektstudien interessant, mit denen ein mehrstufiges Langstreckenbomber-System konzipiert wurde, das ca. 1950 in die Luftwaffe hätte eingeführt werden können. Die von den Amerikanern gefundenen Konstruktionszeichnungen und technischen Unterlagen wurden noch bis 1958 mit der höchsten Geheimhaltungsstufe versehen. Der Einsatz dieser Bomber-Kombination sollte beispielsweise folgendermaßen vor sich gehen: Das Trägerflugzeug startet mit einem untergehängten Bomber und fliegt bis zur äußersten Grenze seiner Reichweite. An diesem Punkt schaltet der Bomber seine Triebwerke ein und wird abgesprengt. Das Trägerflugzeug kehrt hierauf zum Einsatzflughafen zurück, während der Bomber sich mit seinen unverbrauchten Brennstoffreserven dem Fernziel (USA) nähert. Nach Erfüllung des Auftrages landet der Bomber an einem vorher bestimmten Punkt der feindlichen Küste, wo die Besatzung von einem U-Boot übernommen wird.

Die deutsche Luftfahrtindustrie war so gut organisiert, daß trotz alliierter Bombenangriffe, zwangsrekrutierter Arbeitskräfte und Material- und Logistikproblemen die Produktionsziffern im sechsten Kriegsjahr 1944 mit 40.288 Einheiten ihren absoluten Höhepunkt erreichten (1939: 2.518). Daß sie den Untergang des III. Reiches mitverschuldet habe, kann man der deutschen Luftfahrtindustrie folglich nicht vorwerfen. Der Brain-Trust aus RLM, Industriellen und Ingenieuren projektierte

und entwickelte neue Mordwerkzeuge wie am Fließband, ohne Skrupel und bis zum letzten Tag. Noch im April 1945 experimentierte die Firma Messerschmidt mit Raketenflugzeugen (Me 262 C). Name: »Heimatschützer«.

Stuttgart-Untertürkheim, Sommer 1992. Nach der politischen Vereinigung sind nun auch die letzten Reste der ehemaligen DDR-Luftfahrtindustrie – die Elbe-Flugzeugwerke in Dresden und Luftfahrttechnik Ludwigsfelde bei Berlin – in die Obhut einer gesamtdeutschen Luftfahrtindustrie innerhalb der Deutschen Aerospace AG (DASA) – einer 100prozentigen Tochter des Daimler-Benz-Konzerns – wiedervereinigt worden. Hinter dem nichtssagenden Namen »Deutsche Aerospace AG« verbergen sich die wesentlichen Teile der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie, vertreten durch den Münchener Triebwerkshersteller MTU, den beiden einzigen übriggebliebenen Zellenherstellern Messerschmitt-Bölkow-Blohm und Dornier, erweitert durch den Bereich der Rüstungselektronik, der von der Telefunken Systemtechnik abgedeckt wird. 10.000 Menschen sind nach Aussagen von Daimler-Benz-Chef Reuter innerhalb des DASA-Konzerns mit der Entwicklung und dem Prototypenbau des Jäger 90 beschäftigt, oder, wie er in Brancheninsiderkreisen genannt wird, des European Fighter Aircraft, das wahrscheinlich »Defender« heißen wird. Gebaut wird das Flugzeug auf jeden Fall. Wenn auch zeitlich gestreckt und technologisch auf einem niedrigeren Niveau, kostengünstiger, umweltverträglicher...

Der von Frank Fabel in KONKRET 6/89 (»Silberpfeil und Blitzkrieg«) hergestellte Zusammenhang zwischen dem Motorsport und der Luftfahrtindustrie des Daimler-Benz Konzerns mündete in die Erkenntnis: »Vom Silberpfeil zum Schnellbomber? Die Gleichung stimmt vorwärts wie rückwärts: Verhalf zunächst die im Rennsport erprobte Kompressortechnik der Luftwaffe zu ungeahnten Höhenflügen, so beschleunigte umgekehrt die für den Flugmotor entwickelte Einspritz-Pumpe die Silberpfeile der 50er Jahre... Der historische Wiederholungstäter Daimler-Benz hat aus der Geschichte gelernt: Soll ein neues fliegendes Goldenes Kalb am europäischen Himmel subventioniert werden – Airbus oder Jäger 90, egal – so laßt uns Rennen fahren: Das vertuscht und lenkt ab und hebt gleichzeitig unser Nationalgefühl.«

Es ist beim Motorsport nicht geblieben. Der historische Wiederholungstäter Daimler-Benz hat wirklich aus der Geschichte gelernt. In dem Augenblick, wo die Entscheidung für den Jäger 90 aus Kostengründen – und nicht etwa, weil man die Verwerflichkeit der Rüstungsproduktion eingesehen hätte – revidiert worden ist, wird eine »historische« Alternative aufgebaut. Die einschlägigen Tageszeitungen und die Luftfahrt-Fachzeitschriften sind im Frühjahr des Jahres 1992 voll mit Kommentaren und Berichten über einen neuen, abgespeckten Jäger 90. Sie verwenden – in voller Kenntnis der historischen Zusammenhänge – den Begriff »Volksjäger« für die Beschreibung dieses Flugzeugprojektes.

Frank Rosenthal lebt in Bremen. Er promoviert z.Zt. über die deutsche und westeuropäische Luft- und Raumfahrtindustrie

Konkret 08/92, S. 26

Kla□ s J□ nschke

Gef□ hrliche Gegenden
Weil□s die Poli□ ei erla□ bt?

Kapit□ liert die Rote Armee Fraktion? Diese Frage □ ar Gegenstand eines Gespr□ chs, das KONKRET im Mai mit den Gefangen a□ s der RAF Karl-Hein□ Dell□ o, Kn□ t Folkerts □ nd L□ t□ Ta□ fer in der J□ sti□ □ oll□ □ gsanstalt Celle gef□ hrt hat (s. An dieses Gespr□ ch □ nd die ihm □ □ gr□ ndeliegenden j□ ngsten Erkl□ r□ ngen der RAF kn□ pfen die folgenden Beitr□ ge J□ nschke fordert eine kritische A□ seinanderset□ □ ng mit der gesamten Geschichte des be□ affneten Kampfes in der BRD; l Ta□ fer pl□ diert f□ r einen Weg □ □ □ r□ ck in die Gesellschaft□ ; Georg F□ lberth □ arnt □ or ne□ en Ill□ sionen

Gefangene, die einen Knast hinter sich haben wie die Celler, brauchten viele Jahre ihre ganze Kraft, um zu überleben □ von einer Stunde zur anderen, von einem Tag auf den anderen. Daß man mit diesen Gefangenen als linke Zeitschrift ein dermaßen abgehobenes weltrevolutionäres Kolloquium veranstaltet, wie es in KONKRET zu lesen war, ist eine Auskunft über die politischen Biographien von Thomas Ebermann und Hermann L. Gremliza.

Thomas Ebermann verweist an einer Stelle auf die Entrechtung der Flüchtlinge und das Fehlen jeder wirksamen Opposition dagegen. Was das wirklich heißt, erschließt sich nicht durch Zeitungslektüre, durch Besuche und Briefe □ das werden Karl-Heinz Dellwo, Knut Folkerts und Lutz Taufer erfahren, wenn sie draußen sind.

Es ist von Hermann L. Gremliza unglaublich überheblich und ignorant, das, was die Gefangenen sagen, als »Regression« zu fassen. Da braucht man nicht mal etwas von Psychoanalyse zu verstehen. Tatsächlich haben sich die Gefangenen etwas über all die Jahre bewahrt, was den meisten ihrer Generation draußen verlorengegangen ist □ die Bereitschaft, sich für eine Sache, für die Emanzipation aller Menschen zu engagieren. Weil sie daran festgehalten haben, haben sie sich auch entwickelt. Oder haben die Interviewer vergessen, wie wir uns in den 70er Jahren mit anderen Linken auseinandergesetzt haben? Gab es damals Gefangene der RAF, die öffentlich die Richtigkeit der eigenen Politik reflektierten? Warum kann man jetzt mit Gefangenen aus der RAF diskutieren, ohne befürchten zu müssen, bei gewissen Fragen als »Schwein« oder »Ratte« niedergemacht zu werden? Weil□s die Polizei erlaubt?

Warum wurde das Gespräch nicht mit der Geschichte der Sprachlosigkeit und der Unfähigkeit zu produktivem Streit in den Reihen der Linken eröffnet? Wie haben wir, die Gefangenen aus der RAF, Karl Heinz Roth behandelt, als er sich vor Gericht verteidigte? Wie haben wir Peter Brückner beleidigt und viele andere und warum? Wie sind wir miteinander umgegangen? Alles vergessen? Warum hielten es die KONKRET-Redakteure vor Jahren für nötig, ihre Zeitschrift mit dem Titel »Die Vergessenen« (gemeint sind die Gefangenen) aufzumachen (KONKRET 2/84)? Warum hatten viele Linke draußen die Gefangenen »vergessen«?

Daß es nicht zu einer breiten Bewegung gegen die Isolationshaft in den 70er Jahren kam, hatten wir, die Gefangenen aus der RAF, mitzuverantworten durch die Verbindung des Protests gegen die Isolationsfolter mit der Propaganda für den bewaffneten Kampf. Die berechtigte Kritik an der Instrumentalisierung der Sympathisanten durch die RAF hat aber niemanden, der um die Isolationshaft wußte, legitimiert, gar nichts zu tun. Das Kölner Komitee gegen die Isolationshaft hat sich nie die RAF-Propaganda zu eigen gemacht. Um Christian Geisslers »es geht« zu variieren: Es ging auch immer anders.

Aus der Geschichte des Kampfes gegen die Isolationshaft und für die Zusammenlegung, wie ihn die Gefangenen aus der RAF geführt haben, ist es verständlich, daß die Gefangenen jetzt, wo sie diese Öffentlichkeit haben, nicht auch über die Haftbedingungen der 50.000 anderen Gefangenen sprechen und kein Wort über den Wunsch der 1.000 anderen Lebenslänglichen verlieren, die auch raus wollen, bevor sie 20 Jahre abgesessen haben. Aber dennoch unentschuldbar.

Die Gefangenen sitzen nicht, weil sie vor 17 Jahren laut über die »Stabilität des Systems« nachgedacht, sondern weil sie die Botschaft der Bundesrepublik in Stockholm besetzt haben, um 26 Gefangene zu befreien. Wieso ist das kein Thema gewesen? Ist das privat? Gehört das in die off-records-Diskussion linksradikaler Hinterzimmer, weil die Bundesanwaltschaft auch KONKRET liest, wenn sich Gefangene aus der RAF darin äußern?

Wenn ich die Illegalen der RAF richtig verstanden habe, haben sie das Ende des bewaffneten Kampfes erklärt, weil sie ihre Sache, die Überwindung von Ausbeutung und Unterdrückung, die Emanzipation der Menschheit, nicht verraten wollen: Sie mußten einsehen, daß die Hinrichtungsaktionen von den eigenen Zielen wegführen. Sie haben das nicht erklärt, damit die Gefangenen freikommen, sondern sie haben das zu einem Zeitpunkt erklärt, in dem die Freilassung der Gefangenen ansteht, um diesen Prozeß der Freilassung aller Gefangenen damit zu unterstützen. Teile der Revolutionären Zellen haben ebenfalls die Einstellung ihres bewaffneten Kampfes mitgeteilt, ohne daß es von ihnen Gefangene in den Gefängnissen der Bundesrepublik gibt. Der RAF darf man also auch zutrauen, daß sie in diesem Frühjahr das Ende des bewaffneten Kampfes erklärt hätte, wenn alle Gefangenen schon 1991 entlassen worden wären. Sie hat sich wesentlich über den Antiimperialismus der Befreiungsbewegungen der Dritten Welt definiert. Da es diese Befreiungsbewegungen und das

sozialistische Lager nicht mehr gibt – von Ausnahmen abgesehen – war ihrem strategischen Konzept die Grundlage verlorengegangen.

Da in dieser RAF-Erklärung gesagt wird, daß sie erst der Anfang einer notwendigen Diskussion sei, wäre es wichtig gewesen, mit den drei Gefangenen aus Celle nicht nur über Stockholm zu diskutieren, nicht nur über die jetzt bekanntgewordene Verbindung RAF-Stasi, sondern über die ganze Geschichte, jedenfalls in Ansätzen. Z.B. darüber: Im Herbst 1977, nach der Kontaktsperre, als wieder Besuche stattfinden konnten, stellte sich heraus, daß alle Gefangenen völlig entsetzt über die Entführung der »Landshut« waren, einer Lufthansa-Maschine, die mit Mallorca-Urlaubern in die Bundesrepublik zurückwollte.

Da in den Jahren 72 – 77 das Hauptthema der RAF die Isolationshaft war, also der Kampf gegen unmenschliche Haftbedingungen, warum waren dann nicht auch die Haftbedingungen des ersten Gefangenender RAF, des Arbeitgeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyer, ein Thema? Wie kann eine revolutionäre Gruppe, deren Hauptthemen Haftbedingungen und Gefangenenbefreiung geworden waren, einen Gefangenen töten? Mir wurde schon gesagt, daß man nicht den Eindruck erwecken wollte, »die Kleinen erschießt man« (nämlich Schleyer-Fahrer und die Polizeibeamten) und »die Großen läßt man laufen«. Eine völlig ungültige Ausrede – schließlich hätte man Schleyer ja doch laufen lassen, wenn die Regierung auf die Forderungen eingegangen wäre. Immerhin gab es vor einigen Jahren im »Arbeiterkampf« in einem kleinen Beitrag von Stefan Wiesniewski eine erste vorsichtige Kritik an dem Massaker an Schleyers Begleitern.

Wie war es möglich, daß im Frühjahr 1972 fast die gesamte erste RAF-Generation verhaftet werden konnte? Weil die Sympathisanten der RAF, weil die Linke in der Bundesrepublik die Bombenoffensive nicht mittragen konnte – das bißchen illegale Infrastruktur brach unter dem öffentlichen Druck zusammen. Die Gesellschaft, einschließlich der Linken, sagte zu ihren Befreiern »nein, danke, so nicht«. Trotzdem wird heute noch so getan, als sei diese Zeit – mit Ausnahme der Bomben gegen das Springer-Verlagshaus in Hamburg – gegen jede Kritik gefeit. Wenn die Art der Kriegsführung nicht zum Erhalt der eigenen Kräfte und ihrer Erweiterung beiträgt, sondern im Gegenteil zur Zerschlagung der ganzen Organisation führt, muß etwas falsch gelaufen sein.

Es kommt viel schlimmer: Noch heute wird so getan, als sei der Bombenanschlag gegen das US-Headquarter in Heidelberg mit Solidarität mit dem vietnamischen Volk zu rechtfertigen. Dabei sind drei amerikanische Soldaten umgekommen, drei Menschen, die zufälligerweise auf dem Parkplatz waren, als die Bomben hochgingen. Und wir kamen aus einer Protestbewegung gegen den Vietnamkrieg, die in vielen Städten Kontakte zu Widerstandsgruppen in der US-Armee hatte. Wir wußten, daß viele Soldaten gegen diesen Krieg waren.

Ich empfehle allen, nochmal die damaligen Kommando-Erklärungen nachzulesen: Es findet sich darin kein Wort von einer Computeranlage in diesem Hauptquartier und kein Wort von der Steuerung der Bombenangriffe gegen Nordvietnam von Heidelberg aus. Hätten wir das damals gewußt, wäre das in den Kommandoerklärungen nachzulesen. Hätten wir das gewußt, wäre es die Pflicht des Kommandos gewesen, die Aktion so zu organisieren, daß es dabei nicht zu Toten kommt.

Wer vom Widerstandsrecht oder Notwehrrecht Gebrauch macht und einen Menschen tötet, muß nachweisen, daß damit mehr Leid gelindert als geschaffen wird. Weil die Aktionen der RAF nicht in einem »transparenten Zusammenhang zu der Herbeiführung menschenwürdiger Zustände« (Adorno) standen, ist die RAF im Frühjahr 1972 gescheitert – als sie anfing, politisch-militärisch zu handeln.

Die RAF hat über 30 Menschen getötet – ich kann für keinen dieser Toten eine Rechtfertigung finden. Deshalb kann ich auch dem Zitat nichts abgewinnen, das Hermann L. Gremliza seiner Kolumne in KONKRET 6/92 glaubt voranstellen zu müssen: »Der Fehler der RAF war weder die Anwendung von Gewalt noch waren es Kriminaldelikte, sondern ihr Fehler war die Niederlage im antiimperialistischen Kampf« (Wolfgang Pohrt, 1986). Der Erfolg rechtfertigt nicht alle Mittel und Taten.

Was ich schlimm fand an dem, was die Gefangenen sagten, waren solche Sätze wie: »Du hast das Gefühl, du bist da durchgekommen«, und: »Obwohl schon an den Fakten evident ist, daß sie die RAF wie auch die Gefangenen nicht kaputtkriegen, haben sie das über Jahre fortgesetzt«, und: »Dennoch haben wir unheimlich wichtige Erfahrungen gemacht. Und wir haben uns gehalten. Das war nicht einfach, aber es geht.«

Es gab zehn tote Gefangene. Noch mehr RAF-Mitglieder sind draußen auf der Straße erschossen worden. Für welche »unheimlich wichtige Erfahrung«?

Zum Schluß noch ein Wort zu dieser Euphorie, »durchgekommen« zu sein: Wir haben die »eiserne Faust des Staates« immer nur versteckt in Handschuhen zu spüren bekommen. Das war bitter genug. Aber diese oft bis über die Grenzen der eigenen Möglichkeiten gegangenen Erfahrungen sollten nicht vergessen lassen, was die Menschen aus den Befreiungsbewegungen in den Ländern der Dritten Welt, oder ganz nahe in der Türkei, kennengelernt haben und heute noch erfahren. Der Anti-Guerilla-Krieg wurde in der Bundesrepublik im Vergleich dazu sehr gemäßigt geführt, weil es stimmt: Zwar ist die Bundesrepublik Nachfolgestaat des 3. Reiches, mit all den bekannten personellen Kontinuitäten in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, aber sie ist auch das freieste Land, das es je »auf deutschem Boden« gab. Die Nähe der

faschistischen Vergangenheit und die Sensibilität der internationalen Öffentlichkeit, auch die Nachbarschaft der DDR, schufen Rahmenbedingungen, in denen, was die Gegner in dieser Auseinandersetzung an Erfahrungen im Anti-Guerilla-Krieg akkumuliert hatten, kaum zur Anwendung kam. Eine westdeutsche Guerilla mit ein paar Dutzend Mitgliedern und ein paar Dutzend Sympathisanten kann gegen die uns bekannten Vernehmungs-Folter-Methoden, kann gegen das spurlose Verschwindenlassen von Angehörigen und Freunden keine drei Tage bestehen. Angesichts unserer vielen Toten, angesichts unserer vielen Knast- und Isolationshaftjahre □ gegenüber den Befreiungsbewegungen der 3. Welt waren wir und unsere Sympathisanten, auch im Kampf mit all unserer Bereitschaft, für unsere Ziele das eigene Leben zu opfern, privilegierte weiße Deutsche.

Klaus Jünschke, ehemaliges Mitglied der RAF, 1972 wegen gemeinschaftlichen Mordes verurteilt, wurde 1988 aus der Haft entlassen

Konkret 08/92, S. 28

Lutz Taufer

Gefährliche Gegenden
Brief an einen Gefangenen

Kapituliert die Rote Armee Fraktion? Diese Frage war Gegenstand eines Gesprächs, das KONKRET im Mai mit den Gefangenen aus der RAF Karl-Heinz Dellwo, Knut Folkerts und Lutz Taufer in der Justizvollzugsanstalt Celle geführt hat (s. KONKRET 6/92). An dieses Gespräch und die ihm zugrundeliegenden jüngsten Erklärungen der RAF knüpfen die folgenden Beiträge an. Klaus Jünschke fordert eine kritische Auseinandersetzung mit der gesamten Geschichte des bewaffneten Kampfes in der BRD; Lutz Taufer plädiert für einen Weg »zurück in die Gesellschaft«; Georg Fülberth warnt vor neuen Illusionen

Viele dänische Mütter haben kürzlich gegen die Verträge von Maastricht gestimmt, weil sie nicht wollen, daß ihre Söhne in den angekündigten Militäreinsätzen einer EG- oder KSZE-Armee umkommen. Wie erklärt sich der Widerspruch zwischen dem bekundeten Versöhnungswillen des früheren Bundesjustizministers Kinkel und der erklärtermaßen härteren Außenpolitik des Genscher-Nachfolgers? Wie kann einer das Wort Versöhnung in den Mund nehmen und gleichzeitig die Weichen für den weltweiten Einsatz der Bundeswehr stellen? Ich hatte schon im NDR-Interview angedeutet, daß Kinkel das Wort Versöhnung nicht als Bundesjustizminister, sondern als kommender Außenminister ins Spiel gebracht hat.

Als 1982 die Regierung Kohl an die Macht kam, waren die dramatischen weltpolitischen Veränderungen – Herauskippen eines immer größeren Teils der Menschheit aus elementarer Produktion und Reproduktion, Zusammenbruch der UdSSR und der Warschauer Pakt-Staaten, Verschärfung der 2/3-Gesellschaft, nicht zuletzt Anschluß der DDR – noch nicht in Sicht. »In Wirklichkeit war ja niemand auf der Welt – vor allem auch die Deutschen nicht – politisch auf diesen Tag vorbereitet«, so Weizsäcker. Der damalige BRD-Staat und seine Gesellschaft sollten fit gemacht werden für den Kampf um die Hegemonie innerhalb der EG und die sich verschärfende Konkurrenz auf den Weltmärkten. In dieser Zielsetzung hat sich in der alten Bundesrepublik ein primitiver, am jeweils unmittelbaren Vorteil orientierter Egoismus breitgemacht. Das ist sicher die angemessene Kulturstufe, um sich in Europa an die Spitze zu kämpfen. Und sicher ist dazu die Fähigkeit und die Skrupellosigkeit, hinzulangen und zu nehmen, ausreichend. Jetzt aber hat sich die internationale wie nationale Situation vollkommen geändert. Der von der Regierung Kohl und den Neoliberalen gezüchtete primitive Egoismus liegt bereits quer zur Übernahme der DDR. Plötzlich soll es in die andere Richtung gehen: Je knapper die Ressourcen werden, desto mehr »Solidarität« soll die Bevölkerung zeigen. Oft genug ist das nur eine Verdunklung von Lohnraub und Liquidation sozialer Infrastruktur. Der Widerstand dagegen wächst. Noch nie in den letzten Jahrzehnten war die Wut auf »die da oben« so groß wie heute.

Jetzt stell' dir vor, die Bundeswehr befindet sich demnächst irgendwo in Afrika, Asien, Nahost in einem größeren Kampfeinsatz – Größenordnung Golfkrieg. Transporter landen in München und Hamburg, voll mit den Särgen junger Männer aus Düsseldorf und Dresden, Eisenhüttenstadt und Sindelfingen. Was, denkst du, wird sich in den Herzen und Köpfen der Menschen hier abspielen? Weizsäcker beklagte einen »gewaltigen Bedarf in der Gesellschaft an Orientierung« und daß »die politische Aufgabe der Führung und Konzeption zu kurz kommt«. Es geht also um das, was gemeinhin unter dem Begriff der »inneren Einheit« oder der nationalen Frage gefaßt wird, also der innergesellschaftlichen Zustände, die heute, da die Großmacht Deutschland politisch-militärisch weltweit aktiv sein will, von internationaler Relevanz ist.

Wie du weißt, sind solche kriegerischen Ereignisse, die den einzelnen Menschen und die Gesellschaft im Innersten erschüttern, häufiger Ursache von entsprechend radikalen Reaktionen der Bevölkerung geworden – das gilt etwa für die Pariser Kommune, die im deutsch-französischen Krieg von 1870/71 entstand und die Oktoberrevolution, die es ohne den Ersten Weltkrieg wahrscheinlich ebensowenig gegeben hätte wie die Novemberrevolution 1918 in unserem Land. Der zweite Weltkrieg hat über Titos Partisanenkrieg in seinem Land zu gesellschaftlichen Resultaten geführt, die so hoffnungsvoll waren – und die nun – nachdem die Erschütterungen aus diesen Kämpfen dort ebensowenig aufgearbeitet worden waren wie, andersherum, in Deutschland, wieder in Schutt und Asche versinken.

Hitler, der nach Ursachen der Niederlage Deutschlands im ersten Weltkrieg suchte, kam dabei zu seiner Dolchstoßlegende. Er vertrat die Auffassung, daß diese Weltkriegsniederlage vor allem zwei Ursachen habe: a) daß das Regime des Kaiserreichs die politische Arbeiterbewegung nicht zerschlagen habe und b) daß das Regime die arbeitende Bevölkerung nicht hinter sich gebracht habe – etwa durch gewisse sozialfürsorgerische Maßnahmen und die Erziehung der Massen – , es somit den »Novemberverbrechern«, wie er die Revolutionäre des November 1918 nannte, ermöglicht habe, vor allem die Arbeiter zu sich herüberzuziehen. Hitler zog daraus die Konsequenz, daß die gesellschaftliche Grundlage für den Kampf um die Welthegemonie des deutschen Imperialismus die Formierung einer »Volksgemeinschaft« sein müsse, mit a) einer Verbesserung der Lebensverhältnisse der breiten Bevölkerungsmassen und b) einem System flächendeckenden Terrors, um vor allem die inneren Klassengegensätze zwangsweise zu versöhnen.

Die Erfindung des Massentourismus für deutsche Arbeiter und ihre Familien und die Erfindung der Konzentrationslager waren nur die zwei Seiten derselben Medaille. Wer sich dem System der Betreuung und Gratifikation, der Entmündigung

und der Entwürdigung nicht anpaßte, den traf der Terror.

Nun ist Kinkel sicher nicht Hitler und der deutsche Imperialismus nicht der Faschismus, und es muß noch nicht mal ein Krieg von der Dimension des Golfkriegs sein, bei dem die Bundeswehr zum Einsatz käme – aber die Mentalität jener Gesellschaft, die für den BRD-Staat, für die Eroberung wirtschaftlicher Führungspositionen in der Welt taugte, taugt nicht für imperialistische Großmachtpolitik, für die Eroberung politisch-militärischer Führungspositionen. Seit Clausewitz weiß man, daß die Fähigkeit, einen Krieg zu führen (oder glaubwürdig damit drohen zu können, um bestimmte Interessen durchzusetzen), an erster Stelle davon abhängt, ob man die eigene Bevölkerung hinter sich hat oder nicht.

Den Politikern in diesem Land ist dieser Zusammenhang sicher bewußt. Im Gegensatz zu manchen moralbrünstig daherkommenden »Revolutionären«, die die RAF als reformistisch denunzieren wollen, weil sie sagt: Wir müssen unser Getto verlassen, wir müssen in die Gesellschaft zurück, sehen andere Menschen die Situation deutlicher, weil unbefangener. Den Zusammenhang, den du ansprichst, zwischen dem Im-Kreis-Reden von Linken, das sie daran hindert, zu den Leuten zu gelangen, und dem Antrieb, den das, wie du sagst, wiederum der Gewalt von seiten der Rechten gibt, hat Huidobro letztes Jahr hier ganz ähnlich gesehen. Er meinte, die deutsche Linke versage ein drittes Mal in der Geschichte, sie überlasse die nationale Frage wieder den Rechten. Als ich das, was er mir da gesagt hatte, draußen zur Diskussion stellte, reagierten die meisten mit scholastischen Belehrungen in Sachen ‘nationale Frage’.

Nun ist ein solcher Begriff für uns deutsche Linke etwas völlig anderes als für einen Genossen aus einem Land wie Uruguay. Etwas sehr Sperriges, ja Furchterregendes. Zu Recht. Aber man könnte sich ja mal die Frage stellen, was will dieser sicherlich ernstzunehmende Genosse sagen? Hat er vielleicht etwas Wesentliches – befangen in seiner Erfahrungswelt – mit einem für die hiesigen Zustände unwesentlichen Begriff umschrieben? Kinkel und Weizsäcker schließlich nehmen sich des Themas an.

Ich denke, diese Kinkel-Initiative hat etwas zu tun mit dem Umbau der al-ten BRD-Gesellschaft in eine andere, in die der kommen-sollenden, der Großmacht Deutschland. In eine Gesellschaft, die die tatsächlich oder vorgeblich gemeinsamen Probleme, Aufgaben und Konflikte annimmt und durcharbeitet, statt sich ihnen aus Risikoscheu, aus Egoismus oder Partikularismus, aus klassen- und gruppenspezifischen Interessengegensätzen zu verweigern: Die Angriffe von Kapital und Staat auf Lebensstandard und/oder garantierte Existenz führen zu ansteigenden ökonomisch-sozialen, zu Klassenkonflikten; gegen die Übernahme der DDR im Kolonialstil, gegen Entmündigung und Entwürdigung, wächst militanter Widerstand; Gesellschaftlichkeit, nach 25 Jahren Repression und Enteignung gesellschaftlicher Innovationskraft von unten nur noch als Veranstaltung von oben erscheinend, ist gebrochen im Bild einer als korrupt und unfähig identifizierten Kaste von Politikern und Bürokraten; schließlich bewirkt die von 1982 herkommende »geistig-moralische Wende« des Neoliberalismus eine Fixierung auf den Augenblicksvorteil und somit einen Riegeleffekt gegenüber Gesellschaftlichkeit, »Gemeinschaftsgeist«, Perspektive schlechthin.

Von ausgrenzender Art ist der sich ausbreitende Rassismus – anders als der Rassismus im Hitler-Faschismus, der, jedenfalls im fortgeschrittenen Stadium, in der Ideologie vom Herrenmenschentum expansiver Natur war und so Vehikel für die Welteroberungskriege des deutschen Kapitalismus sein konnte. »Das Boot ist voll« – das kann sicher ins Expansive umschlagen, aber noch scheint sich solche Ausgrenzungs- und Abschottungsmentalität eher gegen das Projekt Gesamteuropa zu richten.

All das trägt offenkundig Züge von Isolationismus und Partikularismus, von Rückzug und Verweigerung. Die Politik einer primitiv-egoistischen Zersplitterung der Gesellschaft mochte aus der Sicht der Optimierung der Kapitalverwertung, der Zerschlagung der Linken, der ohne die positive Einstellung sozialer Bereiche zu Solidarität und gemeinsamem Handeln der Boden unter den Füßen entzogen scheint, mochte aus der Sicht des Rollbacks gegen Gewerkschaften und Interessenvertretungen der arbeitenden Menschen funktional sein – aber für ein imperialistisches politisch-militärisches Operieren in der Welt im Namen »gemeinsamer« (nationaler, europäischer, westlicher) Interessen und zur Mobilisierung der dafür unerläßlichen Opferbereitschaft in der Bevölkerung für die »höheren« Ziele – dazu taugt diese Mentalität nicht.

Die Frage ist also nicht »wir gegen sie« – die Frage ist gesellschaftlicher Natur (was für Linke eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein müßte!). Und zugleich wird deutlich, welche internationalistische Relevanz die innergesellschaftlichen Zustände in Deutschland haben.

Wir können auf diese Situation (von der ich nur einige Aspekte erwähnt habe) auf zwei Arten reagieren: Wir verneinen die Kinkel-Initiative. Wir lassen uns nicht benutzen für eine Rekonstruktion imperialistischer Gesellschaftsmentalität. Angesichts der Tatsache, daß der Imperialismus international wie innerstaatlich eskaliert, ist es Wahnsinn, auf unserer Seite von De-Eskalation zu reden. Bewaffnet zu kämpfen ist angesichts einer solchen verschärften Lage eine »verdammte moralische Pflicht«. In einer Situation, wo die Militanten auf der Straße von den Bullen immer härter angegriffen werden (siehe WWG; Mannheim), dürfen wir Militanz und Gewalt nicht in Frage stellen, müssen wir Gegengewalt organisieren.

Das ist der Diskurs des Gettos, wie er derzeit mehr oder weniger geführt wird, der im Rahmen einer bis an die Grenzen des Gettos reichenden Verantwortung richtige Fragen stellt und richtige Antworten gibt – der sich meinem Eindruck nach aber

vor allem dadurch charakterisiert, daß er von gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen kaum Notiz nimmt. Wie viele Deutsche meinen, sich vor einer Welt dramatisch sich zuspitzender Konflikte in eine Wagenburg flüchten zu können, so wollen diese Linken sich vor der Gesellschaft in Deutschland in ihr Getto zurückziehen. Wird dieser Weg eingeschlagen, werden wir in ein paar Jahren in der gleichen Situation landen, in der sich seit längerem die US-amerikanische Linke befindet. Und wie da wieder rauszukommen ist, weiß ich nicht.

Andere meinen, es gehe um ein programmatisches Umsatteln von antiimperialistisch auf sozialrevolutionär. Aber durch das Aufzählen der Krisen- und Zerfallserscheinungen und die beigefügten Appelle »Wir müssen« kommen wir aus dem Getto nicht heraus. Nein, eine Wiederholung der Randgruppenstrategie der 70er Jahre, das kann es nun wirklich nicht sein. Bei einer solch oberflächlichen Idee von Neuaufbruch wird uns das Alte schnell wieder eingeholt haben.

Als ich vor Jahren die Machbarkeit des bewaffneten Kampfes, der zudem im gesellschaftlich luftleeren Raum agierte, in Frage stellte, kritisierte mich ein Genosse: »Die Hauptsache ist doch, daß du die Politik richtig findest.« Die Haltung des Genossen war nicht nur typisch für diese Mentalität, sie war in gewisser Weise tonangebend. In der ersten Hälfte der 70er Jahre sagte die RAF: »Jeder ist die Gruppe.« Ich glaube, es war Ulrike. Wir wollten keine Anhänger. Wir hatten es erlebt, wie die Befreiungsbewegungen grade in den Metropolen Anhänger in Scharen auf sich zogen, wir hatten erlebt, wie sich diese Schwätzer und Wichtigtuer im Licht der Befreiungskämpfe anderer Menschen und Völker sonnten, ja ihnen sogar Strategieunterricht erteilen wollten. Leila Khaled hat diese spezifische Verdinglichung in ihrer Auto-biografie beschrieben, Amilcar Cabral in seinen Anmerkungen über die zwei Formen der Solidarität davon gesprochen. Es war ernüchternd, es hatte etwas Gemeines, zu sehen, wie diese »Revolutionäre« in ihren Kneipen und Wohngemeinschaften am Kampf dieser oder jener Befreiungsbewegung »teilnahmen«, ihn ausbeuteten als Gelegenheit, der Eigeninitiative zu entgehen.

Wenn die RAF in ihrer ersten Phase sagte: »Jeder ist die Gruppe«, hieß das: Jede und jeder soll sich dahin bringen, es zu können. Dem »revolutionären« Schmarotzertum war das diametral entgegengesetzt. Und es war im übrigen der Geist des Aufbruchs, der Revolte gegen die falschen Autoritäten und autoritär verstopften Zustände: Jede und jeder kann es selbst und viel besser. Wenn die Gefangenen der frühen 70er Jahre in ihren übers Info geführten Diskussionen immer und immer wieder über ihre subjektiven Erlebnisse und Erfahrungen sprachen, sich intensiv bemühten, sie zu begreifen, um sich weiterzubringen, war dies Teil dieses Emanzipationsprozesses. Eigeninitiative, selbständiges Denken und Handeln – und die Organisation, nicht bewaffneter Aktion, sondern bewaffneter Politik, sollten eine Identität bilden. Der Avantgarde-Anspruch der RAF in ihrer ersten Phase kam nicht zuletzt von diesem radikalen Versuch, die metropolen-spezifische Verdinglichung linker Politik zu überwinden.

Im Lauf der Jahre hat eine Entkopplung der beiden Prinzipien Eigeninitiative/revolutionärer Kampf stattgefunden. Irgendwann war es von wachsender Bedeutung, daß Leute draußen »die Politik« oder den bewaffneten Kampf »richtig finden«. Wir hatten jetzt Anhänger. Was in der ersten Hälfte der 70er Jahre als »Apologetentum« bekämpft wurde, war jetzt mindestens willkommen. Apologeten nannten wir Leute, die reichlich militant auftreten, wo es um die Propagierung und Verteidigung der »Positionen« ihrer Vorbilder geht, sich aber ausgesprochen reformistisch zurückhalten, wo es um den Mut zur Eigeninitiative, um die Entwicklung selbständigen Denkens und Handelns geht. Hier tendiert die sonstige Radikalität gegen Null. Das erste kann auch eine Versuchung für die Vorbilder sein, wobei dann das zweite, im Tauschgeschäft, zur Nebensache wird. Welche Bedürfnisse auf beiden Seiten mitspielen und woher sie stammen, will ich hier nicht näher untersuchen. Jedenfalls: Wo eine solche reaktionäre Symbiose sich einmal etabliert hat, haben es die, aus denen selbständig handelnde und denkende Menschen werden könnten, und die bis dahin häufig durch eigene Vorstellungen und kritischen Verstand unangenehm aufgefallen sind, haben es also die, die die Gruppe sein könnten, schwer. Und die, die den Autoritäten nachplappern, ein leichtes Spiel. Zumal sie, wenn nicht aufgepaßt wird, die Tendenz haben, sich sehr viel schneller zu vermehren als die anderen. Sie ahnen, was sie aneinander haben.

Eine revolutionäre Initiative, die den Zusammenhang zwischen notwendiger Befreiung von Passivität und Konsumhaltung (einem Produkt kapitalistischer Sozialisation und Verkrüppelung) und der Entwicklungsmöglichkeit des Kampfes nicht weiß oder keinen Zugang dazu findet, ist gescheitert, bevor sie überhaupt angefangen hat. Es ist das Verdienst der RAF, daß sie in ihrer Erklärung vom 10. April 92 diese Frage der Subjektivität, der Identität wieder auf die Tagesordnung gesetzt hat.

Tragikomischerweise halten jene, denen die richtige Situationsanalyse plus richtige Forderungen genug ist, die das Wort ‘Fehler` nur mit spitzen Fingern anfassen, den Text für politisch schwach, ja für Szene-Niveau. Es fehlen ihnen die »Positionen«, denen sie erhebliche Orientierungswirkung zuschreiben. Apologetentum und Verdinglichung von Politik waren ein Grund, weshalb die ursprüngliche Intention, die die RAF mit bewaffneter Politik verband: mobilisierender Faktor zu sein – »der kleine Motor, der den großen antreibt« – , sich in sein Gegenteil verkehrte. Die RAF wurde zur Projektionsfläche, auf der die eigenen, im abstrakten Wollen steckengebliebenen Handlungsbedürfnisse doch noch »Realität« wurden. Jetzt, von diesem beschwichtigenden Mechanismus befreit, scheinen etliche sich auf den Weg zu machen, auf dem die eigenen Talente und Fähigkeiten entdeckt werden.

Eine neue Perspektive kann keine avantgardistisch-programmatische Zeugung von außen und oben sein. Die Tür in die Gesellschaft wird erst einmal in jene brandgefährlichen sozialen Gegenden führen, wo der Reformismus lauert. Was aber dort aus uns wird, hängt nicht zuletzt davon ab, ob wir uns des Besten aus unserer langen Geschichte vergewissern, ob wir ein ehrliches Verhältnis zu unseren Fehlern und Schwächen entwickeln.

Lutz Taufer, Gefangener aus der RAF, verurteilt zu zwei Mal lebenslänglich wegen Mord und Geiselnahme, ist seit April 1975 in Haft

Konkret 08/92, S. 31

Georg Fülberth

Gefährliche Gegenden
Auf Messers Rücken

Kapituliert die Rote Armee Fraktion? Diese Frage war Gegenstand eines Gesprächs, das KONKRET im Mai mit den Gefangenen aus der RAF Karl-Heinz Dellwo, Knut Folkerts und Lutz Taufer in der Justizvollzugsanstalt Celle geführt hat (s. KONKRET 6/92). An dieses Gespräch und die ihm zugrundeliegenden jüngsten Erklärungen der RAF knüpfen die folgenden Beiträge an. Klaus Jünschke fordert eine kritische Auseinandersetzung mit der gesamten Geschichte des bewaffneten Kampfes in der BRD; Lutz Taufer plädiert für einen Weg »zurück in die Gesellschaft«; Georg Fülberth warnt vor neuen Illusionen

Weder in der Erklärung der Roten Armee Fraktion vom 10. April 1992 noch in den Interviews von Gefangenen in Lübeck und Celle wird eine Niederlage eingeräumt. Insbesondere die Verurteilten verweisen darauf, daß sie einen Teilerfolg erzielt hätten, denn es sei der Staatsgewalt nicht gelungen, sie zu brechen, das heißt: zum Verrat an Genossinnen und Genossen sowie zur Absage an ihre Ziele und die zu deren Erreichung verwandten Mittel zu veranlassen.

Diese zutreffende moralische Selbsteinschätzung kann eine politische Bilanz, welche die vor über zwanzig Jahren proklamierten Ziele mit dem heutigen Resultat vergleicht, nicht ersetzen. Damals war die Rote Armee Fraktion ja nicht mit dem ausschließlichen oder auch nur vorrangigen Anspruch angetreten, die sittliche Integrität ihrer Mitglieder unter Beweis zu stellen, sondern es ging ihr darum, als bewaffnete Guerilla in den Metropolen daran mitzuwirken, daß der Kapitalismus überwunden wird und in diesem Zusammenhang alle Verhältnisse umgestürzt werden, in denen der Mensch ein verächtliches und unterdrücktes Wesen ist. Dies nicht erreicht zu haben, ja diesem Ziel nicht einmal nähergekommen zu sein: das macht die Niederlage aus.

In einem solchen Desaster liegt es nahe, daß man sich ein bißchen in die Tasche lügt. Halb verdeckt wird in den Erklärungen der RAF und der Gefangenen der Gedanke nahegelegt, der Kampf sei insofern nicht völlig vergebens gewesen, als die Gesellschaft der BRD heute eben doch nicht mehr dieselbe sei wie vor zwanzig Jahren: Anzeichen einer durch unbeirrbaren Widerstand verursachten Bändigung der Staatsgewalt, der möglichen Akzeptanz oppositioneller »Räume« könnten ausgemacht werden.

Soweit an dieser Beobachtung etwas dran ist, betrifft sie eine Entwicklung, die erheblich älter ist als die RAF und auf welche die achtundsechziger Marschierer durch die Institutionen ebenfalls ein Urheberrecht geltend machen, wofür sie noch nicht einmal mit Knast bestraft, sondern mit Gehältern und Mandaten belohnt wurden. Durch das Testat, ihr Feind habe sich ein bißchen zivilisiert, hätten sich die Gefangenen, blieben sie dabei, im nachhinein selbst unrecht gegeben, denn mit der Annahme, gerade dies sei unmöglich oder diene allenfalls einer Effizienzsteigerung von Herrschaft, begründeten sie früher die Wahl ihrer Mittel.

Unbeugsam bleiben sie allerdings gegenüber allen Versuchen, von ihnen ein prinzipielles Abschwören im Verhältnis zum »bewaffneten« Kampf zu erlangen. Tatsächlich würde ein solches Zugeständnis in der veröffentlichten Meinung ihrer Feinde triumphierend als totale Kapitulation vorgezeigt werden. Daß dies so ist, zeigt jedoch zugleich einen Schwachpunkt in der politischen Position der RAF: Die bewaffnete Aktion ist identisch mit ihrem Profil, anderes ist weit weniger klar ausgearbeitet, grundsätzlicher Widerruf dieses Mittels – und wäre er auch nur auf die gegenwärtige und absehbare Etappe der gesellschaftlichen Entwicklung beschränkt – müßte der Roten Armee Fraktion zugleich jenes Merkmal ihrer Unversöhnlichkeit gegenüber den kapitalistischen Verhältnissen nehmen, das sie mehr als andere Gruppen – aber auch mehr als andere ihrer eigenen Spezifika – ausgebildet hat. Gerade nach ihren letzten Äußerungen ist dies unverkennbar. Fällt der »bewaffnete Kampf« weg, bleibt noch die Situation der Verfolgung durch die Staatsgewalt, sonst aber nicht mehr viel. Damit ist er aber zu einer Art Fetisch geworden. Längst wäre es dagegen schon angebracht gewesen, über die Guerilla-Aktion in einer lakonischen Analogie zu der Clausewitz-These zu sprechen, daß der Krieg eben die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sei, woraus sich ergibt, daß er nicht zu be-liebiger Zeit und an beliebigem Ort geführt werden kann. Ebenso steht es mit der bewaffneten Aktion im Innern. Gibt es keine Politik, welche durch sie fortgeführt wird, ist die Guerilla lediglich Gestikulation.

Außerdem gilt, daß es lange Phasen der ausschließlich nichtkriegerischen Auseinandersetzung geben kann, in denen die Verwendung weitergehender Mittel lediglich eine geschichtsphilosophische Frage ist. Jenes »Militärisch-Revolutionäre Komitee« des Petrograder Sowjets, das im Herbst 1917 den Sturm auf das Winterpalais vorbereitete, war erst zwei Wochen vor dem Aufstand gegründet worden, und dies reichte völlig aus. Ein Umsturzversuch, der mißlingt, ist nach dem Recht jener Verhältnisse, welche zu beseitigen ihm mißlang, ebenso Hochverrat, wie die Tötung von Menschen, zu der es dabei kommen mag, dann eben Mord oder Totschlag ist. Wer feststellt, daß bewaffne-ter Kampf kein Mittel der Politik ist, hat für die Bundesrepublik 1992 ebenso recht, wie er 1917 für Rußland und vielleicht im Jahr 2020 anderswo wieder unrecht hat.

Mit Statements zu diesem Thema begründet oder beseitigt man gegenwärtig keine politische Identität. Stimmt eine politische Strategie in ihrer Gesamtheit nicht mehr, klammert man sich zuweilen an Einzelstücke: Was dem einen sein bewaffneter Kampf, ist dem anderen seine Arbeiterklasse, dem dritten das außerparlamentarische Wirken und dem vierten – ziemlich schrecklich – die »Utopie«. Wird uns dieser Wimpel ebenfalls noch aus der Hand gewunden, zeigt sich in der Regel, daß schon lange nicht mehr viel da war, was er hätte verdecken können. Aber auch die Beibehaltung des Identitäts-Symbols wendet nicht unsere Niederlage.

Doch: unsere. Denn die RAF hat ja nicht alleine verloren. Wer Anfang der siebziger Jahre der Ansicht war, das Erstarken des realen Sozialismus werde das internationale Kräfteverhältnis so verändern, daß auf diese Weise der Metropolen-Kapitalismus in die Defensive gedrängt werde, ist damit ebenso eingebrochen wie die Rote Armee Fraktion oder auch diejenigen, welche damals auf eine Strategie der »systemüberwindenden Reformen« setzten. Die individuellen Konsequenzen, die zu tragen sind, fielen sehr unterschiedlich aus, doch in allen diesen Fällen muß einem etwaigen Neuanfang die Feststellung der Niederlage und die Erkundigung nach ihren Ursachen vorangehen.

Dabei ist auch nach Irrtümern zu fragen. Die Auskunft, daß der Gegner zu stark war, reicht nicht, denn immerhin beruhte der Entschluß, sich mit ihm anzulegen, häufig auf einer Analyse, deren Ergebnis einen Erfolg nicht ausschloß. Also muß auch hier nach einem etwaigen Fehler gesucht werden. Im Gespräch von Celle wird er von Thomas Ebermann in nachgerade klassischer Weise nicht nur zitiert, sondern auch repetiert: »Ich weigere mich ja, zu sagen, daß unsere Hoffnung, die Einkreisung der Metropolen möge mit unserer Mitwirkung gelingen, reiner Spinnkram war, sondern ich versuche, einen Blick auf unsere Biographie und Geschichte zu behalten, der noch sieht, daß es einige Jahre lang wirklich auf des Messers Schneide stand, welche Kräfte sich in der Welt durchsetzen.« Es ist zu prüfen, ob das stimmt, und dabei sollte man vielleicht bis 1917 zurückgehen. Wahrscheinlich stand es nie »auf des Messers Schneide«. Was wie das Ende das Kapitalismus aussah, war nur seine – zugegeben: konvulsivische – Umgruppierung, und zwar in doppelter Weise:

Erstens: Nach dem Ende der industriellen Revolution erzwangen die Arbeiterbewegungen der am höchsten entwickelten Länder einen Umbau des Kapitalismus – Verteuerung der Arbeitskraft durch Erhöhung der Reallöhne, Senkung der Arbeitszeiten, Sozialgesetzgebung. Es handelte sich um einen Prozeß, der mehr als ein Jahrhundert dauerte.

Zweitens: Beginnend mit den vier Revolutionen – der mexikanischen 1910-1917, der türkischen 1920, der chinesischen 1911-1949 und der russischen 1917 – , dann, ab 1945, fortgesetzt im Trikont, wurde die Dominanz der kapitalistischen Zentren über ihre Hinterhöfe herausgefordert. In dem Maße, in dem diese Auseinandersetzung in den Ost-West-Konflikt einbezogen wurde (durch die Doppelstellung der UdSSR: einerseits eine Großmacht, andererseits ein Land der Halb-Peripherie), gewann sie eine zusätzliche Dynamik und schien systemgefährdend für den Imperialismus.

Beide Entwicklungen schienen sich am Ende der sechziger und zu Beginn der siebziger Jahre zu einer einzigen zu bündeln. Als dritter Faktor muß der traditionelle Konflikt von Großmächten mitgerechnet werden – eine von ihnen, die »zweite Supermacht«, trat mit sozialistischem Anspruch auf.

Diese dreifache Konstellation mochte vor zwanzig Jahren den Eindruck erwecken, als handele es sich um einen Showdown mit offenem Ausgang. Auf Messers Schneide aber – dies wissen wir erst im nachhinein – stand dabei nichts. Was wie finale Schwäche des Kapitalismus aussah, waren lediglich die Schwierigkeiten seiner Neuorganisation: Dies gilt für die Weltwirtschaftskrise 1929 ff., die in einigen Ländern – teilweise nach weiteren Umwegen: Faschismus und Krieg – in den »Fordismus« führte (bzw. ihn da, wo er sich bereits angebahnt hatte, in den USA, vertiefte), ebenso wie für den Übergang zu einem neuen Akkumulationstypus in den siebziger Jahren.

Das ist der objektive Prozeß. Zur subjektiven Seite gehörte das Händeringen der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung für Deutschland«, die vor zwei Jahrzehnten immer wieder mal die Welt untergehen sah, ebenso wie die optische Täuschung derer, welche ihr von links her beipflichteten. Immerhin war auch eine dritte Position möglich: die Einsicht, daß der Sozialismus und die nach wie vor in Unterentwicklung gehaltenen Länder sich in einer verzweifelten Defensiv-Position befanden und daß es Pflicht der »Revolutionäre« im Westen nicht sein konnte, die Revolution zu machen (dieses Stück wurde nicht gespielt), aber sich nach ihren Möglichkeiten – es waren dies die Mittel der internationalen Solidarität – an die Seite der Feinde ihrer eigenen Feinde zu stellen: aus Gründen der prinzipiellen Opposition gegenüber einem System, dessen möglicher Sieg nicht seine moralische Rechtfertigung bedeutete. Auch wer sich so verhielt, hat jetzt verloren.

Diese Parteinahme war kein Irrtum. Es handelt sich um eine Frage der Wertung, welche einer gleichsam wissenschaftlichen Sortierung in Falsch und Richtig nicht zugänglich ist. Fehlerhaft war die Einschätzung des Kräfteverhältnisses, doch auch eine andere Prognose hätte an der Stellungnahme von Linken nichts geändert. Marx wußte, daß die Pariser Aufständischen im Juni 1848 und dann 1871 die Kommunarden auf verlorenem Posten standen. Er hat sich nicht von ihnen distanziert – warum hätte er es tun sollen? – , selbst wenn er (1871) ihre Fehler öffentlich analysierte. Auch ihm unterlief immer wieder eine Verkürzung der revolutionären Perspektive – die irrtümliche Formulierung von »des Messers Schneide« war ihm nur post festum fremd, in seinen aktuellen Statements aber lag er immer wieder einmal gründlich daneben. Derlei wird auch in Zukunft vorkommen, so lange es Linke gibt und der Kapitalismus noch nicht am Ende ist.

Mehr als einmal pro Generation aber muß man nicht den gleichen Fehler machen. Es müßte sich zum Beispiel vermeiden lassen, in der ökologischen Krise und im Ruin der in Unterentwicklung gehaltenen Regionen neue Entscheidungssituationen, in denen der Kapitalismus selbst auf dem Spiel stehe, zu vermuten (oder gar fest zu behaupten). Diese beiden Probleme stellen ihn nicht in Frage. Der Nord-Süd-Konflikt hat in seiner bisherigen Form zugleich mit dem Ende der Ost-West-Auseinandersetzung aufgehört. Was davon übrigbleibt, ist hantierbar: durch fallweise Militäraktionen, Abschottung der Zentren gegen Flüchtlinge (oder deren quotenweise Aufnahme) und durch selektive Gratifikationen, um ökologische Fernwirkungen des Peripherie-Elends auf den Norden und Westen abzuwenden. Mit der Misere des Südens kann der Metropolen-Kapitalismus ebenso ungestört existieren wie mit Unterbeschäftigung und Marginalisierung in seinen reichsten Ländern.

Die dominante Strategie zur Eindämmung der ökologischen Krise läuft nicht auf eine Zurückdrängung des Kapitalverhältnisses hinaus, sondern auf seine Ausweitung: Aus bislang »freien Gütern«, die kostenlos vernutzt werden durften, wird konstantes Kapital. Umwelt-Belastung, vorher gratis, muß jetzt bezahlt werden, wobei solche Maßnahmen das strategische Ziel haben mögen, die völlige Substituierung oder Wiederverwendung begrenzter Ressouren zu erzwingen. Dabei wird wieder einmal stark auf naturwissenschaftliche Kompetenz gesetzt. (In Europa waren im neunzehnten Jahrhundert die hitzigen Debatten über Malthus' Bevölkerungslehre mit Liebigs Agrikulturchemie erst einmal beendet – die Konsequenzen dieser Umwälzung für den Naturhaushalt erkannte man erst viel später.) Ob so ein ökologisches Gleichgewicht erreicht werden kann (und wie dieses überhaupt zu definieren ist), mag fraglich sein. Wahrscheinlich kann die Lebensdauer der gegenwärtigen Produktionsweise dadurch verlängert werden: Sie wird dabei immanent ebenso umgestaltet werden wie die stoffliche Umwelt – eine neue Form der zeitweiligen Kompatibilität. Mit einer »Assoziation, in der die freie Entwicklung eines (einer) jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist«, ist das Kapitalverhältnis nicht vereinbar. Ob es imstande ist, einen reproduktiven Gesellschaftstypus zu organisieren, ist zumindest ungewiß. Beide Ebenen sind gegenwärtig dem Zugriff der Proto-Linken – also jener Individuen, die sich zu einer »Linken« zählen, die es als Ganze nicht mehr oder noch nicht gibt – entzogen.

Diese versuchen sich statt dessen, um sich nicht aufzugeben, in anderer Weise nützlich zu machen: von der Verkehrsberuhigungs-Initiative über die Regenwasser-Brauchanlage bis zum Ferieneinsatz bei der Dach-Reparatur in Nicaragua. Nichts ist dagegen zu sagen und viel dafür. Wir alle, die Leute von der Proto-Linken, tun irgendwann irgendetwas davon, und wir unterscheiden uns damit praktisch nicht von dem Anglerverein, der sich um die Qualität des Flußwassers bemüht. Auch eine Parole ist schon gefunden: »Global denken, lokal handeln.« In ihr steckt die Lüge. Tatsächlich hat nämlich das eine mit dem anderen nichts zu tun. Wer lokal handelt, mag dabei seine globalen Gedanken im Kopf haben. In Wirklichkeit sind es völlig getrennte Bereiche. Das praktische Handeln dient entweder der Binnengestaltung von Metropolen-Verhältnissen oder hat lediglich symbolische Bedeutung (man muß es dennoch nicht unterlassen). Für das »globale Denken« gilt, daß die Gedanken frei sind, während es dort, wo es gegenwärtig allenfalls praktisch wird, eine technokratische Herrschaftsform annimmt. Zwei verschiedene Uhren messen hier zwei völlig verschiedene Zeiten, vielleicht laufen sogar ihre Zeiger in einander entgegengesetzte Richtungen.

Wenn die RAF von irgendwelchen »Räumen« spricht, die zu öffnen seien, dann handelt es sich offensichtlich um jene Nahbereiche, deren Gestaltung von Mal zu Mal wohl erkämpft werden muß, die aber prinzipiell ohnehin auch von der dominanten Politik als ungefährlich, ja sogar als förderlich zugestanden sind. Es gibt keinen Grund, weshalb Revolutionäre es sich verbieten sollten, da mitzumachen. Allenfalls sollten sie es sich verkneifen, diesen ihren Reflex, der nichts Neues ist, gleich wieder als eine Strategie zu verkünden. Es gibt Naheliegenderes: das Bemühen darum, daß ihre Gefangenen frei kommen, ist jetzt auf eine Ebene gestellt, welche die RAF in der Zeit ihrer Anschläge vermied. Ein Erfolg hier trüge seinen Sinn in sich selbst und benötigt kein falsches Etikett.

Georg Fülberth schrieb in KONKRET 7/92 über das Verschwinden der Kommunistischen Parteien der ehemaligen Ostblockstaaten

Konkret 08/92, S. 34

Matthias Altenburg

Mama Bonzo zieht ein

Deutschland in den fünfziger Jahren, ein Dorf in den Kasseler Bergen. Hierhin kehrt der dicke Franz zurück, der in der Résistance ein Bein verloren und seine Landsleute hassen gelernt hat; hierher bringt er Mama Bonzo, das dicke Negerweib aus Marseille. Vorabdruck aus Matthias Altenburgs erstem Roman »Die Liebe der Menschenfresser«, der Ende August im R. Piper Verlag erscheint

Als Deutschland zu dröhnen begonnen hatte, hatte der Werkzeugmacher Franz Rothmann schnell seine kleinen Träume über die Grenze nach Frankreich getragen. Er rollte die Küste auf und ab, von Bandol bis Port Vendres, von Le Racou bis La Couronne. Er klaute Pfirsiche im Roussillon und pflanzte Weinstöcke in der Provence. Er reparierte Motorräder in Marseille und wär' fast krepiert in Perpignan. Er schlief auf Stroh und unter Platanen und manchmal auch in weichen Armen. Mit einer kleinen Korsin lebte er drei Tage, mit der Bäuerin Fantik mehr als ein ganzes Jahr. Zuerst hatte er mit Fantik die Arbeit, das Brot und den Wein geteilt, dann auch das Bett. Sie liebte ihn nicht und wollte doch das bißchen Wärme. Ihr Mann war Kommunist und bei den Brigaden in Spanien. Laß die Leute reden, sagte sie zu Franz, Gustave wird es verstehen. Fantik gab Franz die Bücher, Balzac und Flaubert, Eluard und Aragon, zu lesen, sie zählte mit ihm die Sterne am Himmel und hörte mit ihm die Nachrichten aus Spanien und Deutschland. Was Franz zu Hause nur geahnt hatte, auf dem kleinen Hof in der Nähe von Montélimar begann er es zu verstehen. Dort bleiben und sterben zu dürfen, das hätte ihm gereicht. Aber am Tag, als Fantik erfuhr, daß Gustave erschossen worden war, bat sie Franz, zu gehen. Noch einmal fielen sie aufeinander, noch einmal brüllten sie sich ihre Brunst und diesmal auch ihren Schmerz in die Ohren; dann war Franz wieder auf der Straße.

Wieder zog er die Küste entlang, und wieder schlief er mal hier und mal dort. Er fraß und soff und sehnte sich nach Fantik, aber auch nach den Kasseler Bergen. Als die Deutschen ins Land kamen, schloß er sich einer Gruppe an, die Flugblätter verteilte und Brücken sprengte. Sie wurden verraten und mußten sich trennen. Als Franz keine andere Möglichkeit mehr sah, ging er zurück auf den kleinen Hof in der Nähe von Montélimar und bat Fantik um Unterschlupf. Schon nach drei Tagen hatten sie ihn entdeckt. Sie banden ihn an einen Baum, fielen zu viert über die junge Bäuerin her, schnitten ihr die Kehle durch und schafften Franz in ein Lager im Elsaß. Dort geschah, was in den Lagern geschah. Zwei Tage hatte Franz unter einem Haufen von Leichen gelegen, bevor er sich traute, hervorzukriechen. Die Flucht gelang, aber sein Bein, das eine Kugel durchschlagen hatte, war vergiftet. Ein Copain schnitt es ihm ab und schnallte eine Prothese unter den Stumpf. Als der braune Zauber vorbei war, humpelte Franz zurück nach Deutschland. In Kassel erhielt er eine Stelle auf dem Wohnungsamt, dort sollte er verteilen, was es nicht gab. Franz wollte vergessen und suchte nach einer Frau. Weil es an Männern mangelte, nahm die blonde Gretel mit dem Krüppel vorlieb. Zwar wunderte sich Franz, daß es seiner jungen Frau gelang, fast immer Schokolade, Zigaretten und Kaugummi im Haus zu haben, doch um die guten Geister nicht zu vertreiben, stellte er keine Fragen. Bis er eines Tages auf Anraten seiner Nachbarn mal früher Feierabend machte. Der Army-Jeep vor seinem Haus ließ ihn schon einiges ahnen. Als er ins Schlafzimmer kam, sprangen zwei amerikanische Soldaten aus dem Fenster. Es dauerte keine sechs Wochen, bis er von Gretel geschieden war. Franz packte seine Siebensachen und zog in die Försterhütte im Breitensteiner Wald.

Der dicke Franz saß auf der Bank vor seiner Hütte und schaukelte mit dem Kopf wie ein Tier im Käfig. Seit er aus Frankreich zurück war, konnte er sein Wasser nicht mehr halten und redete Unfug. An manchen Tagen hängte er eine rote Fahne aus dem Fenster, betrank sich und sang Lieder, die keiner in Breitenstein kannte. Wenn er ins Dorf kam, um etwas einzukaufen, liefen die Kinder hinter ihm her und riefen: Franz ist quer, Franz ist quer, redet viel und pißt noch mehr. Franz rauchte Stumpen und trank klaren Schnaps. Wenn er beim Händler etwas bestellte, sprach er französisch, und wenn man ihn nicht verstand, wurde er rot und begann auf spanisch zu fluchen und zu schreien. Es wäre besser für ihn gewesen, man hätte ihn vergast, sagten die Leute.

Am Anfang jeden Monats fuhr Berta Mahlmann, die die Post austrug, mit ihrem Fahrrad zur Hütte im Wald und brachte Franz einen Briefumschlag ohne Absender. Geld ist drin, sagte Berta und sagte nicht, woher sie's wußte. Ein Schwein ist er, sagte Berta und sagte, sie habe gesehen, wie es in seiner Butze aussieht. Die verschissenen Hosen auf dem Küchentisch, die leeren Schnapspullen auf dem Boden, und stinken tut's wie im Affenkäfig. Wie auch immer, sagte der junge Vikar, vor dem Herrn sind alle gleich. Alle zwei Wochen schickte er Elfi mit einem Freßkorb zur Hütte. Der dicke Franz bedankte sich nie. Er befahl dem Mädchen, sich zu setzen, nahm zwei Eier aus dem Korb, schlug sie in die Pfanne und stellte sie vor Elfi auf den Tisch: Iß! Und sag dem Pfaffen, er kann mich. Die Kleine sah unter sich und würgte. Schnaufend humpelte der Dicke auf und ab. Manchmal blieb er stehen, nahm einen Schluck aus der Flasche, kratzte sich an der Stelle, wo sein Holzbein an den Rest vom Oberschenkel geschnallt war und blinzelte hinter seinen dicken Brillengläsern zu Elfi hinüber. Dann lief er wieder los und brabbelte vor sich hin, ohne auf das Mädchen zu achten.

Dann wurde Franz ordentlich. Er besserte das Dach seiner Hütte aus, er setzte neue Fenster ein, er reparierte den Ofen, er schaffte fünfzehn Handkarren voll Müll auf die Kippe. Und er kaufte sich einen neuen Anzug.

Und plötzlich war Franz verschwunden.

Mama Bonzo zog in Breitenstein ein, wie sie sich vorstellte, daß eine afrikanische Königin in ein erobertes Dorfeinziehen würde. Mama Bonzo war achtzehn Jahre alt, kam aus dem Hafenviertel von Marseille und wußte nichts von Afrika. Aber sie war schwarz wie die Hände vom Kohlenhändler Haneke und sie war fast so fett wie ihr Bräutigam, der dicke Franz. Die Breitensteiner schluckten trocken. Sie standen am Straßenrand und blähten die Nüstern. Väter hoben ihre Kinder auf die Schultern, der Lehrer lief rasch ins Haus, um seine Brille zu holen, und Schangpjeer vergaß völlig, sich am Hosenstall zu kratzen.

Mama Bonzo hatte Lippen für zwei und Brüste so groß, daß die Männer in der Kneipe sich abends stritten, ob sie wie Kürbisse waren oder doch eher wie Melonen. Jedenfalls, meine Güte... da möchtst du zwischen sterben, wenn schon, denn schon. Die Fremde hatte ihre schwarze Haut mit Öl eingerieben und zeigte den Leuten Zähne, von denen der Pferdehändler noch schwärmte, als Mama Bonzo schon längst unter der Erde lag.

Ja, glotzt nur, reißt eure Mäuler auf. Der Staub soll euch in die Hälse fahren, Drecksbande, verfluchte. Kurz vor dem Dorf hatte Franz das Dach des neuen weißen Chrysler heruntergeklappt und das Band mit dem Hochzeitsmarsch aufgelegt. Er saß am Steuer und verzog keine Miene. Langsam fuhr er den Wagen über die Hauptstraße. Mama Bonzo stand auf dem Beifahrersitz, wobei sie das Polster bis fast zum Bodenblech herunterdrückte. Mit einer Hand hielt sie sich an der Windschutzscheibe fest, mit der anderen winkte sie den Gaffern zu. Die kriegten sich nicht wieder ein. Na das darf doch nicht. Ja wo gibt es denn? Aber das ist doch. Wirklich und wahrhaftig, eine schwarze Negerin in Breitenstein.

Dreimal fuhr Franz am nächsten Tag nach Kassel, und jedesmal, wenn er zurückkam, war sein Auto über und über beladen mit Kisten und Koffern, mit Kästen und Kartons. Was da drin ist? Na was wohl? Das Gelumpe von dem Kaffernweib, was denn sonst? Die nistet sich hier ein, ich sag' euch, die bleibt.

Die Hütte im Wald begann zu wuchern. Von morgens bis abends hörte man es klopfen und sägen und hämmern. Tagaus, tagein brachten die großen Laster einer Baufirma Steine und Holz, Sand und Zement. Franz schwitzte. Franz ackerte. Und Franz grinste. Was er auch tat, wo er auch ging und stand, er grinste über die ganze Breite seines breiten Gesichts. Er feixte so dreist, daß es den Dörflern bange wurde. Der führt was im Schilde, sagten sie, da kommt noch was nach. Man tuschelte und munkelte, aber niemand getraute sich, den dicken Franz zu fragen.

Es kam nichts nach, vorerst nicht. Die Hütte wurde ein Haus, ach was, ein Monstrum, ein Geschwür, ein Gebilde mit Anbauten, Aufbauten und Nebenbauten. Nacheinander entstanden ein Badehaus, ein Ziegenstall, ein Hühnergehege, ein Geräteschuppen, eine Hundehütte, eine Gartenlaube und ein Aussichtstürmchen. Ein Kraal, sagte der junge Vikar, sie bauen sich einen Kraal. Das fremde Wort und die Betonung, mit der er es aussprach, waren wenig dazu angetan, den Leuten ihre dumpfen Ahnungen zu nehmen. Sie vermuteten, ein Kraal müsse etwas sein, was der Hölle ziemlich nahe kommt.

Aber zum Fest kamen sie alle. Berta Mahlmann hatte die Nachricht überbracht. Das ganze Dorf sei eingeladen. Nächsten Samstag. Essen und Getränke frei. So wie ich hier stehe. Jawohl, beim dicken Franz. Wenn ich's euch sage. Berta schnatterte und plapperte und flatterte und schärfte jedem ein, nichts weiterzuerzählen. Sie wollte die Botin sein, sie und nur sie allein. Aber schon im dritten Haus, das sie besuchte, war die Neuigkeit ein alter Hut. War ihr wohl eins von den verflixten Bälgern entwischt und hatte geplaudert. So blieb ihr nichts anderes übrig, als über Einzelheiten zu spekulieren. Lieb Kind wird er sich machen wollen, was denn sonst, der geile Bock. Am Ende wird er uns noch alle vergiften, ihr werdet sehen. Zuzutrauen wär's ihm, weiß Gott.

Aber am nächsten Samstag kamen sie alle. Sie kratzten sich an den Köpfen, starrten auf ihre Füße, nahmen einen Umweg und kamen doch alle an. Da standen sie im Hof vom dicken Franz und schauten in die Luft. Wölkchen zählen, eins, zwei, drei. Schönes Wetter heute. Sieht nach Regen aus. Wie die Zeit vergeht und wen der Hafer sticht. Na, wie? Ach, immer so weiter. Es muß ja. Man kann nicht klagen. Was machen die Plagen? Der Weizen steht gut. Du weißt doch, das Rheuma. Was soll ich sagen, man kommt in die Jahre. Ne, jünger wird keiner. Nun auch graue Haare.

Der dicke Franz und Mama Bonzo ließen sich nicht blicken. Draußen standen die Leute unter den Bäumen, wurden unruhig und trampelten im Dreck. Aus dem Haus kam ab und zu ein dunkles Glucksen.

Dem Schlachter wurde es zu bunt.

Keine falsche Bescheidenheit, rief er. Ran an die Buletten.

Er holte sich einen Batzen Fleisch aus dem steinernen Backofen, nahm sich eine von den Weinflaschen, die in einem mit kühlem Wasser gefüllten Bottich standen und forderte die anderen auf, es ihm gleichzutun. Spiel, Küster, spiel! Schangpjeer nahm sein Akkordeon und quetschte es von den Nordseewellen bis zum Böhmerwald. Dann setzte auch er sich auf eine der langen Bänke an einen der langen Tische, hieb sein kaputtes Gebiß in ein Stück vom Schwein und ließ

sich ohne zu schlucken zwei Liter Roten in den Magen laufen. Während er kaute und soff und während ihm der Wein und der Sabber aus den Mundwinkeln lief, stierte er grinsend auf die Brust der jungen Frau Dempewolf, deren Mann vor einem halben Jahr zufällig vom Blitz getroffen worden war und deren beide oberen Blusenknöpfe jetzt zufällig aufgesprungen waren. Die Witwe Dempewolf versuchte versonnen zu gucken, was ihr, da sie erstens zu viel getrunken und zweitens einen ausgeprägten Silberblick hatte, nur ungenügend gelang. Statt dessen forderte ihr rechtes Auge den Schlachter Henner Herwig und ihr linkes den Küster Schangpjeer zu Aktivitäten heraus, die ein paar Minuten später zu einer kurzen, aber heftigen Schlägerei führen sollten. Als nämlich Henner Herwig merkte, daß nicht nur er, sondern auch der Küster versuchte, mittels energischer Beinarbeit unter dem Tisch Kontakt mit den Waden der Witwe Dempewolf aufzunehmen, versetzte er seinem Konkurrenten mit dem blankgenagten Knochen einer Schweinshaxe einen Schlag auf die Stirn, was dieser damit erwiderte, daß er seinen nun sowieso schon ramponierten Schädel auf das Nasenbein des Schlachters krachen ließ, welches deutlich hörbar zersplitterte. Innerhalb von Sekunden hatten die beiden sich ineinander verbissen, wälzten sich keuchend auf dem Boden und konnten nur dadurch auseinander und zur Vernunft gebracht werden, daß man ihnen einen Schwall Wasser aus dem hölzernen Waschbottich über die Köpfe goß. Während der Küster darauf mit seinem bekannten hysterischen Kichern reagierte, wandte sich Henner Herwig von den anderen ab, schaute hinunter ins Tal und stieß einen Schrei aus, wie ihn vielleicht ein verwundetes Urwaldtier ausgestoßen hätte. Dann lief er laut schnaufend zum Geräteschuppen, suchte, fand eine Axt und torkelte damit den Abhang hinunter.

Ich knips die Sonne aus, grölte er, ich mach sie alle, ich spalte ihr den Schädel.

Im Laufen stolperte der Schlachter über eine Wurzelschlinge, fiel hin, rollte ein paar Meter, kam wieder auf die Beine und rannte und schimpfte und fluchte der untergehenden Kugel entgegen. Weit in der Ferne sah man, wie er noch einmal das mächtige Beil über seinem Kopf schwang, bis dann er und der blutige Ball gleichzeitig hinter jenem Hügel verschwanden, den die Leute Reiters Ruh nannten, weil dort, wie sie erzählten, vor vielen Jahren ein liebeskranker Kürassier zuerst seinen Normannenhengst und dann sich selbst erschossen hatte.

Am Haus vom dicken Franz ging das Fest seinen Gang. Elfi und Gerti hielten einander in den Armen und tanzten nach einer Melodie, die nur sie allein hörten. Der junge Vikar schaute den Mädchen zu und lächelte leise vor sich hin. Die Witwe Dempewolf war mit dem kräftigen Sohn des Schlachters hinter dem Ziegenstall verschwunden. Während der junge Herwig sie gegen die Bretterwand drückte und an ihrem Strumpfhalter zerrte, liefen der Frau ein paar Tränen über die Wangen. Schangpjeer war den beiden gefolgt, hatte sich hinter einem Baum versteckt und machte sich schon wieder an seinem Rüssel zu schaffen. Elfis Vater erzählte der Postbotin Berta Mahlmann, daß er in letzter Zeit des öfteren Wasser im rechten Hoden habe und daß ihm deswegen kaum noch eine Hose passe, als Berta plötzlich anfing zu glucksen und zu kichern, weil ein Kätzchen sich an ihren nackten Beinen rieb. Unter dem Tisch lag der doofe Werner und schnarchte mit offenem Mund. Zischend verbrannten zwei Motten in der Flamme einer Petroleumlampe.

Die andern saßen und fraßen, soffen und vergaßen, wer sie eingeladen hatte. Es war Mitternacht vorbei, als der dicke Franz, von niemandem bemerkt, aus dem Haus trat. Hinter ihm leuchteten die Augen und die weißen Zähne der schwarzen Mama Bonzo. Mama Bonzo war nackt und schien sich nicht zu schämen. Franz lud seinen Karabiner durch und schoß dreimal in die Luft.

Was ihr heute gefeiert habt, rief er, war meine Hochzeit. Der Wein, den ihr gesoffen habt, das Fleisch, das ihr gefressen habt, waren dazu da, euch die Mäuler zu stopfen. Sollte sich irgendwer an meiner Frau vergreifen, dem blas ich die Birne weg. Das gilt auch für eure verschissenen Bälger. Und jetzt seht zu, daß ihr Land gewinnt, verpißt euch und laßt euch hier nie wieder blicken.

Die Leute saßen starr und machten runde Mäuler. Sie stierten auf den dicken Franz und auf das schwarze Fleisch, das hinter ihm stand, und wußten nicht weiter. Erst als Franz sein Gewehr noch einmal anlegte und dem jungen Vikar direkt vor die Füße schoß, packten sie hastig ihre Klamotten und flohen ins Dorf.

Matthias Altenburg: Die Liebe der Menschenfresser. R. Piper Verlag, München 1992, 213 Seiten, 32 Mark

Matthias Altenburg stellte in KONKRET 7/92 Bücher von Tobias Wolff und Gilbert Sorrentino vor

Konkret 08/92, S. 37

Karlheinz Deschner

Mit Gott und den Faschisten I

Der arme Menschensohn hatte nichts, wohin er sein Haupt legen konnte. Und seine Jünger sollten das Evangelium ohne Geld im Gürtel verkünden. Nur einen Wanderstab hatte er ihnen gestattet, bei Markus; bei Matthäus und Lukas auch dies noch verboten.

Heute reist sein Jünger, ja »Stellvertreter«, in Papstmobil und Papst-Jumbo, von Leibwächtern, Reportern, Prominenz umringt – aber hinter sich eine jahrtausendalte Geschichte ungezählter Gaunereien: Vom kleinen Wunder- und Reliquienschwindel, den hochverehrten Vorhäuten Jesu etwa, im Dutzend und doch jeweils im Original, versteht sich, bis hin zur ungeheuersten Fälschung aller Zeiten, der sogenannten Konstantinischen Schenkung. Durch sie hatte Kaiser Konstantin angeblich den Vorrang Roms über alle Kirchen anerkannt und den Päpsten die Herrschaft über Rom und alle abendländischen Provinzen zugestanden.

· Hinter sich eine kolossale Ausbeutung, die den römischen Bischof bereits im 5. Jahrhundert zum größten Gutsherren im ganzen römischen Reich gemacht und die Kirche im Mittelalter zur Besitzerin eines Drittels des gesamten europäischen Bodens.

· Hinter sich die Vernichtung des Heidentums, die rauchenden Scheiterhaufen der Inquisition, die millionenfache Massakrierung der Indianer, der Schwarzen, die Judenpogrome, die direkt in Hitlers Gaskammern führen.

· Hinter sich nicht zuletzt eine ununterbrochene Kette grauenvoller Kriege und Kreuzzüge, wobei Päpste oft selber mit Helm, Panzer und Schwert erschienen. »Opfer fallen hier, weder Lamm noch Stier, aber Menschenopfer unerhört«: Goethe.

Die Heiligen Väter raubten, was zu rauben war: Burgen, Schlösser, Städte, ganze Herzogtümer. Sie stahlen, was zu stehlen war: schon im 4. Jahrhundert das Vermögen der Tempel, im 6. das aller für sie erreichbaren Heiden überhaupt, dann den Besitz von Millionen vertriebener und erschlagener Juden, verbrannten »Ketzern« und Hexen.

Sie nahmen auch die eigenen Schäfchen aus, durch immer höhere Steuern (allein Papst Urban VIII. erfand nicht weniger als zehn), durch Pacht, Zins, Erpressung, Ablaß, durch Reliquienschwindel und Wunderbetrug. Das italienische Volk wurde am meisten ausgeplündert, Rom selbst zur aufrührerischsten und armseligsten aller europäischen Städte gemacht: seine Einwohnerzahl sank von zwei Millionen in heidnischer Zeit auf knapp 20.000 im 14. Jahrhundert.

Christentum: die Religion der frohen Botschaft mit der Kriegsbemalung; die Liaison eines Gesangvereins mit einer Feuersbrunst.

Man hat oft bemerkt – von Goethe bis Dostojewski, von Nietzsche bis zu Henry Miller, der es mir selbst einmal schrieb – käme Jesus wieder, würde er abermals gekreuzigt. Aber nur ein Kardinal der Kurie war ehrlich genug, hinzuzufügen: »Doch diesmal nicht in Jerusalem, sondern in Rom.« Ja, in Jerusalem opferte sich – dem Vernehmen nach – jemand für andere, in Rom opfert man andere für sich.

Doch inzwischen ist ja alles ganz anders geworden... Sehen wir einmal zu, betrachten wir die Heiligen Väter des 20. Jahrhunderts.

Um die Jahrhundertwende orientierte sich die Politik Papst Leo XIII. vor allem an Frankreich und Rußland unter dem (1918 liquidierten) Zaren Nikolaus III. Man glaubte in Rom, die Zukunft gehöre den slawischen Völkern, unterstützte sie deshalb und erwartete als Belohnung die russisch-orthodoxe Kirche unter dem römischen Primat.

Gerade Leo XIII., der die päpstliche Souveränität erstrebte und geistige Weltherrschaft, wähnte sich diesem Ziel nah. Öffentlich zwar, wie alle Päpste neueren Datums, das Wettrüsten verdammend, erwartete er selber einen unmittelbar bevorstehenden Weltkrieg und schilderte dem österreichischen Historiker Theodor von Sicke als »die unausbleiblichen Folgen«: »Die orientalische Frage werde sofort gelöst und zugleich der Islam überwunden werden; Rußland, von der Kirche beraten und unterstützt, werde auch den Frieden in Europa diktieren...«

Bei diesen Worten erhob sich Leo XIII. und prophezeite dem vor ihm knieenden Protestanten Sickel: »Und wenn das geschieht, werdet ihr Protestanten einfach dem Beispiel der Russen folgen.«

Als das Leben des 93jährigen Papstes 1903 erlosch, suchten die beiden großen Machtgruppen Frankreich/Rußland und Deutschland/Österreich-Ungarn mit allen diplomatischen Mitteln, einen ihrer Parteigänger auf den römischen Stuhl zu bringen. Im 7. Wahlgang glückte dies aber wie so oft einem Außenseiter, dem Patriarchen von Venedig, Giuseppe Sarto, nunmehr Pius X. – Päpste und Hochstapler wechseln die Namen.

Sartos Ernennung, scheinbar ein Kompromiß, erwies sich bald als Erfolg der Mittelmächte. Im österreichischen Venetien, an der Grenze zu den Südslawen, als deren Gegner aufgewachsen, blieb Pius X. zeitlebens antislawisch gesonnen. Dagegen schätzte er den alten, der Kurie ergebenen Kaiser Franz Joseph und legte, so sagt er selbst, »stets allergrößtes Gewicht auf

die Erhaltung der besten Beziehungen zu Österreich«. Denn mit Österreich, scharf auf die Ukraine, wollte man jetzt im Osten vordringen, den Balkan katholisieren und die russisch-orthodoxe Kirche unterjochen.

Gleichzeitig näherte man sich dem imperialistischen Deutschland unter Wilhelm II., das ebenfalls Expansionsgelüste im Osten befriedigen wollte. Und nachdem Österreich schon die türkischen Provinzen Bosnien und Herzegowina besetzt hatte, forderte man seinen Einmarsch auch in Albanien – auf dem Eucharistischen Kongreß 1912 in Wien.

Im Juli 1914, nach der Ermordung des österreichischen Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand in Sarajevo, erläuterte Wiens Außenminister Graf Berchthold dem deutschen Botschafter: er halte es für ausgeschlossen, daß selbst eine Regierung wie die serbische die österreichischen Forderungen schlucke. Sollte dies aber doch der Fall sein, bleibe Österreich nichts übrig, als Serbien so lange zu reizen, bis man einen Vorwand erhalte, in Serbien einzumarschieren.

Eben das war es, was Pius X. wünschte und was sich auch heute mancher wieder wünscht, diesmal von Deutschland. Noch im Juni 1914 hatte Pius X. von seinem Kardinalstaatssekretär Mery del Val mit Serbien ein Konkordat, lateinisch für »herzliche Übereinkunft«, unterzeichnen lassen. Einen Monat später, am 26. Juli, telegrafierte der bayerische Geschäftsträger beim Heiligen Stuhl seiner Regierung: »Der Papst billigt ein scharfes Vorgehen Österreichs gegen Serbien... Der Kardinalstaatssekretär hofft, daß dieses Mal Österreich standhalten wird. Er fragt sich, wann es denn sollte Krieg führen können, wenn es nicht einmal entschlossen wäre, mit den Waffen eine ausländische Regierung zurückzuweisen, die die Ermordung des Erzherzogs herbeigeführt hat.« Und auch der österreichische Gesandte bestätigte seinem Außenminister am 27. Juli, Kardinalstaatssekretär Mery del Val hoffe, die Monarchie werde, wörtlich, »bis zum Äußersten gehen«.

Am nächsten Tag erklärte Österreich Serbien den Krieg, gedrängt vor allem auch von Berlin. Später verbreiteten Mery del Val und andere Kurienkreise, dem am 20. August 1914 verstorbenen Pius X. sei über dem Ausbruch des Krieges das Herz gebrochen. Vielleicht, darf man vermuten, aus Freude. Und 1954 sprach ihn Pius XII., der berühmte Faschistenkomplize, heilig. Wenn man ihre Heiligenlegenden liest, schreibt der große französische Aufklärer Helvetius, noch kulant untertreibend, findet man die Namen von tausend heiliggesprochenen Verbrechern.

Diesen Text hat Karlheinz Deschner am 12. Juli zum Auftakt einer Sendereihe zur Politik der Päpste im 20. Jahrhundert vorgetragen, die vomKaos Film- und Video-Team Köln produziert und von Kanal 4 auf der Frequenz von RTLplus ausgestrahlt wird. Nächste Folge: 9. August, 24 Uhr; weitere Termine im Editorial dieses Heftes.

Konkret 08/92, S. 38

Rolf Tiedemann; Hermann Schweppenhäuser; Hella Tiedemann-Bartels

Ein Schatzgräber ohne Glück

Was taugt die Ausgabe der Gesammelten Schriften Walter Benjamins? Ihre Herausgeber nehmen die kürzlich erschienene Kritik eines bemerkenswert ignoranten Germanistik-Professors zum Anlaß, um Leistungen und Schwächen ihrer Arbeit zu verdeutlichen

Unter dem Titel »Ungehobene Schätze« war in der »Frankfurter Rundschau« am 3. Juni 1992 ein Artikel von Klaus Garber zu lesen, in dem der Verfasser über seinen »Besuch in der Sammlung Scholem in Jerusalem« berichtet; die von ihm dort entdeckten Schätze sollen »editorische Versäumnisse bei der Werkausgabe Walter Benjamins« darstellen. Garber hat damit nicht zum erstenmal die »editorischen Versäumnisse« der von den Unterzeichneten herausgegebenen »Gesammelten Schriften« Benjamins aufgespießt und angeprangert. Seit 20 Jahren - buchstäblich: beginnend 1972 mit einer Rezension in der »Germanistik« - hat er immer wieder gegen unsere Edition polemisiert: fast regelmäßig in der »Frankfurter Rundschau« und in der »Germanistik«, aber auch in der »Neuen Zürcher Zeitung« und in der »Zeit«, in Zeitschriften und Sammelbänden, auf deutsch und in Französisch, im Rundfunk und in einem eigenen Buch; sein zweites Buch über Benjamin wird von der »Frankfurter Rundschau« angekündigt. Die Editoren der Benjamin-Ausgabe haben 20 Jahre lang die Angriffe Garbers unerwidert gelassen. Da diese allesamt unberechtigt waren und jeder halbwegs aufmerksame Leser unserer Ausgabe das leicht erkennen konnte, wenn er es erkennen wollte, glaubten wir, von jenem Brauch profitieren zu dürfen, der in literarischen Fehden dem Angegriffenen geduldiges Stillschweigen auferlegt. Im übrigen, wir räumen es ein, war uns Garber gleichgültig wie Hekuba.

Wer ist Garber? Aus einer redaktionellen Notiz der »Frankfurter Rundschau«, die gleichzeitig mit den »Ungehobenen Schätzen« erschien, erfahren wir jetzt, daß Garber »einen internationalen Kongreß (leitet), der anläßlich von Walter Benjamins hundertstem Geburtstag vom 8. bis zum 12. Juni an der Universität Osnabrück stattfindet« und zu dem sich, wie wir einer anderen Quelle entnehmen, nicht weniger als 150 Benjamin-Experten versammeln; über besagten Kongreß wurden wir des weiteren - wenige Tage zuvor und wiederum durch die »Frankfurter Rundschau« - belehrt, er stünde unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten. Das nennen wir ein perfektes Timing: Garbers Artikel erscheint so rechtzeitig, daß er jedem der in Osnabrück versammelten Experten vorliegen wird; und er erscheint doch so kurz vor dem Beginn des Kongresses, daß keine Gefahr besteht, die Crème de la crème in Sachen Benjamin könnte oder müßte sich mit einer Erwiderung der Angegriffenen befassen. Der päsidentenbeschirmte Kongreßleiter aus Osnabrück ist ein Virtuose auf dem Medienklavier, in dieser Hinsicht haben wir den Mann 20 Jahre lang unterschätzt.

Die Herausgeber der Benjamin-Ausgabe beeilen sich, ihr Versäumnis wiedergutzumachen und erwidern im folgenden wenigstens auf Garbers jüngsten Artikel, in dem zwar unsere Namen nicht genannt sind, der aber von unseren »Versäumnissen« handelt; und wo er das nicht tut, doch um dieser »Versäumnisse« willen geschrieben und gedruckt wurde. Zwar dürfen wir zu jenem illustren Kreis der 150 Benjamin-Fachleute, von denen kaum einer es ohne unsere Edition hätte werden können, uns selber nicht zählen - keiner von uns ist einer Einladung an die Hase für würdig befunden worden - dennoch möchten diesmal auch wir uns einmischen.

Bringt man ein wenig Ordnung in den kaum ungewollt unordentlichen Artikel Garbers, so lassen sich drei, vielleicht auch vier Arten von »Versäumnissen« unterscheiden, die unserer Edition angekreidet, und eine entsprechende Anzahl von Einwänden und Vorwürfen, die uns gemacht werden. Wir behandeln sie nacheinander.

1. Wie in allen seinen vorangegangenen Rezensionen, Aufsätzen und Artikeln vermißt Garber in unserer Ausgabe wieder einmal eine ganze Reihe von Texten: »die in Jerusalem liegende Urschrift des Trauerspielbuches«, »die Urschrift der Abhandlung über Goethes Wahlverwandtschaften sowie die aus dem Nachlaß von Jula Cohn stammende Reinschrift (der Wahlverwandtschaftenarbeit)«; »Vergleichbares (sei) für ein literarisches Notizheft in Anschlag zu bringen, das geschlossen publiziert werden sollte«. Diese Fehlanzeigen - die nur zum Teil welche sind, wir kommen darauf zurück - besagen, daß Garber eine Ausgabe kritisiert, die es nicht gibt; eine Ausgabe, die er offensichtlich gern hätte, die wir aber niemals machen wollten, und die wir auch gar nicht hätten machen können, wenn wir es gewollt hätten. Mit anderen Worten: Unser Osnabrücker Meisterphilologe kennt den Unterschied zwischen einer historisch-kritischen Gesamtausgabe und einer Ausgabe jenes Typus nicht, wie wir sie mit Benjamins »Gesammelten Schriften« veranstaltet haben. Früher lernte man dergleichen im germanistischen Proseminar, heute scheint es Professoren der Germanistik zu geben, die nicht einmal mehr den Unterschied kennen. Die Herausgeber haben in ihrer Ausgabe nichts unversucht gelassen, ihnen in ausführlichen editorischen Anmerkungen Nachhilfeunterricht zu erteilen, aus dem wir ein wenig zitieren dürfen - nicht ohne uns bei unseren Lesern, die es spätestens seit dem Erscheinen des ersten Bandes wissen, zu entschuldigen*:

Mit der vorliegenden Ausgabe wird versucht, den vernünftigen, zur Zeit überhaupt erfüllbaren Bedürfnissen der Wissenschaft nachzukommen. Gleichzeitig soll sie jedoch für einen größeren Benutzerkreis den Gebrauchswert einer

*Leseausgabe behalten. Die Ausgabe heißt »*Gesammelte *Schriften«, nicht »*Sämtliche *Schriften«; sie ist eine* kritische *Ausgabe, keine* historisch-*kritische. Editionsziel, das die Herausgeber sich setzten, wie Grenzen, vor denen sie sich objektiv sahen, finden in dieser Terminologie ihren Ausdruck.*

Die Entscheidung, ob eine historisch-kritische oder eine kritische Ausgabe zu veranstalten sei, hatten die Herausgeber nicht zu treffen: eine historisch-kritische Gesamtausgabe der Schriften Benjamins wäre weder zu finanzieren gewesen, noch hätte sie in anderen als schlechterdings unvertretbar großen Zeiträumen abgeschlossen werden können. Damit war der Verzicht auf die Dokumentation der Entstehungsprozesse von Benjamins Schriften gesetzt.

Der erhebliche Umfang des Apparatteils der Ausgabe sollte den Benutzer nicht dazu verführen, Anforderungen an ihn zu stellen, die er nicht erfüllen kann und nicht zu erfüllen beansprucht. Im Apparat wird Auskunft gegeben über die Herkunft der edierten Texte und Rechenschaft abgelegt über die Textrevision, die von den Herausgebern vorgenommen wurde. Insoweit er der Erfüllung dieser beiden Aufgaben dient, ist der Apparat integraler Bestandteil der Ausgabe; was darüber hinaus an Informationen und Materialien mitgeteilt wird, sind Appendices zur Ausgabe. Der Anspruch der Vollständigkeit oder Endgültigkeit wird von diesen Teilen des Apparats nicht erhoben.

Die Ausgabe eines Werkes wie des Benjaminschen, für dessen publizierte Teile allererst authentische Textgrundlagen zu erarbeiten waren und von dem der größere Teil bislang noch nicht publiziert war, kann den Apparat jedenfalls nicht zum Kern der Edition machen wollen. Grundsätzlich wurde deshalb - wie bereits dargetan - auf die Dokumentation der Entstehungsprozesse der Benjaminschen Arbeiten im Sinn der historisch-*kritischen Edition verzichtet; das besagt jedoch nicht, daß nicht auch Materialien zur Entstehung der wichtigeren Arbeiten auswahlweise bereitgestellt worden sind.*

So schrieben wir 1973 im »Editorischen Bericht« zum ersten Band; wir halten es auch heute für unmißverständlich. Dieses sind die Ansprüche, die unsere Ausgabe erhebt; an ihnen möchte sie gemessen werden, nicht an irgendeinem editorischen Maximalismus, den nur vertreten kann, wer ihn noch niemals zu verwirklichen versuchte.

Von den von Garber irreführend »Urschriften« genannten Manuskripten zum Trauerspielbuch und zur Wahlverwandtschaftenarbeit gilt, daß sie keine abgeschlossenen Fassungen repräsentieren, sondern erste Niederschriften darstellen. Wir haben diese Manuskripte beschrieben und ihren Charakter mit umfangreichen Beispielen belegt: genau das war im Rahmen der von uns besorgten Ausgabe erforderlich, was immer so ein Germanistikprofessor Garberschen Zuschnitts sonst noch an »Schritten« für »dringlichst« erachten mag. Bei beiden Manuskripten sind zudem die sachlich-inhaltlichen Abweichungen gegenüber der endgültigen Version von eher bescheidenem Gewicht; dies läßt sich lediglich über die »Erkenntniskritische Vorrede« zum Trauerspielbuch nicht sagen, von der sich denn auch die handschriftliche Version, wie Garber allerdings verschweigt, in extenso in den »Gesammelten Schriften« abgedruckt findet. Auch mit der Reinschrift der Wahlverwandtschaftenarbeit und dem »literarischen Notizheft« verhält es sich ähnlich: Jene ist im Lesartenteil der Ausgabe vollständig verzettelt worden, und dieses findet sich in ihr etwa zur Hälfte abgedruckt, freilich nicht »geschlossen«, wie unser Kritiker es möchte, sondern jeweils an den Stellen, an welche die Texte in unserer Ausgabe gehörten, die mit *allen* Notizheften und -blöcken so und nicht anders verfährt, ob das dem Professor Garber nun paßt oder nicht. Wir wollten keine Archive und Manuskriptsammlungen reproduzieren, sondern ein zerschlagenes und zerstreutes Werk einsammeln, damit der Leser sich in ihm - wie Benjamin es sich wünschte: »heimisch« machen könnte. Uns war weniger daran gelegen, Benjamins uvre jetzt schon in einem Museum zu magazinieren.

2. Eine zweite Gruppe »editorischer Versäumnisse« unserer Ausgabe betrifft keine »Urschriften« und Notizhefte, sondern die »bislang unzulänglich edierten Benjaminschen Schriften«, zu denen Garber in Jerusalem, in der Benjamin-Sammlung Gershom Scholems, doch tatsächlich einige Textzeugen vorgefunden hat, die von uns nicht berücksichtigt worden sind. Es handelt sich um eine Reihe von Typoskripten, teilweise mit handschriftlichen Autorkorrekturen: solche zu dem Städtebild »Neapel«, dem Enzyklopädieartikel über Goethe sowie zu den Aufsätzen über Kraus, Kafka und Baudelaire; schließlich fand Garber in Jerusalem einen Zeitungsausriß, auf dem Benjamin notiert hatte, daß sein Text »bis zur Unkenntlichkeit zusammengestrichen« sei. Die Sammlung Scholem, in der die fraglichen Überlieferungsträger vorhanden sind - so die triumphierende Argumentation Garbers , sei den Editoren doch seit Beginn ihrer Arbeit zugänglich gewesen. Und dann schickt er sich an, einen Keil einzuschlagen zwischen den Herausgebern und Scholem, dem »getreuen Sachwalter« Benjamins, der »von Anfang an die richtige Position« gegenüber der der Herausgeber vertreten habe, die nichts als Pfusch abgeliefert hätten...

Es trifft sich, daß *sämtliche* von Garber im fraglichen Zusammenhang angeführten Beispiele den vier zuerst erschienenen Bänden der Ausgabe entnommen sind, für die alle Scholem als Mitherausgeber mitverantwortlich zeichnet. Textzeugen aus seinem Besitz, die in *diesen* Bänden unberücksichtigt geblieben sind, wurden von niemand anderem als von Scholem selber der Ausgabe - wenn man denn so will: vorenthalten. Die Herausgeber haben seit 1968, als ihre gemeinsame Arbeit mit Scholem an der Ausgabe begann, bis zu seinem Tod 1982 mit ihm zusammengearbeitet. Die Ausgabe verdankt dieser Zusammenarbeit viel, die Herausgeber verdanken ihr mehr. Sie haben den freundschaftlichen Umgang, dessen Scholem sie gewürdigt hat, immer als eine Auszeichnung verstanden. Sie sehen das heute kein bißchen anders. Gleichwohl waren

Umgang und Zusammenarbeit mit Scholem nicht immer und nicht nur einfach, warum auch hätten sie es sein sollen? Wir haben im letzten Band der Benjamin-Ausgabe einiges davon angedeutet:

Nach dem Tod Gershom Scholems stellte sich heraus, daß auch er einige Texte besaß, welche er den Herausgebern nie zugänglich gemacht hatte - nicht um sie ihnen und der Ausgabe vorzuenthalten, sondern weil Scholem selber ihr Vorhandensein unter Tausenden anderer Manuskripte entfallen sein dürfte.

So war es. Die Herausgeber konnten zur Textrevision nur heranziehen, was Scholem ihnen zugänglich machte, und einiges hat er für sich behalten. Die Vorstellung, wir hätten ihm die Pistole auf die Brust setzen und unseren Besuch in der Abarbanelstreet ankündigen können, um nun selber einmal nach dem Rechten zu sehen, ist nur grotesk; sie dürfte jedem, der Scholem gekannt hat, ein chinesisches Lächeln abnötigen.

Die Herausgeber haben nach Scholems Tod die von Garber erwähnten Typoskripte (und weitere) in Scholems Wohnung gefunden. Da inzwischen alle Bände der Ausgabe, in denen die betreffenden Arbeiten abgedruckt waren, seit Jahren vorlagen, haben wir uns zu der Entscheidung durchgerungen, die neu aufgetauchten Textzeugen nicht mehr zu berücksichtigen. Selbstverständlich hätten wir »für die Nachträge der Benjamin-Ausgabe die Schätze nutzen« können; wir haben uns dazu entschlossen, zu diesem Zeitpunkt es *nicht* zu tun: weil die »Nachträge« mitsamt den »Nachträgen zu den Anmerkungen« die Übersichtlichkeit der Edition bereits beeinträchtigten (der Kritiker Garber ist, nebenbei gesagt, der erste gewesen, ihr diese Unübersichtlichkeit vorzuwerfen); weil man jede Edition irgendwann einmal abschließen muß. Daß durch unsere Entscheidung der Ausgabe schwere »Versäumnisse« erwachsen wären, vermögen wir bislang nicht zu erkennen. Garber jedenfalls hat von seinem Ausflug nach Jerusalem gerade ein paar Absatzbildungen heimgebracht, welche die »Frankfurter Zeitung« eigenmächtig in einem Text Benjamins eingefügt hatte, ansonsten aber nicht *eine* Stelle, an der der von uns edierte Text geändert werden müßte. Was er gefunden *hat,* sind zweieinhalb interessante Varianten für den Lesartenapparat.

Zu dem Keil, den unser Kritiker zwischen Scholem als »getreuem Sachwalter« Benjamins und den Editoren einzutreiben entschlossen scheint, gehört seine Behauptung, Scholem habe sich dafür »eingesetzt«, »nicht nur alle gedruckten und ungedruckten Texte (zu publizieren), sondern auch alle Fassungen nacheinander darzubieten«. Während die erste Hälfte der Behauptung völlig korrekt ist - Garber hat sie schließlich bei uns abgeschrieben , ist das mit dem ‘Darbieten aller Fassungen nacheinander’ reine Erfindung. Zu keinem Zeitpunkt hat irgendeiner der mit der Edition Befaßten eine solche unsinnige Forderung vertreten. Ebenso ist Garbers blühender Phantasie entsprungen, daß es der »Intervention« Scholems zu »verdanken« sei, wenn die Thesen »Über den Begriff der Geschichte« heute am Schluß der Abhandlungen zu lesen seien: Niemand hatte jemals einen anderen Standort für diesen Text ins Auge gefaßt. Da ist zweimal von einem von Scholem erstellten Verzeichnis der bei ihm vorhandenen Typoskripte die Rede, das den Herausgebern »bekannt« gewesen sei und aus dem sie dies und jenes »gewußt« hätten: *Wenn* ein solches Verzeichnis tatsächlich existiert und wenn es wirklich von *Scholem* erstellt worden sein sollte, dann ist doch jedenfalls wiederum Garbersches Phantasieprodukt, daß es den Herausgebern bekannt gewesen wäre; diese wissen bis heute nichts von einem solchen Verzeichnis.

Wem es an Argumenten für die eigene Position gebricht, der lügt diese Position kurzerhand einem anderen zu; am besten jemandem, der den Kredit unbestechlicher Integrität besitzt. Wenn unser Jerusalemfahrer, der vor Wende und Anschluß zumindest in Benjamin betreffenden Fragen sich stets als tapferer Parteigänger der real existierenden DDR-Philologie bewährte und jederzeit noch den dümmlichsten Camouflageversuch der Nachlaßpfleger in Ost-Berlin zu seiner Sache machte, sich *heute* den Erforscher der jüdischen Mystik und lebenslang-unbeirrbaren Antimarxisten Scholem als Gewährsmann und zum Kronzeugen aufbaut, dann weiß man nicht mehr, was da eigentlich überwiegt: Ignoranz oder Chuzpe.

3. Über die dritte Gruppe unserer »editorischen Versäumnisse« können wir uns kurz fassen. Garber rechnet hierher die »Glossen«, die Benjamin an den Rand von Arbeiten anderer - er führt solche von Peter von Haselberg und Richard Hülsenbeck an - geschrieben hat, sowie Marginalien von *Scholem* zu Texten Benjamins. Was diese »Textsorten« in einer Ausgabe zu suchen haben, die Benjamins Schriften zum erstenmal zu sammeln hatte, bleibt unerfindlich.

Wo gibt es das überhaupt: eine Ausgabe gesammelter Schriften, die die Marginalien des Autors zu fremden Texten enthielte? Von den Marginalien Dritter zu seinen eigenen zu schweigen? Uns fällt, neben den großen Marx- und Lenin-Ausgaben, nur Hübschers Edition des handschriftlichen Nachlasses von Schopenhauer ein: *keine* Edition der Schriften Schopenhauers, wohlgemerkt; von solchen Ausgaben lagen mittlerweile ein halbes Dutzend oder mehr vor, als Hübscher sich 1968 daran machte, im letzten Band seiner Edition nun auch noch die »Randschriften zu Büchern« zu reproduzieren. Der Fachmann für Editorik, als den Garber sich allenthalben der Benjamin-Gemeinde anbietet, weiß dies alles wahrscheinlich auch, aber er vertraut auf das Semper aliquid haeret. Kaum zu unrecht.

4. Ist Schatzgräber Garber denn nun im Schatten des Ölbergs ganz ohne Glück gewesen? Hat er, wie Tom Sawyer und Huck Finn auf dem Cardiff-Hügel, hinter dem Haus der Witwe, immer nur an den falschen Stellen gegraben, und der Schatz lag ganz woanders, nämlich in der Höhle beim toten Indianer-Joe? Aber nicht doch: Garber fand einen

Entzifferungsfehler. In einer Handschrift haben die Editoren ein Wort als »Epischen« gelesen, während es unzweideutig - nach Garber: »natürlich« - »Erzählen« lautet. Wir verhüllen unsere Häupter und bestreuen sie mit Asche. Uns bleibt nichts anderes übrig, wir müssen unseren Archivbesucher zu dem beeindruckenden Schatz, den er da gehoben hat, beglückwünschen.

Sollen wir den Spieß nun umkehren und Garbers Artikel auf *seine* «Versäumnisse«, die man freilich richtiger als Mißverständnisse und Unkenntnisse charakterisiert, untersuchen? Sollen wir etwa seiner Rechtfertigung der Sperrung des Benjaminschen Teilnachlasses in der DDR durch die dortigen Behörden die Wahrheit über den Sachverhalt entgegenstellen? (»Begründet« soll diese Sperrung in der »Auflage« gewesen sein, die von Gerhard Seidel edierten »Lesezeichen« zu makulieren; diese »Auflage« hat nun allerdings, wie Garber genau zu wissen scheint, der Suhrkamp Verlag zu verantworten und nicht die Herausgeber der »Gesammelten Schriften«, die dem Verlag - der formal völlig im Recht war: der Lizenznehmer in der DDR hatte Vertragsbruch begangen - vielmehr, Garber würde formulieren: »dringlichst« von dieser »Auflage« abgeraten haben; mit der Nachlaßsperre hat die leidige Affäre jedoch nichts zu tun, die wurde vielmehr schon *vor* dem Erscheinen der »Lesezeichen« über die Herausgeber verhängt.) Sollen wir den Finger auf den Unsinn legen, daß vom Briefwechsel Benjamin-Scholem »die Briefe Scholems vor 1933 noch weitgehend ungedruckt« seien, während »die Benjaminschen Gegenbriefe sich nicht erhalten« hätten? (Genau umgekehrt verhält es sich - in Garberscher Sprache: »natürlich«.) Sollen wir richtigstellen, daß das Notizheft von 1928/29 von Benjamin durchaus nicht »Scholem 1932 geschenkt wurde«? (Benjamin schenkte es vielmehr seinem Freund Alfred Cohn, aus dessen Nachlaß es dann in den sechziger Jahren an Scholem gelangte.) Sollen wir korrigieren, »daß Scholem das Separatum eines Kafka-Versuchs von Peter von Haselberg verwahrte«? (Es kann kein Separatum davon geben, weil der Haselbergsche Versuch niemals erschienen ist; es gibt nur einen Fahnenabzug der »Vossischen Zeitung« - die vor Erscheinen eingegangen war , und den verwahrte nicht Scholem, sondern der befindet sich in Frankfurt im Theodor W. Adorno Archiv, Scholem wird eine Kopie des Frankfurter Exemplars besessen haben.) Vielleicht *sollten* wir das alles und manches andere mehr in Garbers Artikel richtigstellen, das Expertentum dieses famosen Experten erwiese sich sehr bald als auch nur eine weitere Garnitur von des Kaisers neuen Kleidern. Aber wir *mögen* nicht, wir überlassen diesen heillosen Germanisten seinem Geschäft und kehren lieber noch einen Augenblick zu unserer Ausgabe zurück.

Es ist schlimm, wenn man die eigene Arbeit gegen die Verrisse eines Kritikers in Schutz nehmen muß; schlimmer, wenn man diesem Kritiker nicht nur die Sachkenntnis, sondern auch die Gutwilligkeit abzusprechen gezwungen ist; am schlimmsten, wenn man am Ende, um Mißverständnissen vorzubeugen, die Kritik seiner Arbeit sich selber schreiben muß. Nun denn: Unsere »Gesammelten Schriften« Benjamins sind nicht vollkommen. Die Ausgabe, niemand weiß das besser als die Herausgeber, hat Schwächen und Fehler, welche Ausgabe welchen Autors hätte keine? Sie hat ihre Geschichte gehabt, die von 1968, als die vorbereitenden Arbeiten begannen, über 1972, das Erscheinungsjahr der ersten Bände, bis zum Jahr 1989 datiert, in dem die Ausgabe abgeschlossen wurde. Der Leser, den es interessiert, kann die Geschichte der Ausgabe in den editorischen Anmerkungen nachlesen; wir beschränken uns an dieser Stelle auf ein paar Erinnerungen und Hinweise.

Als die Ausgabe vor annähernd einem Vierteljahrhundert geplant wurde, war es nicht möglich, an eine historisch-kritische Gesamtausgabe auch nur zu denken. Dem stand nicht allein die Unzugänglichkeit von bedeutenden Teilen des Benjaminschen Nachlasses entgegen, das verwehrten auch ökonomische Gründe. Bis zum Jahr 1985, als das Theodor W. Adorno Archiv errichtet wurde und den Abschluß auch der »Gesammelten Schriften« Benjamins übernahm, mußte die Finanzierung der Edition Band für Band bei privaten Stiftungen - die DFG hatte frühzeitig und wiederholt abgewinkt - erbeten, um nicht zu sagen: erbettelt werden. Wenn heute aus Steuermitteln siebenstellige Beträge für Benjamin-Ausstellungen, Benjamin-Gedenkstätten, Benjamin-Kongresse bereitstehen, dann seien sie ihren Nutznießern neidlos gegönnt. Die Erwägung muß aber ebenfalls erlaubt sein, daß es doch wohl ein wenig auch unsere Edition war, die jenes Bild dieses Autors für die Öffentlichkeit sichtbar machte, das unterdessen zu solcher Freigebigkeit der öffentlichen Hände geführt hat.

Den Editoren war, als sie mit ihrer Arbeit anfingen, der Zugang zu jenem Nachlaßteil, der sich in der damaligen DDR befand, sowie zu der von einem Gießener Germanisten käuflich erworbenen Sammlung Benjaminscher Manuskripte verwehrt worden. Von anderen Handschriftenbeständen, die einmal vorhanden gewesen waren, wußten wir nicht, wo sie hingelangt waren. Diese und weitere Nachlaßteile sind im Verlauf unserer editorischen Arbeit dann zugänglich geworden, oder sie tauchten unvermutet neu auf: Will man die Vermutung völlig abwegig nennen, daß beides ohne den Scheinwerfer, der durch unsere Ausgabe auf Benjamin gerichtet wurde, nicht oder doch nicht so bald geschehen wäre?

Die Ausgabe umfaßt nicht weniger als 14 Bände, deren Erscheinen sich über 18 Jahre erstreckte. Wohl jedes editorische Projekt von vergleichbarem Umfang ist am Ende - sofern es überhaupt an ein Ende gelangt - nicht mehr exakt das, als was es einmal projektiert worden war. Da bedingt das Auftauchen neuer Materialien fast notwendig eine anwachsende Unübersichtlichkeit. Die Erfahrungen, welche die Editoren mit den jeweils später bearbeiteten Bänden machen, wären für

die früher erschienenen nötig gewesen: Daran laboriert noch jedes vielbändige Editionsunternehmen. Was bei dem unseren schließlich herausgekommen ist, haben wir im letzten Band formuliert:

Den Gesammelten Schriften verbleibt mit Rücksicht auf die fragmentarischen Texte Benjamins zwar der Charakter des nicht absolut Vollständigen; vor allem diejenigen Notizen und Entwürfe, die Vorstufen zu abgeschlossenen Arbeiten darstellen, könnten in ihrer Gesamtheit sinnvoll nur von einer historisch-kritischen Edition reproduziert werden. Im Hinblick auf die abgeschlossenen *Schriften Benjamins dagegen kommen die »Gesammelten Schriften« einer Ausgabe* sämtlicher *Schriften so nahe, wie das gegenwärtig möglich ist.*

Was demgegenüber Irrtümer und Fehler im engeren Sinn angeht, so bilden diese noch die geringste Sorge der Herausgeber. Lesefehler etwa, von denen es leider mehr als nur den einen gibt, den Garber bislang gefunden hat, unterlaufen wohl immer, wo viele Hunderte (oder sind es Tausende?) von Seiten aus Handschriften entziffert und zum Druck gebracht sein wollen. Manche solcher Entzifferungsfehler sind in den späteren Auflagen unserer Ausgabe bereits berichtigt, andere harren noch ihrer Entdeckung. Im - freilich unvergleichlich komplizierter gelegenen - Fall Hölderlins findet Sattler noch heute Lesungen in Beißners Text zu korrigieren, und Beißner konnte bereits auf ein gutes Dutzend Vorarbeiter im Weinberg der Hölderlinschen Handschriften zurückschauen, von den Schwabs und Uhland und Mörike über Hellingrath bis zu Zinkernagel und Böhm. Wir wollen, wie gesagt, Benjaminsche Handschriften damit keineswegs vergleichen, aber auch sie sind nicht immer leicht zu lesen und ihre Herausgeber für die Hilfe anderer Forscher dankbar, die wir denn auch, obzwar nicht allzu häufig, erfahren haben.

Von Garber allerdings erwarten wir dergleichen wirklich nicht mehr. Was er gegen unsere Benjamin-Edition publiziert hat, ist sachlich irrelevant und war nur auf billigste publizistische Effekte aus. Sein jüngster Artikel in der »Frankfurter Rundschau« enthält keinen Anhaltspunkt, daß sich daran noch etwas ändern könnte.

Einst kamen aus Osnabrück »Patriotische Phantasien« und beeindruckten Goethe. Heute kommen von dort anscheinend nur noch die Phantasmen eines Germanisten von der ganz besonderen Sorte, und die können niemand beeindrucken, der zu lesen vermag und bereit ist, von dieser Fähigkeit Gebrauch zu machen. Der Satz »Ich habe immer wieder darauf hingewiesen, daß Verlag und Herausgeber dringlichst Schritte unternehmen müssen...«, ist ein unbezahlbares Exemplar für eine Musterkollektion, die den Übergang aus einer menschenwürdigen Sprache, wie sie von Jacob Grimm bis Walter Benjamin und Peter Szondi auch in der Germanistik gelegentlich gesprochen wurde, ins bürokratische Verfügungsdeutsch vorzuführen hätte; er steht in Garbers Artikel wie die Faust auf dem Auge der Editoren. Gegen solche Totschlagkritik wird unsere Edition sich selber zu verteidigen haben; einstweilen erscheint sie uns noch ganz lebendig. Als Thomas Mann einmal mit einer ähnlichen Mischung von Talentlosigkeit und Unverschämtheit sich herumschlug, warnte ihn ein psychologisch erfahrenerer Freund: »Was machen Sie da? Den werden Sie nie wieder los. Der zehrt von Ihrem Artikel bis an sein Lebensende.« Auch wir waren gewarnt. Wir haben geschwiegen 20 Jahre. Dieses eine Mal haben wir nicht geschwiegen. Unseren Artikel aber muß Herr Garber schon ein für allemal nehmen, auf unsere nächste Erwiderung wird er mindestens noch einmal 20 Jahre warten müssen.

* Zitate aus den editorischen Hinweisen der »Gesammelten Schriften« Benjamins erscheinen im folgenden kursiv.

Rolf Tiedemann ist Direktor des Theodor W. Adorno Archivs; Hermann Schweppenhäuser ist Professor für Philosophie an der Universität Lüneburg und Honorarprofessor an der Universität Frankfurt/M.; Frau Hella Tiedemann-Bartels ist Professorin für Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft an der Freien Universität Berlin

Konkret 08/92, S. 42

Otto Köhler

»Ganz klar Goebbels«

Der »Spiegel« hat einen neuen Serien-Autor: Gestützt auf das Gutachten einer fragwürdigen Spezialistin und zum Nutzen eines Schweizer Nazis veröffentlicht er Tagebuchaufzeichnungen des NS-Propagandaministers Joseph Goebbels

Wenige Tage, nachdem im Sommer 1983 die Tagebücher des einen Chronisten der NS-Verbrechen als Fälschung aufgeflogen waren, versicherte mir Gruner+Jahr-Verlagschef Gerd Schulte-Hillen auf einer Pressekonferenz: Ja, wenn man doch noch in den Besitz echter Aufzeichnungen käme, dann würde der »Stern« diese neuen Hitler-Tagebücher selbstverständlich drucken.

Doch diesmal war der »Spiegel« schneller. »Chronist der NS-Verbrechen«, so stellt sein Titelbild vom 13. Juli den neuen Serien-Autor Joseph Goebbels jenen Lesern vor, die seit dem Gysi-Titel »Der Drahtzieher« (Nr. 3/90) so einen von einem bloßen Chronisten arischer Herkunft unterscheiden können. Das deutsche Nachrichtendienstmagazin, in den 50er Jahren mitgeschrieben von SD-Leuten aus der Hauptverwaltung Aufklärung in Heydrichs Reichssicherheitshauptamt (KONKRET 5/92) war eben – wie Rudolf Augstein unlängst betonte – schon immer ein Organ der (Volks-)Aufklärung.

Und so ist es eigentlich selbstverständlich, daß der »Spiegel« seinen Goebbels aus der Überfülle des neuen Tagebuch-Materials ausgerechnet dort beginnen läßt, wo der Volksaufklärungsminister heute wieder ganz aktuell ist: bei der – so der »Spiegel«-Untertitel – »Zerschlagung der Tschechoslowakei«. Leser im heute wieder von Deutschen heimgesuchten Prag werden entzückt sein, im ersten Absatz des »Spiegel«-Abdruckes die Goebbels-Prophezeiung vom »Ende dieses drolligen Staates« – ihres Staates – nachzulesen.

Daß die Tagebücher diesmal nicht von Konrad Kujau stammen, ist wahrscheinlich. Wie authentisch sie sind, das hat für den »Spiegel« Elke Fröhlich festgestellt, die 1987 schon einmal »Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente« im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und in Verbindung mit dem Bundesarchiv herausgab. Sie hat alles verglichen und ist laut »Spiegel« zu dem bedachtsam formulierten Ergebnis gekommen: »Alles authentisch... Ganz klar Goebbels' Tagebuch.«

Welchen Wert man auch immer dieser Fürsprache beimessen mag, eines ist gewiß: Auch des »Spiegels« Edition der Goebbels-Tagebücher entspricht voll und ganz den Ansprüchen des ehemaligen Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda an die Nachwelt. Denn schon für Goebbels selbst waren die Tagebücher Propaganda und Geschäft zugleich – 1936 hatte ihm der Eher Verlag für jeden Jahrgang 100.000 Mark angeboten, und zwei Tage vor seinem selbstgewählten Ende schrieb er am 28. April 1945 seinem Stiefsohn Harald Quandt, er beabsichtige, mit seinen Aufzeichnungen »auf die Zukunft unseres Volkes einzuwirken«. Es ist also – mag es auch noch so viel Distanzierung im einzelnen geben – das Goebbels-Vermächtnis, das der »Spiegel« mit seinem Chronisten-Titel erfüllt.

Der »Spiegel«-Kronzeugin für die Güte des Goebbels-Textes wurde, noch ehe dort die Goebbels-Serie zu Ende ist, der Boden unter den Füßen weggezogen. Bernd Sösemann, der gerade in einem Sonderheft der »Historischen Zeitschrift« editionswissenschaftliche und textkritische Untersuchungen zu den bis dato veröffentlichten Goebbels-Aufzeichnungen angestellt hat, analysiert inder soeben erscheinenden Ausgabe der Fachzeitschrift »Publizistik« die vierbändige Fröhlich-Edition der Goebbels-Tagebücher von 1924 bis 1941. Er kommt zu dem wohlbegründeten Fazit, Elke Fröhlichs »negative Abweichung von editorischen Standards« sei »so gravierend, daß der Verlag und insbesondere das renommierte Institut für Zeitgeschichte gut beraten wären, die Ausgabe zurückzuziehen«.

Sösemann, der mit den Mitarbeitern seines Westberliner Instituts für Kommunikationsforschung ein von der FU finanziertes Pilotprojekt »Beiträge zur Restituierung der Tagesaufzeichnungen von Joseph Goebbels 1924-1945« betreibt, hat sich durch seine editionskritischen Aktivitäten einen Namen gemacht. Der Historiker Karl Dietrich Erdmann, der 1972 die Tagebücher von Kurt Riezler herausgebracht hatte, um sie gegen Fritz Fischers »Griff nach der Weltmacht« einzusetzen, mußte sich von Sösemann verfälschende Manipulationen nachweisen lassen, die sein Anti-Fischer-Unternehmen zum Desaster machten.

Sösemann weist auf die von Fröhlich völlig ungenügend berücksichtigte Mehrfachüberlieferung der Goebbels-Aufzeichnungen hin: Handschriften, Transkriptionen von 1944, Maschinenschriften und Durchschläge, Mikrofilm- und Mikrofichekopien der verschiedenen Vorlagen und die gesondert zu betrachtenden Glasplatten. Vor diesem Hintergrund und angesichts des Ehrgeizes der Herausgeberin, die Editionsarbeit ganz alleine zu machen, werde, so Sösemann, eines deutlich: »Die Grenze zwischen intendierter Manipulation mit ihren jeweiligen Motiven und zufälliger unbeabsichtigter Zerstörung der Vorlage läßt sich wohl nicht mehr klar ziehen.« Trotzdem habe Fröhlich auf präzise Angaben zum Überlieferungszustand der von ihr herangezogenen Materialien ebenso verzichtet wie auf eine genaue Aufstellung und Kennzeichnung der innerhalb einiger Tagebuchaufzeichnungen bestehenden Lücken.

Sösemanns Vorwurf gegen Elke Fröhlich lautet, sie habe ihren Goebbels-Text als »Urmeter« in einer Version publiziert, die in den Quellen nicht vorzufinden sei: Aufzeichnungen würden miteinander verknüpft, die ursprünglich getrennt entstanden waren, und Lücken geschlossen mit der von Goebbels bereits 1934 herausgegebenen Propagandaschrift »Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei«. Vor allem aber beruhe ihre Edition nicht auf Originalen, sondern auf Kopien, Filmen und Mikrofiches, die der Manipulation Tür und Tor offen ließen. Tatsächlich spricht Fröhlich – einen schwarzen Schimmel reitend – von »Originalkopien«, auf denen ihre Ausgabe weitgehend beruhe.

Was geschehen kann, wenn nicht die editorischen Standards eingehalten werden, die Sösemann bei ihr vermißt, das müßte sie wissen. Sie schreibt selbst in der Einleitung: »Die steile und enge Goebbelssche Handschrift verleiht bis zu elf Buchstaben (c, e, i, m, n, o, r, s, u, v, z) das mehr oder weniger gleiche Aussehen.« Das führe dazu, daß auch eine Fülle fast identischer Wortbilder für tatsächlich sehr verschiedene Worte entstünde. Fröhlich nennt Beispiele für die verschiedenen Lesarten der Goebbels-Klaue. Wo man aus seiner Handschrift »eine hübsche Tanzlehrerin« herauslesen könne, lasse sich ebenso »eine heillose Fanatikerin« entziffern. Sie zählt eine Fülle von Beispielen auf, wie aus fast identischen Wortbildern tatsächlich sehr verschiedene Worte entstehen können: Verlag – Vertrag, braver – treuer, forsch – frisch, noch – viel, Westkrieg – Weltkrieg, Trinksprüche – Funksprüche und auch: »Kohl spricht vom Startkrieg – Kohl spricht vom Storthing.« Und da ist es ihr auch schon gleich selbst passiert. Dieser Kohl ist keine Frühgeburt – er heißt, wie später aus ihrem eigenen Goebbels-Text hervorgeht, Koht und war norwegischer Außenminister.

Sösemann: »Nicht einmal die leicht zugängliche archivische Überlieferung zu Joseph Goebbels und seinem Ministerium, die Manuskripte, Korrespondenzen, Prozeßakten, Anweisungen, Erlasse etc., sind vollständig erschlossen.« Aber da könnte es auch Schwierigkeiten gegeben haben. Denn Goebbels hat seinen Vertrauensmann, der bestimmt, was mit den Niederschriften zu geschehen hat. Der Schweizer Geschäftsmann Franois Genoud, der sich als »kritischer Nationalsozialist« bekennt, beansprucht alle Rechte an den persönlichen Aufzeichnungen des Reichspropagandaministers. Noch nie wurde der Versuch gemacht, die Annullierung seiner zweifelhaften Ansprüche vor Gericht bis zum Urteilsspruch durchzufechten. Selbst das Institut für Zeitgeschichte hat in einem Vergleich klein beigegeben, obwohl Elke Fröhlich selbst einräumte: »Letzte rechtliche Klarheit über die Validität dieses Anspruches konnte bis heute nicht erzielt werden, ja es blieben erhebliche Zweifel.« Der Verlag Hoffmann und Campe hat sich Genoud ebenso unterworfen wie sogar das Bundesarchiv, und selbstverständlich trägt auch der »Spiegel« zu Beginn der Publikation der neuen Tagebuchblätter gehorsam den Vermerk: »Copyright für die Originalzitate 1992 by Franois Genoud.« Und zahlt an den Nazi, obwohl sich gerade der reiche »Spiegel«-Verlag einen Prozeß bis zur letzten Instanz hätte leisten können.

Die Goebbels-Tagebücher – und jede Veröffentlichung, die aus den Original-Aufzeichnungen zitieren möchte – unterliegen somit dem Diktat des Vertrauensmanns des an und für sich sich toten Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda. Diese »geduldete Einflußnahme eines Verehrers des nationalsozialistischen Propagandaministers« (Sösemann) hat weitreichende Folgen. Wer im Bundesarchiv Goebbels-Aufzeichnungen einsehen will, muß zuvor unterschreiben, daß er nur mit Genehmigung dieses bekennenden Nazis daraus zitieren wird. Der Revers lautet: »Ich habe davon Kenntnis genommen, daß Herr Franois Genoud (Fontanettaz 21, CH-1012 Lausanne) urheberrechtliche Nutzungs- und Verwertungsrechte am Nachlaß Goebbels beansprucht.« Diesem Anspruch fügt sich das Bundesarchiv, ja es verlangt von jedem Benutzer dieselbe Demutsgeste, nein, nicht Geste, sondern Demütigung vor dem Goebbels-Freund. Denn der Revers-Text fährt fort: »Ich verpflichte mich, vor jeder urheberrechtlichen Verwertung die Einwilligung von Herrn Genoud einzuholen.« Nicht einmal kurze Zitate sind möglich: »Zum Abdruck von Zitaten ist die Einwilligung von Herrn Genoud einzuholen, da das Zitieren eine Nutzung im o.g. Sinne darstellt.«

Damit ist nicht nur die Wissenschaftsfreiheit zugunsten eines Nazis aufgehoben. Auch die zweifelhafte, aber von Genoud genehmigte Goebbels-Ausgabe der Elke Fröhlich wird dadurch sakrosankt. Dabei hatte ihr Ehemann, der verstorbene Leiter des Instituts für Zeitgeschichte, Martin Broszat, vor Leuten wie Genoud, der noch andere Rechte, darunter an Schriften von Hitler, aufgekauft hatte, gewarnt: »Der Zwang zur Berücksichtigung der Urheberrechte ehemaliger hochgestellter NS-Führer muß um so mehr als Hemmnis zeitgeschichtlicher Forschungs- und Publikationsfreiheit empfunden werden, wenn zu gewärtigen ist, daß die Erben und Bevollmächtigten diese Rechte politisch parteiisch gebrauchen.«

Tatsächlich ist es Genoud gelungen, eine Reihe von Goebbels-Schriftstücken von der Einsichtnahme durch Dritte für mehrere Jahre ausdrücklich auszuschließen. Die 1971 von Helmut Heiber für das Institut für Zeitgeschichte herausgegebene Sammlung von Goebbels-Reden konnte nur mit einem Vorwort von Genoud erscheinen, in dem er schreibt, allein mit Vorbehalt gebe er die vorliegende Ausgabe zur Veröffentlichung frei, weil ihm daran liege, daß Goebbels in der heutigen Zeit ausgiebig zu Wort komme, und weil er überzeugt sei, »daß die Füße derjenigen, welche die Zeitgeschichtler der Art Helmut Heibers hinaustragen werden, schon vor der Tür stehen«. Genoud darf sich freuen. Nach Broszats Tod verweigerte der »Wissenschaftliche Beirat« des Instituts für Zeitgeschichte Heiber die Drucklegung seines mehrbändigen Werkes »Universität unterm Hakenkreuz« (s. KONKRERT 3/92).

Die bereits für 1990 angekündigte Fortsetzung der Fröhlich-Edition der Goebbels-Tagebücher läßt auf sich warten. Ob dahinter nur das editorische Unvermögen der Herausgeberin steckt oder nicht doch vielmehr Spezial-Wünsche des Herrn Genoud, bleibt abzuwarten. Sösemann weiß, daß der Schweizer nicht nur für Goebbels tätig ist. Auch Hitlers Tischgespräche sollen nicht mehr ohne seine Einwilligung erscheinen, obwohl eine kritisch-wissenschaftliche Ausgabe dringend nötig wäre.

Im Fall Goebbels wird es – so wie die Dinge stehen – bei der wissenschaftlich dubiosen Fröhlich-Notausgabe bleiben, die nur mit einem Kniefall vor dem Goebbels-Anbeter Genoud im Bundesarchiv hinterfragt werden kann. Sösemann: »Diesen postumen Teilerfolg des Joseph Goebbels, der sich und die nationalsozialistische Politik mit den Tagesaufzeichnungen darstellen und legitimieren wollte, und die wenigstens partielle Befriedigung der politischen und finanziellen Interessen Genouds hätten die Beteiligten verhindern können.«

Otto Köhler schrieb in KONKRET 7/92 über den Historiker Fritz Fischer

Konkret 08/92, S. 44

Jürgen Kuczynski

Material fürs Sieger-Tribunal? Wo wäre das anders gewesen?

Was hat die DDR-Geschichtsschreibung zur `Aufarbeitung' der nationalsozialistischen Judenverfolgung geleistet? Zuwenig, behauptete in KONKRET 5/92 der ehemalige DDR-Historiker Olaf Groehler und warf ihr »Gleichgültigkeit, Intoleranz und theoretische Enge« vor. Auf diese Vorwürfe antworten nun zwei ehemalige Kollegen Groehlers: die Historiker Jürgen Kuczynski und Kurt Gossweiler

KONKRET hat mich um eine Stellungnahme zu dem Artikel »Aber sie haben nicht gekämpft!« von Olaf Groehler gebeten für den Fall, daß ich »mit Groehler nicht einer Meinung« bin. Aber so einfach ist die Sache nicht. Ich bin mit G. fast durchgehend einer Meinung hinsichtlich der Fakten, deren Darstellung durch ihn überaus kenntnisreich und mit dem größten Bemühen um Objektivität erfolgt. Keineswegs aber kann ich mit seiner Interpretation der Fakten sowie mit mehreren Aspekten seiner Ausführungen zum Begriff `Zionismus' übereinstimmen.

G. hat also, was ein seltenes Phänomen ist, ausgezeichnet geforscht und das Erforschte zum Teil völlig mißverstanden.

In einer abschließenden Bemerkung seines Artikels stellt G. fest: »So lassen sich im Rückblick fünf Etappen in der historiographischen Beschäftigung der DDR-Wissenschaft mit der Shoa unterscheiden.« Die erste der fünf Etappen sei die »von 1945 bis 1948 reichende Phase des spontanen Antifaschismus und noch offener Diskussion, geprägt gleichwohl von einer konsternierenden Ignoranz gegenüber dem Massenmord an den Juden«. Konsternierende Ignoranz gegenüber dem Massenmord an den Juden? Doch in Kenntnis der Fakten hat G. zuvor darauf hingewiesen, daß der Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß Ottomar Geschke »am 16. Dezember auf einer Berliner Großkundgebung der 'OdF'* zu der Erklärung (veranlaßte): 'Angesichts des ganzen deutschen Volkes vollzogen sich die alle Pogrome der Weltgeschichte übertreffenden Verfolgungen der Juden.'« Und wenige Zeilen später zitiert er meinen guten Freund Siegbert Kahn am Ende der ersten Etappe 1948: »Die Juden werden in Zukunft das Recht haben, zu wählen zwischen der vorbehaltlosen und völligen Assimilation, was nicht unbedingt Aufgeben ihrer Religion bedeutet, oder einer eigenen nationalen Entwicklung.« Zu Siegbert Kahn noch ein Zitat aus meinen »Memoiren« (»Ein linientreuer Dissident«, 1992): »Sieke ist gestorben ... Vorgestern besuchte ich ihn noch im Regierungskrankenhaus. Man wußte noch nicht recht, was mit ihm war. Er erzählte mir, er hätte gerade wieder von einem so ekelhaften Beispiel des Antisemitismus in der Sowjetunion gehört und daraufhin einen allgemeinen Artikel gegen Rassismus voller Wut geschrieben.«

In dieser ersten Etappe herrschte natürlich noch in allen Besatzungszonen vielfach ein ausgesprochener Antisemitismus, auch in der Arbeiterbewegung, mit Ausnahme derjenigen Kommunisten, Sozialdemokraten und Mitglieder der SED, die bis 1945 an ihrer Weltanschauung festgehalten hatten. Daß man Antisemitismus bzw. seine Nachwirkungen auch bei mittleren (natürlich nicht hohen) Funktionären der SED finden konnte, zeigt folgende Geschichte (vgl. meine »Memoiren«, S. 43): Als 1946 »das erste gesellschaftswissenschaftliche Buch in unserer Republik erschien, übergab der Cheflektor des Gewerkschaftsverlages mir, dem Autor, das Buch mit der Bemerkung: 'Eigentlich war ich gegen die Veröffentlichung. Mir scheint es taktisch falsch, als erstes das Buch eines jüdischen Autors herauszubringen.'«

Die zweite Etappe kennzeichnet G. so: »ein Jahrzehnt der forcierten Verdrängung zwischen 1949 und 1959, bestimmt durch die orthodoxe Verengung des Antifaschismus und versehen mit Zügen stalinistischer Judenfeindschaft«. Diese Kennzeichnung ist grundfalsch, da von »stalinistischer Judenfeindschaft« in der DDR keine Rede sein konnte. Das heißt nicht, daß die Führung der KPdSU nicht gelegentlich gegen bestimmte mittlere und höhere Funktionäre und gegen die Haltung der SED, insbesondere ihrer Führung, antisemitisch eingreifen konnte. Auch ich wurde als Präsident der Gesellschaft der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft Opfer eines solchen Eingriffs. Ich zitiere nochmals aus meinen »Memoiren« (S. 47): »In der Sowjetunion war unter Stalin und Beria der Antisemitismus 1948 schnell gewachsen, es gab schlimmste Verfolgungen von Juden. Und entsprechend reagierte Semjonow in der Zone. Mein Freund Hans Mark, der 1917 an dem Sturm auf das Winterpalais teilgenommen hatte und Generalsekretär der Gesellschaft war, und ich mußten wegen 'jüdischer Abstammung' von unseren Funktionen entbunden werden. Nie habe ich Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht, denen jeder Antisemitismus fern lag, so verlegen gesehen wie damals, als sie mir mitteilten, daß 'die Gesellschaft jetzt so gewachsen ist, daß ein Politbüromitglied an ihrer Spitze stehen muß'. Den wahren Grund meiner Entlassung hat mir später Tulpanow mitgeteilt.«

Wenn G. aber über den Fall Paul Merker berichtet, daß ihm in dieser Zeit unter anderem »Zionismus« vorgeworfen worden und dieser einer der Gründe seiner Verurteilung zu Zuchthaus gewesen sei, so hat er völlig recht. Was er jedoch nicht sieht, ist, daß der Vorwurf »Zionismus« in der DDR nichts mit Antisemitismus zu tun hatte. Es handelt sich dabei um einen rein politischen Begriff. Wenn G. über die Verurteilung Merkers auch (!) wegen Zionismus bemerkt: »Auf die in der DDR lebenden bzw. in sie zurückgekehrten Juden mußte diese antisemitische Konstruktion schockierend wirken – auch wenn sich die Parteipresse in ihren Verlautbarungen hütete, allzu offen antisemitisch zu argumentieren und statt dessen häufig das

Reizwort ‘Zionismus’ verwendete, das zu einem politischen Kampfbegriff gemacht und mit Kosmopolitismus, Sozialdemokratismus, Titoismus und Trotzkismus auf eine Stufe gestellt wurde«, so hat er völlig unrecht, jedenfalls wo er behauptet, daß sich die Parteipresse »hütete, allzu offen antisemitisch zu argumentieren«. Sie hat niemals auch nur einen Hauch von Antisemitismus gezeigt. Wohl aber muß man mit Recht die Propaganda der SED anklagen, Zionismus und Imperialismus, Zionismus und insbesondere die amerikanische Politik des Kalten Krieges gleichgesetzt und so den Zionismus zu einem gewichtigen Bestandteil des Imperialismus und der amerikanischen Politik gemacht zu haben. Aber dieser Unsinn zeigt zugleich, daß Zionismus ein politischer Begriff war, der nichts mit Rassismus, mit Antisemitismus zu tun hatte. Das hat G. objektiv und in Kenntnis der Fakten wiederum selbst gezeigt (im Kontrast zu seiner politischen Unkenntnis, die auch in den folgenden Sätzen anklingt), indem er zu der gleichen Epoche bemerkt: »Indes darf nicht übersehen werden, daß der Staatsapparat auch in dieser Zeit Zeichen setzte, die der DDR das Stigma des Antisemitismus nehmen sollten. Da wurde am 1. September 1953 die Synagoge in der Rykestraße als ‘Friedenstempel’ an die Jüdische Gemeinde übergeben, da setzte man 1954 in Buchenwald einen Gedenkstein für die jüdischen Opfer der Novemberpogrome von 1938, und da wurde im November 1956 im Berliner Friedrichstadtpalast in großem Rahmen des 9. November 1938 gedacht.«

Wenn er dann fortfährt: »Diese Veranstaltungen hatten für die Geschichtsschreibung in der DDR jedoch paradoxerweise zur Folge, daß der NS-Terror gegen die Juden noch seltener thematisiert wurde als bisher, oder präziser: daß er in einer Form zur Sprache kam, die die jüdischen Opfer gar nicht mehr erwähnte«, so übertreibt er, hat aber insofern recht, als das Thema der Judenverfolgungen und des Holocaust, ähnlich wie in der Bundesrepublik, von den Historikern ungenügend behandelt wurde.

Die dritte Etappe kennzeichnet G. so: »eine Etappe der weitgehend politisch instrumentalisierten Auseinandersetzung um den Holocaust seit 1960, die indes erste historische Dokumentationen und Erinnerungsberichte hervorbrachte«. Als charakteristisch für sie nennt er einen Vortrag von mir, in dem ich »die These aufstellte: ‘In der Tat war Eichmann auch nichts anderes als ein Manager – nicht eines einzelnen Industriekonzerns, sondern des deutschen Monopolkapitals insgesamt.’« Dazu bemerkt G.:»So richtig dieser Hinweis auf die Mitverantwortung der deutschen Industrie für die Ermordung der Juden auch war, wie sie sichetwa unter Beteiligung der IG Farben in Auschwitz-Monowitz vollzog, so blieb bei manchem Teilnehmer der Diskussion doch ein Unbehagen wegen des darin auf Monopolkonzepte und innerkapitalistische Auseinandersetzungen verkürzten Verständnisses von Antisemitismus.« Mein Thema aber lautete nicht »Die Verbrechen an den Juden, dargestellt auf Grund des Eichmann-Prozesses«, sondern »Die Barbarei – extremster Ausdruck der Monopolherrschaft in Deutschland«, und zu dieser Barbarei gehörten natürlich auch ein Weltkrieg zur Eroberung der Weltherrschaft und der Tod von 50 Millionen und mehr Nicht-Juden sowie die Kulturbarbarei gegenüber Schöner Literatur und Wissenschaft, gegenüber etwa Thomas Mann und Einstein.

Das von G. als kennzeichnend für diese Etappe angeführte Verbot des Buches von Paulus (»Die zwölf Jahre des Tausendjährigen Reiches«, 1965) hat nichts mit der hier behandelten Thematik zu tun. In meinem Tagebuch notierte ich damals (»Memoiren«, S. 172): »22. 2. 1966: Die Situation hier ist ‘mal wieder’ katastrophal. Organisatorische Maßnahmen gegen fortschrittliche Kräfte. Paulus hat ein Parteiverfahren! Wegen seines Buches über den Faschismus. Zum ersten Sekretär des Schriftstellerverbandes hat sich kein Literat hergegeben, und man hat einen Organisationssekretär des Kulturbundes dazu ernennen müssen.«

Über die vierte und fünfte Epoche heißt es bei G.: »ab Anfang der 70er Jahre eine Phase der seriösen wissenschaftlichen Beschäftigung mit der Judenverfolgung im Kontext des NS-Systems, in der die Geschichtswissenschaft der DDR ihre ersten eigenständigen Forschungsbeiträge vorlegte; schließlich die Jahre ab 1985/1986, in denen eine umfassende Rezeption der jüdischen (Leidens-)Geschichte einsetzte.«

Jedoch finden sich auch bei der Behandlung dieser beiden Epochen, die »in Ordnung« zu sein scheinen, Äußerungen von G., die nicht unwidersprochen bleiben dürfen. So bemerkt G. einerseits völlig richtig (was er in seinen vorangegangenen Äußerungen ganz vergessen hatte): »Während der 70er Jahre geriet die Beschäftigung mit der NS-Vernichtungspolitik in der DDR verstärkt unter den Einfluß außenpolitischer Erwägungen. Im Kampf um ihre völkerrechtliche Anerkennung bemühte die DDR sich intensiv um die Gunst der arabischen Staaten, was nahezu zwangsläufig eine antiisraelische Polemik und Politik zur Folge hatte – obwohl die Staatsführung sich sehr wohl darüber im klaren gewesen sein dürfte, daß sie damit rasch in den Ruch des Antisemitismus geraten konnte. Tatsächlich stellte sich ihre Nahost-Politik als ein Ritt über den Bodensee dar, dessen Auswirkungen äußerst zwiespältig waren. Antisemitismus stand in der DDR unter strenger Strafe, kritisiert werden sollte die israelische Politik deshalb als ‘zionistische’, als eine Abart des Imperialismus, die von einigen sogar als halbfaschistisch angesehen wurde.«

Ja, »Zionismus« war kein rassistischer Begriff, sondern ein politischer. Und G. hat völlig recht, wenn er meint, daß die Gefahr bestehen konnte, daß der Anti-Zionismus als Antisemitismus empfunden werden konnte – aber nur außerhalb der DDR. Das hat er selbst in seinen soeben zitierten Ausführungen gezeigt. Unrecht aber hat er, wenn er fortfährt: »Es konnte dennoch (oder deshalb?) nicht ausbleiben, daß etwa die Kommentare und Stellungnahmen zu den Nahost-Kriegen 1967/73

einen auch in der DDR vorhandenen latenten Antisemitismus beförderten, der als Problem – bis auf die beiden letzten Jahre der DDR – niemals thematisiert worden ist.« »Latenter Antisemitismus«, der erst 1988 und 1989 als Problem thematisiert wurde – wo doch im Politbüro viele Jahre lang zwei »Volljuden« saßen, darunter einer der Sohn eines Rabbi? Nein, ich, ein Sohn volljüdischer Eltern, der ich über 60 Jahre als Parteikommunist gelebt habe, mit zahlreichen, nach 1945 führenden Genossen in meiner Jugend befreundet, oft mit Parteistrafen bedroht oder zu ihnen verurteilt, habe niemals den mindesten Antisemitismus, sei es von seiten der Partei und Staatsführung oder, sagen wir nach 1950, auf Hunderten von Versammlungen, auf denen ich gesprochen habe, erlebt. Ja, in der Sowjetunion, in Polen und in anderen »realsozialistischen« Ländern gab es einen ekelhaften, ganz offenen Antisemitismus mit erschreckenden Folgen. Aber nicht in der Deutschen Demokratischen Republik. Und zu meinen übelsten Erlebnissen in der Sowjetunion gehörte es, daß mir gegenüber, der ich auf Vorschlag der SED-Führung in einer Phase der Gnade Mitglied der sowjetischen Akademie der Wissenschaften geworden war, in der Sowjetunion jeder Antisemitismus »protokollarisch verboten« war. Natürlich hat G. recht, daß in der DDR von den Historikern der Holocaust, genau wie in der alten BRD, ungenügend behandelt worden ist. In welchem Land, außer Israel (und in den USA von jüdischen Forschern), ist das nicht der Fall gewesen! Um so bemerkenswerter – und das herauszuarbeiten hat G. völlig verfehlt – ist doch die Tatsache, daß es – im Gegensatz zur alten BRD – etwa seit 1950 keinen irgendwie bemerkenswerten Antisemitismus in der DDR und überhaupt keinen in der Führung von Partei und Staat dort gegeben hat.

*OdF = Opfer des Faschismus

Jürgen Kuczynski, Wirtschaftshistoriker, war in der DDR Leiter des Akademieinstituts für Wirtschaftsgeschichte

Konkret 08/92, S. 46

Kurt Gossweiler

Material fürs Sieger-Tribunal? Aus dem Arsenal des Kalten Krieges

Was hat die DDR-Geschichtsschreibung zur `Aufarbeitung' der nationalsozialistischen Judenverfolgung geleistet? Zuwenig, behauptete in KONKRET 5/92 der ehemalige DDR-Historiker Olaf Groehler und warf ihr »Gleichgültigkeit, Intoleranz und theoretische Enge« vor. Auf diese Vorwürfe antworten nun zwei ehemalige Kollegen Groehlers: die Historiker Jürgen Kuczynski und Kurt Gossweiler

»Die DDR-Geschichtsschreibung zu Antisemitismus und NS-Judenausrottung« – das ist allemal ein wichtiges Thema – (wenngleich nur ein halbes: ein ganzes würde es erst im Vergleich von BRD und DDR); ein Autor wie Olaf Groehler, ehemals DDR-Top-Historiker1 – das ist zweifellos einer, der als Insider Authentischeres als ein »Wessi« dazu zu sagen hat; und schließlich: ein Beitrag zu diesem Thema von einem solchen Autor in der Zeitschrift KONKRET – da kann man doch sicher sein, etwas anderes zu lesen als die nachgerade gewohnte »Aufarbeitung von DDR-Geschichte«, die in Wahrheit ein Tribunal der westdeutschen Sieger über die ostdeutschen Verlierer ist.

Aber ach, diese Hoffnung weicht mit fortschreitender Lektüre des Groehlerschen Beitrages einer tiefen Enttäuschung; wüßte man nicht, wer der Verfasser ist, man würde nicht darauf kommen, daß kein »Wessi«, sondern ein waschechter »Ossi« ihn verfaßte. Kommt Groehler doch fast bis zum Schluß ganz so daher wie ein zwar wohlinformierter, aber distanzierter und gänzlich unbeteiligter Gutachter der DDR-Historiographie, der, um strenge Objektivität bemüht, ihre natürlich abzulehnende Grundposition gebührend kritisch aburteilt, ohne jedoch das nicht völlig fehlende Positive unerwähnt zu lassen. Über Groehlers eigene Position in der DDR-Geschichtswissenschaft fällt kein Wort – obwohl er zu den Historikern gehörte, die an der Ausarbeitung der DDR-Geschichtskonzeption über Jahre bis 1989 aktiv beteiligt waren. Diese Enthaltsamkeit muß um so mehr verwundern, als zu einem seiner stärksten Vorwürfe gegen die DDR-Historiographie gehört, sie habe nicht zur individuellen Beschäftigung mit dem eigenen Verhalten während der NS-Zeit angehalten.

In seinem Beitrag beschäftigt sich Groehler einleitend mit dem Verhältnis der SED- und DDR-Führung zum Antisemitismus und zur NS-Judenvernichtung als der politischen Grundlage für die Behandlung dieser Themen durch die DDR-Geschichtsschreibung. Das wahrhaft erschütternde Ergebnis dieses Teils der Groehlerschen Darstellung ist die – allerdings nicht plakativ in den Vordergrund gestellte, sondern durch verschiedene Wendungen eher angedeutete – Beschuldigung, die Politik von SED und DDR-Führung sei von Antisemitismus geprägt gewesen. Das zur »Beweisführung« angewandte Verfahren kann mit einem normalen Verständnis von Fairness nicht in Einklang gebracht werden.

Schon das erste Beispiel, mit dem Groehler seine Anklageliste eröffnet, wird tendenziös überinterpretiert: Als der 1945 gegründete Hauptausschuß »Opfer des Faschismus« darüber zu beraten hatte, ob *alle* Opfer des Faschismus – zu denen natürlich auch »die Juden, die als Opfer des faschistischen Rassenwahns verfolgt und ermordet« worden waren, gezählt wurden – oder nur diejenigen, die aktiv gegen den Faschismus *gekämpft* und dafür gelitten hatten, eine Ehrenpension erhalten sollten, wurde zunächst entschieden, daß nur die aktiven Kämpfer gegen den Faschismus berücksichtigt werden sollten. Diese Entscheidung war falsch, rief berechtigten Protest hervor und wurde wenige Wochen später korrigiert – (übrigens nur unvollständig, weil bekanntlich noch etliche Opfer-Gruppen, wie Roma und Sinti, Homosexuelle u.a. ausgeschlossen blieben).

Wer sich die wirtschaftliche Situation von 1945 vor Augen führt – und Groehler hat das als Historiker ja oft genug getan , für den ist klar, daß bei der Frage der Abgrenzung der Empfangsberechtigten der Ehrenpension das Problem der finanziellen Möglichkeiten eine erhebliche Rolle gespielt hat. Dies völlig außer acht lassend holt Groehler zu seiner ersten großen Verurteilung aus, indem er – ebenso bestimmt wie alle möglichen Deutungen zulassend – feststellt: Die »Diskriminierung der am stärksten von der nazistischen Verfolgung betroffenen Bevölkerungsgruppe« sei »keineswegs ein einmaliger Lapsus, sondern häufig wiederholter (?) Ausdruck einer politischen Absicht (!) (gewesen), hinter der eine geschlossene Willensbildung (!) vermutet werden kann«. Na, was kann (und soll!) da wohl für eine »geschlossene Willensbildung« vermutet werden? Richtig, Antisemitismus natürlich! Denn: »Hier wurde bereits zu Beginn der deutschen Nachkriegsgeschichte – und zwar von Menschen, die sich als Antifaschisten begriffen – ein die Mörder entlastendes Fehlurteil gefällt, das den jüdischen Opfern der NS-Ausrottungspraxis indirekt eine Mitschuld an ihrem Schicksal zuschob.«

Hier stockt mir, der ich seit 1970 mit Olaf Groehler Seite an Seite im gleichen Bereich unseres Instituts und in der gleichen SED-Parteigruppe zeitweise sehr eng zusammengearbeitet habe, der Atem: Niemals, so oft wir im Institut und in der Partei über das Verhältnis der DDR und ihrer Institutionen zu Juden, zu den »rassisch Verfolgten«, sprachen, hat Olaf Groehler auch nur andeutungsweise – nicht einmal durch eine »Variation des Tonfalls« – eine Kritik in dieser Richtung geübt,

obwohl bei uns eine offene, kritische Atmosphäre herrschte, wie sie in den heutigen Wissenschaftsinstitutionen des »Beitrittsgebietes« bei »Ossis« infolge der Furcht um den Verlust des Arbeitsplatzes kaum noch zu finden ist. Es muß also wohl so sein, daß ihm so weitreichende »Erkenntnisse« erst nach seiner Förderung durch die Max-Planck-Gesellschaft zugeflogen sind.2

Die Brandmarkung der SED- und DDR-Politik als antisemitisch ist das schier unglaubliche Hauptanliegen des ersten Teiles des Artikels. Da wird behauptet, daß von Januar 1949 an – dem Zeitpunkt der Auflösung des »Jüdischen Antifaschistischen Komitees« in der Sowjetunion – »jedes Interesse der DDR-Presse an Beiträgen erlosch, die sich mit Antisemitismus und Judenverfolgung beschäftigten«. Und da wird – ganz dem im Westen seit jeher üblichen, zu DDR-Zeiten auch von Olaf Groehler angeprangerten Vorbild folgend – Anti-Zionismus schlichtweg mit Antisemitismus gleichgesetzt und auf diese billige Weise »auch in der DDR ein antisemitischer Grundzug« festgestellt. (Dabei scheint Groehler allerdings so etwas wie Gewissensbisse empfunden zu haben, denn immerhin räumt er ein, dieser »antisemitische Grundzug« habe »wohl kaum den Wünschen und Vorstellungen der SED« entsprochen). Da werden Maßregelungen von führenden SED-Funktionären, wie Paul Merker, denen *politische* Auseinandersetzungen zugrunde lagen, zu Gliedern einer »antisemitisch motivierten Kampagne der Jahre 1952/53« gemacht und die tatsächliche Position der SED und der DDR-Politik, die den Antisemitismus nicht nur verurteilte, sondern seine aktive Betätigung unter Strafe stellte, als heuchlerisch verleumdet, etwa wenn Groehler konstatiert, es dürfe indes »nicht übersehen werden, daß der Staatsapparat auch in dieser Zeit Zeichen setzte, die der DDR das Stigma des Antisemitismus nehmen sollten«, oder mit Formulierungen wie »... auch wenn sich die Parteipresse in ihren Verlautbarungen hütete, allzu offen antisemitisch zu argumentieren und statt dessen häufig das Reizwort ‘Zionismus’ verwendete, das zu einem politischen Kampfbegriff gemacht ... wurde.«

Natürlich weiß Groehler, daß »Zionismus« nicht nur ein »Reizwort« ist, das in finsterer Absicht »zum Kampfbegriff« gemacht wurde, sondern eine höchst lebendige und einflußreiche Kraft im politischen Leben unseres Jahrhunderts; natürlich weiß er, daß der Zionismus eine große Variationsbreite besitzt, die von linken Kibbuz-sozialistischen Positionen bis zum aggressivsten antiarabischen und antikommunistischen Nationalismus etwa eines Shamir reicht, und daß dieser reaktionäre jüdische Nationalismus trotz aller internen Familienstreitigkeiten mit dem US-Imperialismus dessen treuer Verbündeter im Kampf gegen die sozialistischen und die arabischen Staaten war und ist. Er weiß also sehr gut, daß konsequente Internationalisten und Antiimperialisten – wie z. B. auch die israelischen Kommunisten – den Zionismus wie jeden Nationalismus und Pro-Imperialismus bekämpfen müssen, und daß die Gleichsetzung von Antizionismus mit Antisemitismus eine demagogische Verleumdung darstellt.

Groehler schreckt keineswegs vor der inneren Konsequenz seiner Verleumdungsposition zurück: Wenn, wie er behauptet, Parteifunktionäre in der DDR wegen ihres Judentums aus ihrer Funktion gejagt wurden, dann müssen natürlich jüdische Funktionäre, die im Amte blieben, ganz böse Leute gewesen sein. Und so lesen wir denn bei Groehler über einen in der BRD-Administration gehaßten, weil reihenweise die getarnten Judenmörder in Bonner Amtsstuben und Justizpalästen entlarvenden DDR-Politiker, er sei einer von denen gewesen, die, um ihren Posten zu behalten, »der massiven politischen Erpressung nachgaben und in die Rolle ideologischer Scharfmacher hineinwuchsen, die jeden Zweifel an ihrer Zuverlässigkeit durch übertriebene Willfährigkeit auszuräumen versuchten, wie sich das am Beispiel von Albert Norden anschaulich nachvollziehen läßt«. Nein, an *diesem* Beispiel ist mir ein »Nachvollzug« keineswegs möglich, wohl aber am Beispiel einiger lebender Zeit-Genossen!

Vom »antisemitischen Grundzug« in der DDR zeugt nach Groehler sogar die Tatsache, daß »für politisch links stehende deutsche Juden in der SBZ/DDR« die Assimilation »offensichtlich während der 40er und 50er Jahre die bevorzugte Methode gewesen« sei, »sich mit der deutschen Nachkriegsgesellschaft zu *arrangieren*«. Diese hätten nämlich mit keinem Wort »zu erkennen gegeben«, daß sie Juden waren. Zu DDR-Zeiten hat sich Groehler allerdings niemals darüber gewundert, sondern es als normal empfunden, daß Kommunisten – jüdische ebenso wie nichtjüdische – und Funktionäre der Arbeiterbewegung, die den Antisemitismus und den Rassenwahn der Nazis bekämpft hatten und bekämpften, nie auf die Idee kamen zu fragen, ob, oder darauf hinzuweisen, daß einer Jude oder Nichtjude sei. Siewaren Deutsche, Kommunisten oder Sozialdemokraten, Arbeiter oder Intellektuelle oder was sonst auch immer. Das war in der deutschen Arbeiterbewegung seit langem selbstverständlich, und deshalb bedurfte es auch keiner besonderen Erklärung, weshalb »deutsche Juden in der SBZ/DDR« »nicht zu erkennen gaben«, daß sie Juden waren.

Nun jedoch hat Groehler gelernt, ein solches Verhalten als anomal und erklärungsbedürftig zu erkennen. Jetzt ist ihm klar geworden, daß es ungewöhnlich ist, wenn sich Juden »weder in ihren Schriften noch in ihrem Auftreten« als Juden »zu erkennen geben«, jetzt weiß er, daß dies einen besonderen Grund haben muß – er hat ihn bei Lutz Niethammer gefunden: Sie haben sich nicht als Juden »zu erkennen gegeben« in der Hoffnung, »man könne dem Judesein durch eine Art internationaler Existenz im Rahmen einer kommunistischen Zukunftshoffnung entkommen«. Doch Groehler ist diese Niethammer-Erklärung noch nicht markant genug, daher ergänzt er: »Denn bereits unmittelbar nach Ende des Krieges mußten die Überlebenden des Holocaust zur Kenntnis nehmen, daß ihre jüdische Identität *in den kommunistischen Staaten allenfalls zum Zwecke der Stigmatisierung* akzeptiert, ansonsten jedoch geleugnet wurde« (Hervorhebung KG). Dies mag genügen zur Kennzeichnung der Groehlerschen Stigmatisierung der kommunistischen DDR als Staat mit »antisemitischem

Grundzug«.

Es geht mir nicht darum, zu behaupten, in der DDR habe es im Gegensatz zur BRD keinen Antisemitismus gegeben. Der Antisemitismus hat in der christlich-europäischen und ganz besonders in der deutschen Geschichte viel zu tiefe und kräftige Wurzeln, als daß er im Laufe einer Generation vollständig ausgerodet werden könnte. Es geht um die Zurückweisung der Bestätigung wahrheitswidriger westlicher Vorwürfe gegen die DDR aus dem Arsenal des Kalten Krieges durch einen ostdeutschen »Kronzeugen«.

Im Hauptteil seines Beitrages versucht Groehler, einen Überblick über die und eine Periodisierung der DDR-Historiographie zum Antisemitismus und zur faschistischen Judenvernichtung zu geben. Ohne daß im einzelnen nachgeprüft werden soll, was an seiner Periodisierung zutreffend sein könnte, ist gegen seine Darstellung generell einzuwenden, daß ihr gerade das fast völlig fehlt, was von Groehler als einem DDR-Historiker erwartet werden mußte, weil nur ein solcher authentisch darüber Auskunft zu geben vermag: nämlich eine Antwort auf die Frage, inwieweit die Schwerpunktsetzung der Geschichtsschreibung der DDR von inneren und inwieweit sie von äußeren Faktoren, von der Auseinandersetzung mit der westlichen, insbesondere westdeutschen, Geschichtsschreibung bestimmt war.

Zwar hat Groehler unbedingt recht mit der Feststellung, daß im Vergleich zur westlichen Geschichtsschreibung, insbesondere der der USA und Israels – und wenn man den gesamten Zeitraum von 1945 bis 1989 nimmt, auch mit der der BRD – in der DDR eine deutlich geringere Beschäftigung mit der faschistischen Judenvernichtung zu konstatieren ist (was noch gar nichts über die Qualität der Ergebnisse besagt). Unrecht hat er jedoch mit der Feststellung einer »konsternierenden Ignoranz gegenüber dem Massenmord an den Juden« in den Jahren 1945 – 1948. Die entsprechenden Materialien des Nürnberger Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher wurden in der SBZ in der Tagespresse vollständig veröffentlicht, und schon 1945 war der erschütternde Bericht Konstantin Simonows, »Das Vernichtungslager«, in mehreren Auflagen verbreitet worden. An dieser Stelle verdient auch erwähnt zu werden, daß der Berliner Dietz-Verlag 1946 das den Aufständischen des Warschauer Ghettos gewidmete Buch von Ernst Sommer, »Revolte der Heiligen« (zuerst 1944 im Verlag El Libro Libre in Mexiko erschienen), herausbrachte. 1948 erschienen in der DDR zwei kleinere Arbeiten zum Thema des Antisemitismus und der Judenvernichtung, die zwar sehr kursorisch angelegt waren, deren Aussage jedoch in mancher Hinsicht tiefgründiger und umfassender, mithin von höherem wissenschaftlichen Wert war als die vieler später im Westen erschienener dickleibiger Folianten zum Holocaust.

Die von Groehler nur mit einem aus dem Zusammenhang gerissenen Zitat angeführte Arbeit von Siegbert Kahn (»Antisemitismus und Rassenhetze«, 1948) beginnt mit den Worten: »Mit wachsender Abscheu verfolgte die Welt das grausige Drama, das sich seit 1933 in Deutschland – und seit 1939 in fast ganz Europa – abspielte: die Unterdrückung und blutige Ausrottung der Juden.« Schon mit dem nächsten Absatz stellte der Marxist Kahn aber den Zusammenhang her, den die meisten westlichen Autoren ausblendeten: »Die Ausrottung der Juden in Deutschland und in einem Teile Europas war jedoch nur ein Teil des Vernichtungsfeldzuges, den der Hitlerfaschismus im Zeichen der ‘Rassentheorie’ gegen die ganze fortschrittliche Menschheit führte.« Kahn gibt dann in 13 Abschnitten einen gerafften Überblick über die Geschichte des Antisemitismus und der Judenverfolgungen in Deutschland sowie mit einer Bibliographie der Veröffentlichungen gegen und über den Antisemitismus eine erste Handreichung zur gründlicheren Beschäftigung mit dieser Frage.

Die Schrift Stefan Heymanns (»Marxismus und Rassenfrage«, 1948) bezeugt ebenfalls, für wie dringlich in der SBZ die Auseinandersetzung mit der faschistischen Rassentheorie und speziell dem Antisemitismus angesehen wurde und wie ernsthaft die Bemühungen waren, populär geschriebene, aber durch solide wissenschaftliche Arbeit gewonnene Materialien zur Verfügung zu stellen für die gründliche Säuberung der Köpfe von rassistischen und antisemitischen Wahnvorstellungen. (Dabei versteht sich von selbst, daß in diesen Schriften die Fragen und Probleme, die in beiden Teilen Deutschlands erst später im Laufe einer detaillierten Geschichtsforschung auftauchten, noch nicht zu finden sind.) Erwähnt zu werden verdient auch, daß die dramatisierte Fassung des Tagebuchs der Anne Frank sehr früh auf den Bühnen der DDR mit sehr großer Zuschauer-Resonanz aufgeführt wurde.

Bis zum Beginn des sog. Kalten Krieges, also in den ersten beiden Nachkriegsjahren, dürfte in der Publizistik beider Teile Deutschlands – von Geschichtsschreibung zum Holocaust konnte man da in Ost und West noch nicht sprechen – noch kein großer Unterschied zu bemerken gewesen sein. Dann jedoch begannen die Einschätzungen des deutschen Faschismus und des von ihm geführten Krieges in West und Ost auseinanderzugehen. Im Westen fing man an, die Bedeutung des NS-Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion herunterzuspielen, die Verantwortung des deutschen Monopolkapitals für den Eroberungskrieg, der von OMGUS3 mit Bergen von Beweisstücken nachgewiesen worden war, zu bagatellisieren, und statt dessen den Krieg des deutschen Imperialismus als »Hitlers Krieg« sowie als sein Hauptziel und -inhalt die Judenvernichtung darzustellen. Im Gegenzug gegen diese grobe Geschichtsfälschung ergab sich für Politiker und Historiker der SBZ/DDR gleichermaßen die Aufgabe, den Nachweis für den imperialistisch-faschistischen Charakter des Krieges der Deutschen verstärkt zu führen und die Forschung vor allem darauf zu konzentrieren, diesen Nachweis mit beweiskräftigen Dokumenten so schlüssig wie möglich zu untermauern. Zugleich galt es, der Leugnung des

Klasseninhaltes des faschistischen Krieges gegen die Sowjetunion, nämlich der Leugnung seines Charakters als eines imperialistischen Krieges zur Vernichtung des Sozialismus, und seiner Umdeutung in einen »Rassenkrieg« entgegenzutreten. Aus der auch von Stefan Heymann festgestellten Tatsache, daß »die Rassenideologie der Nazis zweifellos das Kernstück der faschistischen Weltanschauung« war, wurde im Westen messerscharf geschlußfolgert, daß die Wurzeln des faschistischen Expansionskrieges in der faschistischen (»nationalsozialistischen«) Rassenlehre lägen. Kurzum: Da die westliche Geschichtsschreibung immer massiver dazu benutzt wurde, den gleichzeitig ablaufenden Prozeß der Einstellung der gerichtlichen Verfolgung der führenden deutschen Konzern- und Bankgewaltigen durch die »Entökonomisierung« der Ursachen des Expansionismus des »Dritten Reiches« historisch zu rechtfertigen, war die Geschichtsschreibung der SBZ/DDR schon um der historischen Wahrheit willen darauf verwiesen, dem durch Konzentration der Forschung auf die Rolle der deutschen Banken und Konzerne bei der Planung und Durchführung der deutsch-faschistischen Eroberungen entgegenzutreten.

Daraus ergab sich auch, daß bei der Behandlung der Judenverfolgung und Judenvernichtung das Schwergewicht der DDR-Forschung auf die Beteiligung deutscher Firmen an der Planung und Errichtung der Todesfabriken und ihre Gewinne aus der Verwertung der Arbeit und der Leichen der jüdischen Opfer gelegt wurde – zweifellos ein bis heute noch für die Entschädigungsforderungen von Überlebenden wichtiger Forschungsgegenstand. Daraus ergab sich ferner, daß die DDR-Geschichtsschreibung allen Versuchen entgegentrat – und im Interesse der historischen Wahrheit auch entgegentreten mußte , die Judenausrottung zum zentralen Kriegsziel des deutschen Faschismus hochzustilisieren.4 Allerdings wurde in der berechtigten Abwehr einer solchen zweckbestimmten These das Kind mit dem Bade ausgeschüttet: Lange Zeit war in der Tat die Tendenz vorherrschend, die Judenvernichtungspolitik rein ökonomisch zu erklären und einen bestimmenden Anteil derNaziideologie an dieser Politik zu leugnen bzw. die Anerkennung eines solchen Anteils als unmarxistisch abzuweisen.

Dem Mitverfasser des 6-bändigen DDR-Standardwerkes über den zweiten Weltkrieg5, Olaf Groehler, sind diese Erklärungszusammenhänge natürlich noch besser bekannt als mir, hat er sich doch an der jahrelangen Diskussion über die Konzeption dieser Bände – und dazu gehörte natürlich auch die Einordnung der Judenverfolgungen und der »Endlösung« in die Gesamtpolitik des faschistischen Deutschland – intensiv beteiligt. Umso erstaunlicher, daß aus diesen reichen Erfahrungen nichts, aber auch gar nichts in seinen Beitrag eingeflossen ist, ja, daß dieses bedeutende Werk, dessen Erarbeitung mehr als ein Jahrzehnt auch seines Historikerdaseins in der DDR ausgefüllt hat, von ihm überhaupt nicht erwähnt wird.

Die zweite Etappe der Groehlerschen Periodisierung ist als Etappe »der forcierten Verdrängung zwischen 1949 und 1959, bestimmt durch die orthodoxe Verengung des Antifaschismus und versehen mit Zügen stalinistischer Judenfeindschaft«, bezeichnet. Eine solche scharfkonturierte Einschätzung wird durch Groehler selbst als anachronistisch widerlegt, hat er doch zuvor bereits zutreffend festgestellt, daß das Fehlen einer wissenschaftlichen Studie zum Holocaust bis Ende der 50er Jahre »in erster Linie am keimhaften Zustand« der damaligen Zeitgeschichtsschreibung lag. Ich kann mich erinnern, daß Groehler bei verschiedenen Ge-legenheiten zusammen mit anderen seiner Kollegen ausländischen Gästen des Zentralinstituts für Geschichte (ZIG) zu erklären wußte, welch Handicap es für die Geschichtswissenschaft der DDR bedeutete, sich – im Unterschied zur BRD – nach 1945 erst eine eigene wissenschaftliche Intelligenz heranbilden zu müssen. Warum hat dieser Gesichtspunkt in seinem Beitrag keinen Platz gefunden?

Recht hat Groehler dagegen mit seiner Feststellung eines eingeengten Faschismusbegriffs in der DDR, der lange Zeit Antifaschismus mit Antiimperialismus gleichsetzte, also als Antifaschisten nur gelten ließ, wer auch den Imperialismus als den Mutterboden des Faschismus zu bekämpfen bereit war. Dazu gibt es eine Geschichte, die eigentlich in Groehlers Beitrag gehört hätte. In unserem gemeinsamen Institut (ZIG) und unserem gemeinsamen Bereich (Deutsche Geschichte 1917 – 1945) trug sich 1981 nämlich folgendes zu: Ein Mitarbeiter hielt auf dem alljährlich in Jena unter Leitung des Jenenser Historikers Prof. Manfred Weißbecker stattfindenden international besetzten »Faschismus-Kolloquium« ein Referat, in dem er diese in verschiedenen DDR-Lexika und Sachbüchern zu findende enge Antifaschismus-Auffassung als sektiererisch und dem Wesen des Antifaschismus als Grundlage eines breiten Bündnisses widersprechend kennzeichnete und für einen weiten Antifaschismus-Begriff eintrat. Kaum wieder in Berlin, wurde er dafür von seinem Bereichsleiter und einem der stellvertretenden Direktoren – zu denen damals Groehler noch nicht gehörte – , scharf zurechtgewiesen und mit einem Publikationsverbot für dieses Referat belegt (dies nicht etwa »in höherem Auftrag«, sondern aus eigener Machtvollkommenheit der beiden Leiter!). Gegen diesen wissenschaftsfeindlichen Willkürakt erhob sich aus den Reihen der Kollegen des Betreffenden – soweit sie davon Kenntnis erhielten – , kein Widerspruch (auch nicht von Olaf Groehler, dessen Wort damals erhebliches Gewicht gehabt hätte). Eine Beschwerde des Betroffenen beim damaligen Institutsdirektor blieb, da dieser schon schwerkrank war, ohne Ergebnis. Dennoch wurde der Bann des Publikationsverbots gebrochen – aber erst, nachdem ein Mitarbeiter eines Parteiinstitutes – Prof. Walter Wimmer vom Institut für Marxismus-Leninismus – auf einer internationalen Konferenz mit Beteiligung von Historikern aus der BRD (in Sellin, 1984) die gleiche Position wie der Gemaßregelte und unter ausdrücklicher Berufung auf ihn zum Vortrag gebracht hatte. Schade, daß Groehler darauf

verzichtete, seine These von der engen Antifaschismus-Auffassung mit einem so aufschlußreichen Beispiel aus seinem eigenen Wirkungskreis zu belegen!

Das Jahrzehnt der 60er Jahre war nach Groehler eine dritte Etappe, gekennzeichnet durch eine »weitgehend politisch instrumentalisierte Auseinandersetzung um den Holocaust«, die aber immerhin trotz dieser »Instrumentalisierung« »erste historische Dokumentationen und Erinnerungsberichte« hervorgebracht habe. Wie Groehler richtig schreibt, ging es bei der Auseinandersetzung in diesen Jahren – und auch noch später – um das Problem, wie sich die »Endlösungs«-Praxis in das Gesamt-Kriegskonzept des deutschen Imperialismus einordnete, womit die Frage verbunden war, ob die Naziführung auch eigene Zielsetzungen hatte durchsetzen können, die den Interessen des Monopolkapitals widersprachen, ihnen zumindest nicht völlig entsprachen. Es ging also um die Frage, ob die Naziführung eine »relative Selbständigkeit« in der Festlegung der politischen Linie besessen hatte, und wenn ja, wo die Grenzen dieser Freiräume lagen. Diese Frage erhielt damals ihre Brisanz auch dadurch, daß verschiedene, sogar zur Linken zu rechnende Historiker die Behauptung, Hitler und die NSDAP hätten ihrer Diktatur auch die deutsche imperialistische Bourgeoisie unterworfen, mit dem Hinweis auf die Judenvernichtung zu untermauern suchten.

Es ist bedauerlich, wie verzerrt und entstellt Groehler diese damaligen Auseinandersetzungen heute wiedergibt. Zwar ist richtig, daß eine positive Beantwortung dieser Frage längere Zeit durch eine verengte Auslegung der sogenannten »Dimitroffschen Faschismusdefinition« behindert wurde, aber es stellt einfach eine bösartige Karikatur der Wirklichkeit dar, zu behaupten, »bis ins Jahr 1989« sei diese Definition »ein Glaubenssatz« geblieben, »der nicht hinterfragt werden durfte«. Groehler selbst hat an zahlreichen Diskussionen in seinem Bereich – er war längere Zeit dessen Leiter – teilgenommen, in denen diese Definition nicht nur »hinterfragt«, sondern gegen ihre Verabsolutierung zu einem Glaubenssatz durch »marxistische Orthodoxie« – die keineswegs nur in Kreisen der Parteiführung oder in Parteiinstituten, sondern auch bei Mitarbeitern und Leitern von Akademie-Instituten zu finden war! – energisch angegangen wurde. Das hat im übrigen seinen Niederschlag in Publikationen von Mitarbeitern Groehlers gefunden, Publikationen, die ihm wohlbekannt, bedauerlicherweise bei Abfassung seines KONKRET-Beitrages jedoch nicht eingefallen sind.6

Nachdrücklich ist indessen festzustellen, daß alle »Hinterfragung« nie – auch bei Olaf Groehler nicht! – dazu geführt hat, an der Wahrheit der Aussage zu zweifeln, daß die faschistische Diktatur in Deutschland keine Personaldiktatur Hitlers und keine Parteidiktatur der NSDAP über die ganze deutsche Nation gewesen sei, sondern eine Diktatur der herrschenden imperialistischen Bourgeoisie im Verein mit der Naziführung über das deutsche Volk. Ebenso unstrittig war, daß es sich beim zweiten Weltkrieg um den zweiten Versuch der gleichen gesellschaftlichen Kräfte in Deutschland handelte, nach der Weltmacht zu greifen, die das mit dem ersten schon einmal versucht hatten. Es ist deshalb unzutreffend, daß Günter Paulus' Buch (»Die zwölf Jahre des Tausendjährigen Reiches«, 1965) begonnen habe, »die Substanz« der Dimitroffschen Faschismus-Definition zu untergraben. Diese Substanz wird durch die Anerkennung einer »relativen Selbständigkeit« der Naziführung, wie sie in Paulus' Buch und in den vorgenannten Veröffentlichungen festgestellt wird, durchaus nicht beschädigt, wenngleich das von einigen Teilnehmern der Diskussion befürchtet wurde. Das »Unbehagen« nicht nur »marxistischer Orthodoxie«, sondern jedes/jeder Linken angesichts der Tendenz, die deutsche Wirtschaftselite von der Verantwortung für die faschistischen Verbrechen durch Zuweisung der Alleinschuld an Hitler und seine Bande freizusprechen, war und ist allerdings nur allzu berechtigt, und man kann nur hoffen und wünschen, daß es durch Beiträge wie den Groehlerschen nicht eingeschläfert wird.

Die vierte Etappe seiner Periodisierung wird von Groehler so gekennzeichnet: »ab Anfang der 70er Jahre eine Phase der seriösen wissenschaftlichen Beschäftigung mit der Judenverfolgung im Kontext des NS-Systems, in der die Geschichtswissenschaft der DDR ihre ersten eigenständigen Forschungsbeiträge vorlegte«.7 Während man dieser zusammenfassenden Einschätzung zustimmen kann, läßt sich das von der Behandlung des Historikers Kurt Pätzold nur eingeschränkt sagen, führt Groehler ihn doch mit einer Vorbemerkung ein, die sowohl in der Sache als auch hinsichtlich der Person Pätzolds unhaltbar ist. Weder trifft es zu, daß Ende der 60er Jahre »in der DDR die Auseinandersetzung um die Funktion des Antisemitismus und das Kalkül der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik in eine Sackgasse geraten ist«, wie Groehler glaubt feststellen zu können, noch stimmt die Begründung für diese angebliche Sackgasse: »Die Rückführung des Judenmords auf rein ökonomische Interessen schien unhaltbar, andere Überlegungen wurden jedoch nicht geduldet.« Die unzutreffende Behauptung ist Ausgangspunkt für eine Pätzold diskriminierende Aussage; Groehler fährt nämlich fort: »So blieb als Ausweg ... die Beschäftigung mit einzelnen gesellschaftlichen Gruppen und den persönlichen Erinnerungen ihrer Mitglieder an die nazistischen Verfolgungen. Das war ein Weg, den beispielsweise Kurt Pätzold ging ...« Mit der Wiedergabe einiger Hauptthesen der Pätzoldschen Arbeit »Faschismus – Rassenwahn – Judenverfolgung« (1975) widerlegt Groehler sich jedoch sofort selbst. Aus ihnen kann jeder ersehen, daß Pätzold mit seinen Forschungen genau der Beschäftigung nachging, die nach Groehler »nicht geduldet« wurde, – nämlich der Suche nach einer anderen als einer »auf rein ökonomische Interessen« verweisenden Erklärung des Judenmordes und seine Einordnung in die Gesamtgeschichte des »Dritten Reiches«. Recht unfreundlich im Kontext der Groehlerschen Grundaussage ist auch seine Vorstellung Kurt Pätzolds als eines Verkünders der »offiziellen Vorbehalte gegen den 'Zionismus'«. (Zionismus wird bei Groehler immer in

Anführungsstriche gesetzt, wohl weil er ihn in diesem Artikel konstant als Tarnbegriff für angeblichen kommunistischen Antisemitismus vorführt.)

Besonders fragwürdig ist die Darstellung Groehlers, wonach während der 70er Jahre »die Beschäftigung mit der NS-Vernichtungspolitik in der DDR verstärkt unter den Einfluß außenpolitischer Erwägungen« geraten sei, weil die DDR »im Kampf um ihre völkerrechtliche Anerkennung« sich »intensiv um die Gunst der arabischen Staaten« bemüht habe, »was nahezu zwangsläufig eine antiisraelische Polemik und Politik zur Folge hatte«. Angesichts der so offensichtlichen Absurdität dieser Konstruktion – war doch die Parteinahme für das Recht der Palästinenser auf einen eigenen Staat und die Ablehnung der israelischen Besetzungen im Nahen Osten eine Konstante der Außenpolitik der DDR wie aller Warschauer Pakt-Staaten seit den ersten israelischen Okkupationen arabischen Gebietes – fragt man sich, was mit ihr eigentlich bezweckt werden soll – außer der Lieferung einer zusätzlichen »einleuchtenden« Motivation für den behaupteten DDR-Antisemitismus.

Eine fünfte und letzte Etappe der historiographischen Beschäftigung mit der nazistischen Judenverfolgung begann nach Groehler in der DDR 1985 und wird von ihm charakterisiert als ein Zeitabschnitt, in dem »eine umfassende Rezeption der jüdischen (Leidens-)Geschichte einsetzte.« Hier wäre unbedingt ein Hinweis auf die von Nolte und Fest in der BRD vorsätzlich in Gang gesetzte Kampagne zur Bagatellisierung der nazifaschistischen Judenausrottung und auf den Anteil, den DDR-Publizisten und Historiker an der Zurückweisung dieser Verharmlosung der braunen Vergangenheit gehabt haben, am Platze gewesen.8

Wenn Groehler als Fazit seiner Betrachtungen schließlich feststellt, daß, »was die DDR-Geschichtsschreibung zur ‘Aufarbeitung’ der nationalsozialistischen Judenverfolgung geleistet hat, im internationalen Vergleich unzureichend war und auch dem antifaschistischen Selbstverständnis des Staates nicht gerecht wurde«, so überrascht an einem solchen Resümee, daß es offenbar nur Quantität, nicht Qualität mißt. Ein objektives Resümee dürfte nicht an der Feststellung vorbei, daß die DDR-Geschichtsschreibung konsequent auf der Linie der Verurteilung des Antisemitismus wie jedes Rassismus und Nationalismus und der Solidarisierung mit den jüdischen Opfern der Nazifaschisten geblieben ist, wie sie im KPD-Aufruf zum Judenpogrom vom November 1938 zum Ausdruck gekommen war, und zwar in ihrer Gesamtheit. Sie hat zwar quantitativ weniger Arbeiten zum Holocaust hervorgebracht, aber unter diesen wenigen befinden sich solche – wie die von Kurt Pätzold , deren Ergebnisse keinerlei internationalen Vergleich zu scheuen brauchen.

Der Beitrag Groehlers bietet indessen nicht nur Überraschungen der geschilderten Art. Am Ende überrascht er durch eine »Wende« zu einer abschließenden Beurteilung, die nach den zuvor zusammengetragenen Anklagepunkten nicht zu erwarten war. Nicht nur, daß bei der jetzt vorgenommenen Zusammenfassung der Negativ-Bilanz der Vorwurf des Antisemitismus fehlt und statt dessen nur eine »unzureichende Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus und seinen mörderischen Folgen im Deutschland der Jahre 1933/1945« konstatiert wird, nein, diesem Versäumnis werden ausdrücklich noch mildernde Umstände zugebilligt, indem seine wesentlichen Gründe – in direktem Gegensatz zur anfänglichen Behauptung »einer politischen Absicht, hinter der eine geschlossene Willensbildung« vermutet werden könne – jetzt »weniger in politischen Opportunitätserwägungen als vielmehr im Versprechen der gescheiterten kommunistischen, in ihren Intentionen humanistischen Utopie von der Kreation eines neuen Menschen« gesucht werden. Damit nicht genug, wechselt Groehler jetzt seine Grundposition, indem er vom Ankläger des angeblichen DDR-Antisemitismus zum Preisverleiher für die bessere NS-Vergangenheitsbewältigung durch die DDR wird: »Denn unbestreitbar und trotz allem ist die Abrechnung mit dem Nationalsozialismus in der SBZ/DDR ökonomisch, politisch und ideologisch ungleich folgenreicher und konsequenter gewesen als in der alten Bundesrepublik und hat ... auch tiefere Spuren im Bewußtsein der Bevölkerung hinterlassen.«

Was soll man zu einem solch wendigen Beitrag sagen? Wiegt die eine Seite Mut zur Wahrheit die sechs Seiten Materiallieferung für das Sieger-Tribunal auf? Wohl kaum. Läßt man großzügigerweise das Verhältnis 6:1 beiseite und kennzeichnet nur die generelle Zwiespältigkeit des Beitrages, dann ist das beste, was man ihm bescheinigen kann, mit einem alten russischen Sprichwort ausgedrückt: Dem Teufel kein Schüreisen und dem lieben Gott keine Kerze.

Anmerkungen

1 Groehler war von Mitte der 80er Jahre bis zur sog. Wende stellvertretender Direktor im Zentralinstitut für Geschichte (ZIG) der Akademie der Wissenschaften der DDR, das neben dem Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED das führende historische Institut in der DDR war; vorher war er Leiter des Bereiches Deutsche Geschichte 1917-1945 dieses Instituts. Er hatte Sitz und Stimme im »Rat für Geschichtswissenschaften« der DDR, dem Gremium der DDR-Geschichtswissenschaft, in dem die führenden Historiker des Landes vertreten waren.

2 Mit dieser Feststellung wird Groehler kein schlimmeres Verhalten zugetraut, als er es Albert Norden in krasser, Kurt Pätzold in etwas milderer Form zuschreibt.

3 OMGUS = Office of Military Government for Germany, United States Finance Division – Financial Investigation Section.

4 Daraus erklärt sich auch, daß auf den von Groehler erwähnten Konferenzen (in Leipzig 1957, in Berlin 1959) zwar nicht, wie Groehler schreibt, »nicht ein einziger Beitrag sich mit dem NS-Antisemitismus oder der Judenvernichtung beschäftigte« – (das geschah, aber eher beiläufig, in verschiedenen Referaten, z.B. von A.S. Jerusalinski, G.N. Goroschkowa, Alfred Anderle) , jedoch diesem Thema kein eigenes Referat gewidmet war. – Siehe: Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg, Bd. 1, Berlin 1960, S. 163; Bd. 2, Berlin 1961, S. 278, 373.

5 Deutschland im zweiten Weltkrieg. Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Wolfgang Schumann, 6 Bde., Akademie-Verlag Berlin, 1975/1985.

6 Genannt seien hier außer dem von Groehler im Zusammenhang mit Kurt Pätzold angeführten Sammelband Faschismusforschung, der Beiträge von weiteren Mitarbeitern des ZIG (Klaus Drobisch, Klaus Mammach, Joachim Petzold, Wolfgang Ruge) enthält, die Arbeiten von Joachim Petzold (Die Demagogie des Hitlerfaschismus, Akademie-Verlag, Berlin 1982), Wolfgang Ruge (Das Ende von Weimar. Monopolkapital und Hitler, Dietz-Verlag, Berlin 1983) und Kurt Gossweiler (Kapital, Reichswehr und NSDAP 1919 – 1924, Akademie-Verlag, Berlin 1982).

7 Groehler geht mit Recht in diesem Zusammenhang vor allem auf die Arbeiten Kurt Pätzolds ein, des führenden DDR-Historikers auf dem Gebiet der faschistischen Judenverfolgungspolitik. Nicht vorbeigehen sollte man aber auch an der Arbeit des früh verstorbenen Walter Mohrmann, der als erster DDR-Historiker dem Thema des Antisemitismus eine Monographie widmete (Walter Mohrmann, Antisemitismus, VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1972).

8 Siehe dazu: Reinhard Kühnl (Hg.), Vergangenheit, die nicht vergeht. Die »Historiker-Debatte«. Dokumentation, Darstellung und Kritik, Pahl-Rugenstein, Köln 1987, S. 169 ff, 191 ff, 292 ff.

Konkret 08/92, S. 52

Christel Dormagen

ich habe gelesen

In der Zeit, die ich für die Lektürezweier soeben erschienener Bücher gebraucht habe – eine gute Woche insgesamt, Notizen eingeschlossen , in derselben Zeit also hätte Flaubert vermutlich zweimal fünfzig, mindestens aber zweimal fünf Bücher gelesen und schriftlich zusammengefaßt, dazu vielleicht eine halbe Seite eigene Literatur produziert (die nie endenwollenden Korrekturen nicht eingerechnet) und außerdem rund vierzig Briefe geschrieben. Seine langjährige Freundin und Briefpartnerin George Sand hätte in dieser Zeit gutund gern einen halben Roman oder ein Theaterstück fertiggestellt, eine Reise gemacht und zwei Abendgesellschaften gegeben – von ihren zahllosen Briefen ganz zu schweigen.

Das sind zwei entmutigende und zugleich höchst beeindruckende Erkenntnisse, die ich beiläufig meiner Bummellektüre verdanke. Es handelt sich zum einen um die Flaubert-Biographie des Amerikaners Herbert Lottmann und zum anderen um den, soweit zugänglich, erstmals vollständig in deutscher Sprache vorliegenden Briefwechsel zwischen dem französischen Schriftsteller und seiner fast zwanzig Jahre älteren Kollegin, herausgegeben von Alphonse Jacobs. Letzteres Buch ist rundum ein Prachtstück – außen wie innen. Die Biographie dagegen hat sich zwar, wo sie nun einmal da war und mir zurHand, als ganz nützlich erwiesen, gewissermaßen als Daten- und Faktenraster für eine gründlichere Annäherung an den Dichter. Sie wurde aber sofort auch zum Ärgernis – innen wie außen.

Nun scheint es halbwegs verwegen, gegen Sartre antreten zu wollen, auch wenn der seine ausladende Flaubert-Biographie nicht hat vollenden können (sie reicht bis 1857, Flaubert starb 1880). Lottmann startet denn auch mit einem Präventivangriff. Sartre habe sich psychoanalytisch verrannt, und das sei größtenteils seiner unzulänglichen Recherche geschuldet. Nach jenen Seelenunterstellungen aus »Intuition« gelte es nun, erst einmal »Tatsachen« zu sichern. Und zu denen gehöre gewiß nicht, daß die Seinen Flaubert zum »Idioten der Familie« gemacht hätten.

So trägt der Biograph denn reichlich und fleißig eine Menge Fakten zusammen. Deren Verknüpfung ist ihm allerdings einigermaßen uninspiriert geraten, um ein altmodisches Wort zu benutzen. Und wenn er sich vom eigenen Knüpfgeschäft hinreißen läßt, geht die Sache auch prompt komisch daneben. Zum Beispiel Flauberts große Orientreise, Zwischenstation Jerusalem. Da dichtet es aus Lottmann dann so: »Der Jordan war nicht breiter als die Touques in Pont-l' Evêque. Große Augenblicke, tiefe Empfindungen wechselten ab mit Verzweiflung. Einerseits die 'Schändlichkeiten' und der Kitsch an den heiligen Stätten, andererseits herrliche Landschaften, alte Städte, die Kleider der Frauen, die Welt der Kamele.«

Lustvoll widmet er sich allenfalls noch dem Thema Lust, dem Sexualleben seines Objektes also, der ewigen Deutungsfalle für Biographen. Wie ist der Knabe Gustave entjungfert worden? Hat er nun mit seiner ersten Liebe, der viel älteren verheirateten Elisa Schlesinger, geschlafen oder nicht? Wie oft genau war er mit Louise Colet, seiner zeitweiligen Kopffreundin und Geliebten (»...einer anderen älteren Frau mit großem Busen...«), bei ihrem Treffen am soundsovielten im Bett (vor dem Essen, nach dem Spaziergang etc.)? Und weswegen fuhr er immer so heimlich nach London? Eine Frau natürlich war der Anlaß. Juliet Herbert, eine ehemalige Gouvernante seiner Nichte. Und diesem von Lottmann akribisch freigeschnüffelten Geheimnis widerfährt einer der lapidarsten Sätze überhaupt zum grundlegenden Zeugungswerkzeug des Schriftstellers im allgemeinen: »Ganz offensichtlich setzte der Geschlechtsverkehr mit Juliet Herbert, die nun neunundvierzig Jahre alt war, er fast siebenundfünfzig, das Beste in ihm frei, geistig und körperlich.«

So viel zu Sex und Frau als wirksamer Schreibhilfe. Leider hält der Forscher sich, was Flauberts sonstige Alltagsorganisation anbetrifft, eher bedeckt. So ist ja überliefert, Flaubert habe im elterlichen Haus bis zu ihrem Tod mit seiner Mutter zusammengelebt und danach gänzlich allein. Diese bestaunte und beklagte Einsamkeit ruhte jedoch auf der auch im vorliegenden Buch wesenlosen Anwesenheit von ständig dienstbaren Geistern. Der Dichter hat zwar selbst kopuliert, aber bestimmt nicht selbst gewaschen, gegärtnert und gekocht. Dafür gab es gekaufte Menschen (auch fürs Bett übrigens, wie Lottmann eifrig erwähnt). Das Geld dafür war durchaus vorhanden. Flaubert hat es – anders als George Sand übrigens – nicht selber erschrieben, zu Lebzeiten hatte er nur mäßigen Erfolg, und die Honorare waren ohnehin nicht überwältigend. Vielmehr lebte er schlicht von seinem Erbe, von Pacht und Zinsen, hat aber auch, als seinem angeheirateten Neffen der Bankrott drohte, äußerst honorig und selbstverständlich Hilfe geleistet.

Was mich, abgesehen von der Sexbesessenheit, die alles erklären soll und nichts erklärt, endgültig beim Lesen des Buches mißvergnügt gestimmt hat, ist seine schlampige Erscheinungsweise. Es ist – und man weiß nicht, ob es an der streckenweise miserablen Übersetzung liegt – häufig unfreiwillig komisch; »... sie (Louise Colet) redete sich ein, daß sie immer noch Gustave vor allen anderen den Vorzug gab. Er hatte Talent, auch wenn er Furunkel hatte, mit denen er sie ansteckte.« Manchmal ahnt man nicht einmal, was da vielleicht im Amerikanischen gestanden haben mag. Diese Nachlässigkeit geht bis in eigenhändig übersetzte Zitate hinein. So hat Flaubert keineswegs folgendes an seinen

Dichterfreund Turgenjew geschrieben hat: »'Für eine lange Zeit waren Sie ein Meister für mich. Aber je mehr ich Sie studiere, desto mehr überwältigt mich Ihr Talent'«.*

Derlei Schludrigkeit ist zuallererst eine Beleidigung für den, dem sie gilt und der sie niemals hätte gelten lassen. Dank einer gnädigen Ironie erfahre ich nämlich vom darin wieder gründlichen Lottmann, wie fast schon hypochondrisch verbissen Flaubert immer und immer wieder an seinen Manuskripten gefeilt hat; und nicht nur an diesen. Auch bei geplanten Neuauflagen schon veröffentlichter Werke ging er den Text nochmal durch: »In der Neuauflage der *Lehrjahre des Gefühls* hat man später 495 Änderungen gezählt, davon 420 Streichungen. Unter den gestrichenen Wörtern waren 125 *aber,* 39 *dann,* 31 *denn* und 23 *währenddessen*.«

Wegen solcher kleinen Randgenauigkeiten fand ich das Buch dann doch noch akzeptabel; wegen all jener Beiläufigkeiten, die einfach sachzwangsläufig aus Forscherpflicht erwähnt werden. Allein was über Flauberts Arbeitsweise zu erfahren ist, hat mich überwältigt. Nicht nur, daß er über 1500 Bücher für sein letztes unvollendetes Werk *Bouvard und Pécuchet* gelesen und exzerpiert hat, darüber hinaus hat er Stunden, Tage, Kilometer und (genau aufgelistete) Francs verfahren, um etwa eine Landschaft, eine Stadt zu erkunden, deren Beschreibung später womöglich eine halbe Seite oder sogar zwei im Werk ausmachte. »Gewissenhafte Literatur kostet Geld« – so ein nüchterner Seufzer. Das Schreiben selber war bekanntermaßen ein ihn bis zur Todeserschöpfung verzehrender Prozeß. Nicht metaphorisch, sondern auf eine sehr physische Weise. Offenbar hat Flaubert sich seine Sätze stets selber vorgebrüllt; buchstäblich und unter Zuhilfenahme von Unmengen Wasser schrie er sein Geschriebenes laut, um möglichem Mißklang oder im Gegenteil den verhaßten »Assonanzen« auf die Spur zu kommen. Und dieses Brüllen war nicht nur ein einsames Geschäft. All seine Werke hat er Freunden in nächtelangen Brüll-Marathons vorgetragen. So lautet seine Einladung an die Literaturklatschonkel, die berühmten Goncourt-Brüder, einmal folgendermaßen: »Ich werde um Punkt vier anfangen zu brüllen. Kommen Sie also um drei. Orientalisches Diner um sieben. Es gibt Menschenfleisch, Bürgerhirne und in Nashornbutter gebräunte Tigerklitoris. Nach dem Kaffee wieder punisches Brüllen bis zur völligen Erschöpfung des Publikums.«

Insgesamt ergeben all diese Faktenpartikel eine brauchbare Folie, auf der sich der Briefwechsel zwischen Sand und Flaubert mit noch größerem Wohlgefallen erschließen ließ. Das fängt ganz praktisch an. Die hochgerühmte bewegliche Lebhaftigkeit der Briefe ist nämlich nicht nur Dokument zweier außergewöhnlicher Charaktere, sondern auch Resultat des kaum noch vorstellbaren französischen Postwesens im 19. Jahrhundert. Wenn in Flauberts Provinzdörflein und Madames Schloß der Briefkasten jede Stunde geleert, wenn täglich ausgeliefert wurde und auch ein regelmäßiger Nachtdienst existierte, wenn Telegramme zwei Stunden nach Italien brauchten und eine Inlandsbüchersendung nach zwei Tagen schon als überfällig galt, dann läßt sich sehr viel frischer hin- und herkorrespondieren. Und das wechselseitige Plaudern erlangte gelegentlich die vertraute Unmittelbarkeit von Telefongesprächen, allerdings ohne deren spracharme Ungezügeltheit.

Ob es sich nun gleich um den »schönsten« Briefwechsel des letzten Jahrhunderts oder sogar den schönsten überhaupt handelt, sei dahingestellt. Die brieflich gespiegelten zehn Jahre ihrer Freundschaft – bis zum Tode von George Sand 1876 – lassen aber in der Tat zwei bemerkenswerte Personen noch einmal fast lebendig werden – und ein privates, ein politisches und ein literarisches 19. Jahrhundert gleich mit dazu.

Bemerkenswert ist vor allem die geradezu rührend herzliche Zugeneigtheit dieser beiden Menschen, die in ihren politischen und ästhetischen Überzeugungen kaum unterschiedlicher hätten sein können. Der misanthropische Griesgram, Natur- und Demokratiehasser, der nur für die Kunst lebte – »Der Mensch ist nichts, das Werk ist alles« -, der häßliche Mann mit dem »ziegelroten« Gesicht, dem Menschen und Reisen ein Greuel waren und der sich in seinem Leben gerade nur fünf Bücher abquälte, und die sozial engagierte Proletarierfreundin, die schöne, lebensfrohe Frau, die in ihrer Familie aufging, am liebsten nur die Natur studiert hätte, aber mit leichter Hand und als Lebensluxus in ihrer Freizeit an die hundert Bücher verfaßte, dazu Theaterstücke und jede Menge Zeitungsartikel (über ihre Rezensionen eines seiner Werke haben sie sich kennengelernt), die vor allem aber lebte, und das hieß, sich in Gesellschaft bewegte, Liebhaber hatte, reiste, zig Briefe schrieb und Kinder und Enkel erzog. Er, der Ästhet, für den Meinung und Moral in einem Buch nichts zu suchen hatte, und sie, die Humanistin, die ihm gestand: »Was den Stil anbetrifft, da geb ich's billiger als Sie ... nur Emotionen muß es wecken.« Sie, die mütterliche Frau, und er, der lebenslange Sohn.

Kurzum: die gelassene Optimistin und der cholerische Pessimist. Sie haben sich denn auch bei allen »liebe Meisterin« – und »mein lieber Herzensfreund«-Beteuerungen kräftig aneinander abgearbeitet und gelegentlich an anderer Stelle ein wenig geseufzt. So schrieb sie nach einem Besuch Flauberts in ihr Tagebuch: »Ich mag ihn sehr, aber er zerrüttet mir die Nerven.« Und er teilte einer anderen Brieffreundin mit: »Ich gestehe Ihnen, unter uns, daß ihr ewiges *Benedeien*, ihre Vernunft, wenn Sie so wollen, mir manchmal auf die Nerven geht. Ich werde ihr mit Beschimpfungen der Demokratie antworten; das wird mich erleichtern.«

Die Briefe lassen sich in der Tat als Zeugnisse einer bewegten Ära lesen. Zur Zeit der 48er Revolution kannten sich die beiden zwar noch nicht, den deutsch-französischen Krieg aber erlebten sie gemeinsam, und Aufbruch und Niedergang der Pariser Kommune wurden ihnen zum bitteren Anlaß für eine resignierte Annäherung ihrer konträren Positionen. Er: »Ah! was ist die Masse für ein schmutziges Tier!« und sie: »Das ist für mich ein großer Schmerz, für mich, die ich *traditionell*

den Proletarier liebe und immer nur an seine Zukunft gedacht habe.« Und eben diese ihre politischen Reflexionen sind, so scheint es mir, nicht nur historisch interessant, sondern werden (leider) wieder ganz zeitgemäß; etwa was Flauberts Gedanken zu Patriotismus und Krieg, zu Wahlrecht und Unfehlbarkeitsdogmen angeht. Nur daß er – darin ganz Kind des 19. Jahrhunderts – seine Hoffnung auf die Verwissenschaftlichung und Verrechtlichung staatlichen Handelns setzte, hat sich, wie wir inzwischen wissen, als Irrglaube, ja, als Wahnsinn der Vernunft, erwiesen.

Ich weiß, daß das verunglückte Buch hier ausführlicher skizziert ist als das gelungene. Das Lob aber ist eine heikle Angelegenheit, wie die Schriftstellerin wußte, die sich ihrem Freund einmal als jemand beschrieb, »der, je froher er ist, um so dämlicher wirkt«. Deswegen nur ein technisches Lob. Die Briefe sind, wo sich Verständnislücken ergeben, sorgfältig erläutert, mit Zwischentexten versehen, die Anmerkungen sind gründlich, aber nicht aufdringlich und stehen dort, wo sie hingehören. Die deutschen Bearbeiter haben noch ein übriges getan und nicht nur sehr gut übersetzt (mit geschlechtsverteilten Rollen übrigens), sondern auch für das hiesige Verständnis die Fußnoten gekürzt oder ergänzt.

Ich könnte mich nun totzitieren an all den großen und kleinen Sätzen zum Leben und zur Kunst, zu Schlafrockmarotten und Claquenwirtschaft – zu Gott und der Welt also , die ich mir alle begeistert angestrichen habe. Ich werde mich aber mit zwei Passagen begnügen, die in gewisser Weise die äußersten Pole der Differenz zwischen beiden markieren und gleichzeitig eine äußerste Hellsichtigkeit für die eigene Person und die des anderen verraten. Alles andere sei persönlicher Leseneugier anheimgestellt.

So schrieb Flaubert ihr einmal, er war da noch nicht fünfzig: »Daß die Klausur, zu der ich mich verdamme, ‘ein Zustand der Wonne’ sei, nein!..... Diese Lebensweise ist nicht lustig, das gebe ich zu. Man erlebt Augenblicke der Leere und eines entsetzlichen Überdrusses. Sie werden aber mit zunehmendem Alter immer seltener. Ich glaube also, daß *Leben* ein Beruf ist, für den ich nicht geschaffen bin!« Und ein andermal schrieb die 68jährige George Sand an ihn: »Ich habe meinen Ehrgeiz nicht so hochgeschraubt wie Du. Du willst für alle Zeiten schreiben. Ich glaube, daß ich in fünfzig Jahren völlig vergessen und vielleicht sogar gröblich verkannt sein werde. Das ist der Lauf der Dinge, die nicht erstklassig sind, und ich habe mich nie für erstklassig gehalten.«

Da sprechen – in gegenseitiger Verehrung – ein erstklassiges Leben und eine erstklassige Kunst miteinander. Und das gewiß auch zu unserem Gewinn.

*Eva Moldenhauer hat in ihrer Übersetzung des Briefwechsels Flaubert-Turgenev (Berlin 1989) diese Passage so wiedergegeben: »Schon seit langem sind Sie für mich ein Meister. Aber je mehr ich Sie studiere, um so mehr verblüfft mich Ihr Talent.«

Herbert Lottmann: Flaubert. Eine Biographie, Insel Verlag 1992, 516 Seiten, 78 Mark

Gustave Flaubert/George Sand: Eine Freundschaft in Briefen. Herausgegeben und erläutert von Alphonse Jacobs, Beck Verlag 1992, 555 Seiten, 78 Mark

Christel Dormagen schrieb in KONKRET 6/92 über Männerbilder in der Literatur von Frauen

Konkret 08/92, S. 54

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Lieber Helmut Fischer!

Der DGHS-Atrott ist dieser Tage mit ein paar Mitgliedsbeitragsmillionen auf der Flucht vorm Schandi*, und da haben wir uns gedacht, wir nützen der Stunde Gunst und fragen Sie artig, ob Sie den Atrott nicht (sic!) sausen lassen und zu uns kommen sollten. Wir sind ein looking always on the bride side of life-Haufen, schauen lieber aus dem lachenden als wie aus dem weinenden Auge heraus und tun aus den Festgeldzinsen des Vereinsmögens (ans Konto kommt uns kein krummer Vorstandsfinger!) eine Menge für die Mitglieder, zum Beispiel Ausflüge auf die Wiesn, an den Königsee und zu den Brucknertagen nach Linz und vieles mehr. Haben aber auch die Nevercomeback-Pille im Programm. Un dieser, im qualifizierten Tierversuch auf seine krampflose Wirkung hin getestete Atemlähmer kostet aber bei uns keine mörderischen dreitausend Mark wie beim Abgreifatrott, auch keine zweitausend, keine tausend, keine fünfhundert, keine hundert, nein, die Kapsel ist für sage und schreibe 57 Mark incl. 14 % MwSt zu haben, das ist weniger als wie der Sitzplatz bei einem Spitzen-Heimspiel des FC Bayern. Na, ist das was? Wir würden uns jedenfalls damisch freun, wenn, lieber Herr Fischer, Sie, ala Ihres entzückenden »a bißl was geht immer« zu uns kommen täten. Herzlichst, Ihre »DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR HUMANE ZYANKALIKAPSELPREISE«.

*bayrisches Diminutiv für Gendarm

Verdient ihr für die hausbackne Beknacktheit, in der Epoche der »kids« den »filius« aus den Tagen der Feuerzangenbowle zu reanimieren, den DIN A 3-Tritt in den Arsch, so werdet ihr bis ins Souterrain eurer Seele versauten, korrupt die Schwarze Messe der Individualverkehrshölle feiernden Werbepfaffen des Hamburger Hauses Baader, Lang und Behnken für die hurerische Schilderung der Vorzüge der Viertürigkeit gegenüber der Tortur des Einsteigens in einen bloß Zweitürigen zu drei Jahren Stau ohne Bewährung verurteilt, für das Verbrechen aber der Verführung präsumtiver PS-Gängster zu unverzüglichem Stürzen auf rückbänkigen Reiseproviant sowie zu kleineren Ringkämpfen um die beste Aussicht auf den Tachometer dort selbst büßt ihr mit euerm Kopf in der Schrottpresse.

Liebe Hanne Hiob, liebe Leut vom »Anachronistischen Zug! Seit so vielen Monden zieht ihr mit den 41 Strophen Brechts und viel Gefährt, Kostüm und Schminke durch die deutsche Landschaft, und dieses brave Pensum hat durchaus das Erfrischende einer warmen Selters. Jetzt treffen sich da in München die Sieben Aussätzigen, beschirmt von 9000 Schlägern, und es wäre euer Auftritt. Ihr aber habt Theaterferien. War das denn soo unvorstellbar? Daß das Personal des »Anachronistischen Zugs« in der schützenden Mimikry der Miesbacher Tracht sich jenseits des Sicherheitskordons unter die weißblauen Staatsarschkriecher mischt, um, auf Zeichen der Regie, die rote Sau rauszulassen? Was für ein Bild am Schirm in aller Welt: Die Schergen gehen, nicht wissend wer echter Trachtendulliödepp ist und wer sich in den dumpfen Fummeln nur brechtischlistig verbirgt, auf alles los was Gamsbart und Charivari und Dirndl und Mieder und Lederhosn ist. Und die Reisebüros in Cincinatti und Baltimore und Osaka stornieren, denn wo die Obrigkeit auf die Folklore eindrischet, da ist nicht gut urlauben, isn't ist. Aber wie gesagt, ihr wart ja in den Ferien.

Mutig, ihr Brekerberührungsentängstigten vom Schlosse Nörvenich bei Köln, stellt ihr ihn aus, den Breker, der in seinen im Nazi-Verlag Schütz zu Preußisch Oldendorf erschienenen Memoiren schreibt:

»Hätte Hitler alle kriegerischen Verwicklungen vermieden, so wäre er als einer der großen Bauherren in die Geschichte eingegangen, und zwar allein durch den Umfang seiner Bauvorhaben in Berlin, München, Hamburg, Leipzig und Weimar. Die Aufrüstung der Wehrmacht, die er im gleichen Zeitraum durchführte, entsprang seiner panischen Angst, eines Tages - wie er sich ausdrückte - unverhofft von vierzigtausend russischen Panzern überrollt zu werden. Ambitionen auf ein Kolonialreich waren inexistent (Hitler): »'Unsere geographische Lage im Herzen Europas duldet keinen Kolonialbesitz, weil er nicht zu verteidigen ist'.

Nur zu also, mit dem Breker, und vergeßt nicht, neben diesen Reichsrasseundsiedlungsheroendreck den Speikübel zu stellen.

Konkret 08/92, S. 56

Verena Krieger

Am Ende der Fahnenstange? Der Schrecken der Idylle

»Wenn man's kann, ist es keine Kunst nicht, und wenn man's nicht kann, ist es erst recht keine« (Karl Valentin) - zwei Berichte von der Dokumenta IX, der Welt größter Ausstellung zeitgenössischer Kunst, die noch bis zum 20. September in Kassel zusehen ist

Als vor zwanzig Jahren die fünfte Documenta eröffnet wurde, konnten sich die Besucher und Besucherinnen das ihr zugrundeliegende Ausstellungskonzept zu Gemüte führen, das der damalige Documenta-Macher Harald Szeemann in einer Zeitung pädagogisch-penibel erläutert hatte. »Befragung der Realität – Bildwelten heute« sei das Thema der Unternehmung, die sich in drei Schritte gliedere: »1. Erkenntnis der Wirklichkeit, 2. Veränderung der Wirklichkeit durch Veränderung der Erkenntnisinstrumente und 3. Hervorbringung neuer Wirklichkeit.« Eine eigens parallel zur Documenta eingerichtete »Besucherschule« brachte den bis dato Ungeschulten bei, ihren Wahrnehmungsapparat auf das sie erwartende ästhetische Erlebnis zu trimmen.

Aus heutiger Sicht mutet das geradezu rührend an. Im Zeitalter erläuterungsloser weißer Museumswände und angesichts der Renaissance des unvermittelten Auf-sich-wirken-Lassens ist solch hausbackene Didaktik nicht mehr vorstellbar. Ganz im Trend des Zeitgeistes befindet sich dagegen der Chef der diesjährigen Documenta, Jan Hoet, mit seinem Bekenntnis »Was ist Kunst? Ich weiß es nicht.« Souverän hat er auf eine Offenlegung seiner Auswahlkriterien verzichtet – »ich habe kein Konzept« – und damit den eigenen individuellen Geschmack zum Maßstab erhoben; einen Versuch, den Künstlern Fragen oder Probleme zu stellen, unternahm er erst gar nicht. Fragen zu stellen, sei ja gerade die Aufgabe der Kunst, argumentiert Hoet, aber mit diesem Anliegen scheint er beim Gros der von ihm ausgewählten Künstler nicht durchgedrungen zu sein. Sie kennen weder Engagement noch Idee, weder Widerspruch noch Provokation und begnügen sich mit harmlosen, selbstbezogenen, spielerischen Effekten. Alles so schön bunt hier, nichts ist unmöglich, und für jeden Geschmack etwas dabei. Diese Documenta ist wahrlich ein Spiegelbild der aktuellen Kunst, von der Hoet selbst sagt, daß sie sich in einer »Rezessionsperiode« befinde.

Größte Tristesse aber findet sich dort, wo Künstler versuchen, Sozialkritik zu formulieren. So darf der obligatorische Protest gegen Ausländerfeindlichkeit auch in Kassel nicht fehlen; er erscheint in Gestalt der »Fremden« von Thomas Schütte, einer Gruppe bunter, lebensgroßer Spielfiguren, die, stilisiert in vager Fremdheit und Schmuddeligkeit, gnadenlos in die Opferrolle geklemmt und hart an den Rand des klassizistischen Portikus gedrängt, kurz vorm Absprung in die Tiefe zu stehen scheinen. Dabei bilden Mülleimer und Kleidersäcke als Insignien der Armut einen wundervollen Kontrast zu dem unter ihnen befindlichen Kaufhaus, so daß im aufgeschlossenen Kunstkonsumenten nur noch der Wunsch entsteht, auch diesen armen Gestalten möge der Zutritt zum Klamottenparadies gestattet sein.

Als Pendant aus dem Osten hat sich der Moskauer »Soz-Art«-Künstler Ilja Kabakov mit einem miefigen Toilettenhäuschen für 100 Tage verewigt, in dem sich – welch Überraschung – eine trostlose Zwei-Zimmer-Wohnung befindet. In der Tat, so leben viele in der ehemaligen Sowjetunion. Dieselbe Installation, bezogen auf die Lebensverhältnisse westdeutscher Sozialhilfeempfänger, hätte zweifellos nur Langeweile hervorgerufen, doch diese plumpe Kritik eines Künstlers an den gesellschaftlichen Zuständen seines Landes vermochte Ausstellungsmacher und Kommentatoren zu begeistern.

In einem infolge eines Brandanschlags verkohlten Häuschen am Rande des Ausstellungsgeländes präsentiert sich das ökologisch-utopisch engagierte Projekt eines auf Teneriffa neu zu errichtenden Kunst-Städtchens namens »Atlantis 2000«, von Bazon Brock höchst engagiert vorgestellt als »eine zukunftsträchtige Form der Kooperation all derer, die es wagen, unsere Lebenswelt für problematisch zu halten« (und die es für völlig unproblematisch halten, die »Beseitigung des Hungers durch Eindämmung des Bevölkerungswachstums« auf ihre Fahnen zu schreiben), mit anderen Worten, der x-te Versuch gutmeinender Menschen, sich ihr Plätzchen an der Sonne in einer 200-Seelen-Gemeinde zu schaffen: eine ökologisch aufgepeppte sozialdemokratische Version des Kunstschaffens, dergegenüber die bieder-kritischen Artefakte der siebziger Jahre nahezu revolutionäre Qualitäten aufwiesen. Heiliger Staeck, hilf ihnen, ihre Villen im Tessin zu bekommen!

Wo die Kritik so lau daherkommt, richtet sich die Hoffnung auf jene, deren Absicht sich nicht primär kritisch präsentiert, deren Werke eher untergründig und erst auf den zweiten Blick Brisantes berühren. Der Brasilianer Cildo Meireles etwa ist einer der vier zur Documenta geladenen Lateinamerikaner und gehört zu den wenigen, die trotz aller Ignoranz des Kunstmarkts gegenüber Künstlern aus der »Dritten Welt« bereits den Sprung in international renommierte Ausstellungen geschafft haben. Er präsentiert eine Installation, die in ihrer Harmlosigkeit das Gruseln lehren kann. 2.000 Uhren und 7.000 Zollstöcke, dazu unzählige beweglich am Boden herumliegende Ziffern bilden einen Raum, in dessen schwül-gelbe Atmosphäre man eintauchen, in dem man sich bewegen kann. Der Raum thematisiert Ordnung, man bewegt sich in einem

geschlossenen System, dessen Regeln nicht durchschaubar, aber zweifellos vorhanden sind. Die Zollstöcke hängen in einer Anordnung von der Decke, in die man nur langsam, schrittweise eindringt, auf der Suche nach einem Zentrum, das aber verschwindet, sobald man es erreicht. Undurchdringliche Zollstockvorhänge: Gibt es überhaupt noch einen Weg hinaus? Wo nichts ist als Ordnung, beginnt das emotionale Chaos. Bloß weg hier: In diesem Raum kann man nicht lange bleiben.

Einen präzisen Kontrast zu Meireles angstauslösendem Uterus bietet die Installation Pier Paolo Calzolaris'. Den Fußboden mit Bleiplatten belegt und eine Wand mit Kupfer verkleidet, stellt sie einen quasi sakralen Raum dar, in dessen Mitte eine große Eisenplatte mit brennenden Öllichten hängt. Betreten werden kann der Raum nur über eine vereiste Schwelle. Feuer und Eis. Aber dieser Mystizismus hat keinen Bezugspunkt. Es ist nur der Raum selbst, nicht ein Anderes, auf das verwiesen wird. Die weihevolle Atmosphäre ist Selbstzweck. Kupfer, Blei und Eisen liegen, kleben, schweben – man weiß nicht: strahlen sie Kälte oder Hitze aus, sind sie schwer oder leicht, hart oder weich? Die sakrale Stimmung des Raums, durch das hieratisch strenge Arrangement seiner einzelnen Elemente erzeugt, läßt im Grunde nicht zu, daß sich der Betrachter selbst darin verortet: Sein Platz ist vor der eisigen Schwelle. So erweist sich Calzolaris' Installation als merkwürdig hermetisches Kunstwerk, das sich selbst zu genügen scheint und dennoch ganz auf die Wirkung auf den Betrachter hin komponiert ist.

Damit steht er nicht allein; bei einer Reihe von Exponaten wird durch die Verknüpfung kultischer Motive der verschiedensten Kulturen eine sakrale Stimmung erzeugt, die inhaltsleer ist und dadurch `Transzendenz an sich' zum Thema zu machen versucht. Michael Buthes »Heilige Nacht der Jungfräulichkeit« gehört dazu, die Christliches und Archaisches vermischt und gegenseitig bricht. Oder auch der Brunnen des Schweizer Paars Silvie & Chérif Defraoui, ein Tauf- und Wunschbrunnen, der den Blick in die Tiefe zieht, als ob sich das Geheimnis dieser Welt in ihm verbirgt.

Eine herausragende Rauminstallation, die ebenfalls mit magischen Elementen arbeitet, stammt von der Bildhauerin Louise Bourgeois, mit über achtzig Jahren die Grand old woman der internationalen Kunstszene. Ihre Stärke besteht seit eh und je darin, mit einfachsten, scheinbar natürlichen Materialien und Formen ein Meer von Assoziationen zu erzeugen, die ans Innerste rühren: Angst, Tod, Sexualität. Auf der Documenta hat sie eine hölzerne Höhle von unheimlicher Heimeligkeit gebaut. Innen ein karges Eisenbett, umgeben von Gläsern, die aus einem Laboratorium oder aus einer Hexenküche zu stammen scheinen. Gegenüber eine leuchtende Form, wabernd, tierhaft, ein pulsierendes Eigenleben. An der Grenze zwischen Lebendigkeit und Starrheit einige organische Formen aus Holz: Kugeln eigentlich nur, aber wer möchte sich darauf verlassen, daß sie sich nicht plötzlich bewegen? Eine Nacht in dieser wohlig nach Holz riechenden igluartigen Hütte scheint den sicheren Wahnsinn zu bedeuten – und doch steht über dem Eingang geschrieben: »art guarantees mental sanity«.

Stark ist Kunst auf dieser Documenta offenbar nur dort, wo sie sich ins Innere verkriecht – in Innenräume und in Innenwelten. Lange zurück liegen die Zeiten, da Josef Beuys mit seiner Honigpumpe oder der Pflanzaktion »7000 Eichen« künstlerische Ausdrucksmittel für aktuelle gesellschaftspolitische Eingriffe nutzte, ohne je auch nur in die Nähe zu plumpem Agitprop zu geraten. Warum sollte es aber auch der Kunst besser gehen, als es die gesellschaftliche Wirklichkeit erlaubt? Weshalb sollten Künstler grenzüberschreitende, visionäre Ideen produzieren, wenn auch sonst keine gesellschaftliche Opposition existiert? »Utopieverbot« steht groß auf dem von Lothar Baumgarten gestalteten Zwehrenturm geschrieben, es ist das heimliche Motto dieser Documenta. Jonathan Borofskys häufig abgelichteter Blickfänger auf dem Friedrichsplatz »Man walking to the sky«, der munter eine Stahlstange hinaufmarschierende Mann, scheint das nur zu bestätigen. Sein Himmelssturm ist so erdverhaftet, so bieder-technokratisch, wie es kaum je ein Versuch, in den Himmel zu gelangen, gewesen sein dürfte. Das Ende der Fahnenstange ist schon abzusehen – was dann? Dieser Sisyphos der neunziger Jahre wird voraussichtlich ebenso schnurstracks wieder hinuntermarschieren, wie er hinaufgegangen ist. Ein schwächlich-postmodernes Remake wie so vieles andere auf dieser Mammutausstellung auch. Immerhin: Darin besteht zugleich seine Qualität. Den marschierenden Zeitgeist hat Borofsky in seinem Objekt immerhin eingefangen.

Wenn aber die Wirklichkeit so statisch-sumpfig träge schwappt, daß Aufbrüche zu fernen Ufern schier unmöglich scheinen, bleibt von jeher die Reise in die Innenwelt des Individuums der letzte Weg, will man sich nicht mit kokettem Phrasenspiel zufriedengeben. Nicht zufällig ziehen sich daher wie ein bunter Faden durch die Ausstellung Versuche von Künstlerinnen und Künstlern, dem Horror der Psyche auf die Spur zu kommen. Nicht das Warme-Weiche-Nährende thematisieren sie, wie Beuys es tat, sondern sie rühren vorzugsweise an tief verborgene Ängste und mobilisieren den Schrecken des Vertrauten.

Hinter jeder Idylle lauert das Grauen: Eine schärfere Kritik läßt sich heute kaum noch formulieren. Exemplarisch hierfür steht Robert Gobers »Wallpaper forest«, bei dem ein anrührendes Waldbild durch gnadenlose Aneinanderreihung und Wiederholung zu einem Ornament wird, dessen ästhetische Wirkung sich gegenüber seiner Vorlage völlig verselbständigt. Die Baumstämme werden zu undurchdringlichen Gitterstäben, die Zweige bilden Spinnennetze, durch die es kein Entkommen gibt. Oben und Unten sind aufgehoben. Aufgrund der Ornamentalisierung hat sich die Räumlichkeit des ursprünglichen harmlosen Waldstücks verflüchtigt, und mit dem Raum schwindet auch die Zeit: Das Unheimliche des Moments ist eingefroren – eine Veränderung findet nicht statt.

Mit ganz anderen Mitteln hat Thanassis Totsikas eine ähnliche Wirkung erzeugt. Zwei metallische Rundpfeiler stützen die Decke des altehrwürdigen Museums Fridericianum. Erst bei näherer Betrachtung erweist sich, daß sie ihre tragende Funktion nur vortäuschen. Die Pfeiler rotieren in rasender Geschwindigkeit um sich selbst. Nicht nur dem Gebäude, auch dem Auge bieten sie keinen sicheren Halt. Eine Berührung wäre gefährlich. So werden aus Stabilität und Sicherheit versprechenden Stützen aggressive, bedrohliche Fremdkörper. Gut, daß es um sie herum noch festen Boden, stabile Wände gibt. Sonst käme man wohl nicht heil an ihnen vorbei.

Absichtsvoll an privilegierter Stelle in der Eingangshalle des Fridericianums plaziert und allemal das eindrucksvollste Werk der gesamten Kunstschau ist Bruce Naumanns Video-Installation »Anthro/Socio«, vielfach beschrieben und bewundert. Ein sich drehender Kahlkopf, auf Monitore und an Wände projiziert, schreit in jämmerlichem Tonfall unaufhörlich: »Help me, hurt me, Sociology. Feed me, eat me, Anthropology.« Die suggestive Kraft dieses Arrangements ist bemerkenswert. Das sadomasochistische Klagelied präsentiert unwiderlegbar das bürgerliche Individuum zwischen Bürokratie-Planbarkeit-Wissenschaft und den eigenen inneren Abgründen. Überhaupt ist Naumann einer der interessantesten Künstler der Gegenwart. Er arbeitet mit drastischen Ausdrucksmitteln, mit Neonlichtröhren beispielsweise, die er zu düsteren Sex-and-crime-Szenen formt, oder mit Videoinstallationen, die mitunter an die Schmerzgrenze gehen – wie der schreiende Kahlkopf in Kassel.

Es gibt auf der Documenta aber nicht nur gute und schlechte Kunst zu sehen;auch das Kunst-Spektakel selbst hat sich zu einer Art Gesamtkunstwerk gemausert, das als eigenständiges Phänomen Beachtung verdient. Kunst fürs Volk, dieser Programmpunkt wird in Kassel tatsächlich verwirklicht, mit allen Abgeschmacktheiten, die dazugehören: von den Meeresfrüchte-Variationen des berühmten Fernsehkochs bis zur echt schweizerischen Armbanduhr mit Documenta-Motiv wird hier dem Mittelschichtsflaneur der Neunziger das Lebensgefühl der Kulturschickeria im Kleinformat geboten. Sogar eine »Künstlertheke« gibt es, an der der durchschnittliche Kunstinteressierte hoffen darf, einem originalen Exemplar zu begegnen oder sich selbst ein wenig im Glanz des Extraordinären zu sonnen. Um dem Rummel noch einen Schuß Kirchentagsatmosphäre zu verpassen, hat sich auch die evangelische Kirche einen Container an der eigens errichteten Documenta-Straße gesichert.

Über allem aber thront der Documenta-Sponsor »West«, mit trivialen Kunst-Slogans stets präsent. So konsequent wie kaum eine andere öffentliche Kunstausstellung zuvor ist die Documenta auf dem neuesten Stand der Vermarktungsstrategien: T-Shirts mit dem Konterfei des Cheforganisators Hoet stehen ebenso zum Verkauf wie »West«-Kunst-Zigarettenschachteln. Dasam Zwehrenturm zu besichtigende Werk des russischen Künstlers Constantin Zvezdochotov »Die Künstler huldigen den Metroerbauern«, eine Persiflage auf die Ikonenmalerei des Sozialistischen Realismus, wird von »West« demnächst in zehn Städten als Duplikat aufgestellt werden.

Es hat sich aber auch kein Documenta-Macher je zuvor so intensiv um Sponsoren bemüht wie Hoet, und er liegt damit im Trend. Die große Rembrandt-Ausstellung letztes Jahr in Berlin und Amsterdam hätte ohne American Express, die große Russische Avantgarde-Show in Frankfurt hätte ohne die Lufthansa AG kaum realisiert werden können. Nun ist eben »West« an der Reihe. Ein wenig befremdlich mag das dem einen oder der anderen Ewig-Gestrigen noch erscheinen, doch zu mehr als einem Schulterzucken reicht die `Empörung' kaum. Schon seit einigen Jahren ist der Kunstmarkt trotz (oder wegen?) einer Preisflaute dabei, sich auf eine Weise zu organisieren, die privates Sponsoring für die Künste und die Künste als Imageproduzenten fürs Firmenmanagement unverzichtbar macht; vor allem aber verlieren die öffentlichen Träger an Bedeutung. Was soll da noch die Verwunderung, was der moralische Zeigefinger?: Auch der autonome Künstler braucht was zum Beißen, und im übrigen erweisen sich mitunter private Mäzene als liberaler, experimentierfreudiger und kenntnisreicher als so mancher kommunale Kulturausschuß und so manche grüne Kultursenatorin.

Nicht in erster Linie die Stadtluft der oberitalienischen Republiken hat die Künstler des 15. und 16. Jahrhunderts so frei gemacht, daß sie die Kunst revolutionieren und den Weg vom Künstler-Handwerker zum `modernen' Künstler zurücklegen konnten, lautet die These des Hamburger Kunsthistorikers Martin Warnke, sondern weit mehr boten die Fürstenhöfe der frühen Neuzeit diese Möglichkeit. Bei Hofe mußte der Maler, Bildhauer oder Architekt sich zwar in eine spezifische Hierarchie fügen, hatte wohl auch um die Gunst des Herrn zu buhlen und mußte auf manche Freiheit eines städtischen Handwerksmeisters verzichten. Doch im Gegenzug erfuhr er eine immense Aufwertung seines Status als Künstler, hatte ein vergleichsweise sicheres Einkommen und Reklame bei potentiellen weiteren Auftraggebern gratis obendrein. Zudem war an den Höfen anders als in den Städten »Originalität« anstelle »ranggemäßer Konformität« eher gefragt. Es spricht deshalb vieles dafür, so Warnke, daß der Hof-Künstler – aus heutiger Sicht meist als Gegenbild zum einsam-autonomen Künstler der Moderne angesehen – der historische Vorläufer eben des `modernen' Künstlers gewesen ist.

So wie seine Nobilitierung bei Hofe mit einer neuen Abhängigkeit einherging, so scheint gegenwärtig das Verhältnis zwischen Künstlern und gesellschaftlichen Interessenträgern sich zu verändern. Mit den privaten Sponsoren ist es wie mit den privaten Sendern. Sie können es sich eher leisten, Ungewöhnliches und Unpassendes zu fördern, als öffentliche: Sie sind keinen demokratischen, auf ästhetischem Gebiet allemal nivellierend wirkenden Regeln unterworfen, müssen unter Umständen sogar vielmehr daran interessiert sein, den Anschluß an die Avantgarde nicht zu verpassen. Daß »West« die

neuen russischen Künstler unterstützt, ist kein Zufall: Bei ihnen findet tatsächlich noch so etwas wie eine Auseinandersetzung statt, und das Sujet, an dem sie sich abarbeiten, ist schier unerschöpflich: die Kultur des Sozialistischen Realismus und Realen Sozialismus schreit schließlich geradezu nach einer würdig-bösartigen Abrechnung.

Aber automatisch gibt's diese Liberalität nicht, noch weniger hat sie mit Befreiung zu tun. Was da stattfindet, ist ein Strukturwandel der Abhängigkeit. Großunternehmen werden sich Hof-Künstler halten, und diese werden wie weiland Mantegna und Michelangelo großmäulig Privilegien und Freiheiten einfordern und den mehr oder weniger weiten Rahmen, der ihnen gesetzt ist, auszuweiten versuchen. Weshalb sollte für öffenliche Großveranstaltungen wie die Documenta anderes gelten? Zigarettenfirmen haben es nicht nötig, inhaltliche Vorgaben zu machen, in das Konzept einzugreifen, Kritisches auszugrenzen. Nicht eine bestimmte Kunst – die Kunst an sich wird ihnen zum Werbeträger. Längst ist die Werbegraphik einer der wichtigsten Bereiche ästhetischer Neuerungen, seit Jahrzehnten hat die Ikonographie der Werbung Eingang in die Kunstproduktion gefunden, da ist es nur konsequent, wenn die Kunst selbst zur Werbung wird. Rembrandts »Bathseba«, Tatlins »Turm der 3. Internationale« und Naumans »Anthro/Socio«-Installation – vor dem Marketing sind alle gleich.

Ein Gang durch die Documenta. Ohne Zweifel: Hier gibt es Sehenswertes; die hauptsächliche Schwierigkeit besteht darin, es aus der Fülle der Eindrücke erst herauszufiltern. Natürlich muß man nicht unbedingt nach Kassel fahren, um gute zeitgenössische Kunst zu sehen; der Gang in die nächste Galerie oder Kunsthalle erfüllt allemal denselben Zweck. Aber die Documenta bietet eben neben einem breiten Ausschnitt aus der aktuellen Kunstszene zusätzlich mit Fridericianum, Orangerie und Englischem Garten ein herrliches Ambiente. Und solch einen Kunst-Kirchentag mit Kunstfrittenbuden, Kunstbuchcontainern und Fernsehkochkunst gibt's halt auch nicht alle Tage zu sehen.

Verena Krieger schrieb in LITERATURKONKRET Nr. 16 (1991) über Kunst in der Sowjetunion

Konkret 08/92, S. 61

Peter O. Chotjewitz

Am Ende der Fahnenstange? Geisterbahn und Disneyland

□ Wenn man□s kann, ist es keine Kunst nicht, und wenn man□s nicht kann, ist es erst recht keine□ (Karl Valentin) - zwei Bericl von der Dokumenta IX, der Welt größter Ausstellung zeitgenössischer Kunst, die noch bis zum 20. September in Kassel zusehen ist

In ästhetischer Hinsicht sind die Grenzen nach wie vor fließend, und der »erweiterte Kunstbegriff« wird zum Segen für das Fähnlein der eingeweihten Interpreten und Reisenden in Sachen Art-consulting sicher noch einige Zeit in Kraft bleiben. Es gehört ja nicht nur auf Großausstellungen zum Wesen der Kunst unserer Tage, daß der Feuerlöscher in der Ecke und das Seil an der Decke, der unordentliche Vorhang und die demolierte Sitzbank, der Griff in der Hand und die Tür in der Wand Teil der Ausstellung sein können, aber auch Interieur.

Die Documenta IX bringt insoweit nichts grundsätzlich Neues und ist nebenbei auch ein ferner Gruß einer längst verstaubten Avantgarde, über deren Zielvorstellungen niemand mehr nachdenkt, weil sie anderes im Sinn hatte, als eines Tages hoch subventioniert zu werden und gehandelt wie die festverzinslichen Inhaberschuldverschreibungen der Luxemburger Tochter einer deutschen Bank. Scharen von Künstlern der sechziger Jahre, die mit dem Schlachtruf »Kunst gleich Leben, Leben gleich Kunst!« den Markt stürmten und den Handel zeitweilig verunsicherten – linke Kunsterzieher, die ihren Zöglingen im Kunstleistungskurs weiszumachen versuchten, auch die Straßenbahnfahrkarte sei ein Kunstwerk – haben zu dieser Entwicklung ebenso beigetragen wie ein Heer von Malern, die aus verständlichen Gründen nicht mehr wissen, was sie noch malen könnten.

Woran erkennt man aber nun als fachlich ungebildeter Laie, ob man es – wie in Kassel am Tag der Vorbesichtigung – mit Werkzeug und Materialien zu tun hat, die noch von den soeben erst beendeten Aufbauarbeiten stammen oder um Exponate? Man erkennt es an der Art der Zurschaustellung. In dieser Hinsicht stellt die Documenta IX fast alles zur Schau und übertrifft noch, was bisher an Ausstellungsästhetik Usus war. Die Sensibilität, mit der hier, vor allem im Hauptgebäude, dem Fridericianum (am wenig-sten noch in den vollgestopften Containern auf der Karlsaue), selbst banalste Gegenstände und dürftigste Ideen gehängt, gestellt, installiert und als Kostbarkeiten dargeboten werden, wird jeden Künstler, der sich mit den üblichen Ausstellungsbedingungen begnügen muß, neidisch machen und konditionieren.

Wenn der Genter Museumsdirektor Jan Hoet und seine Mannschaft mit einem Etat von etwa sechzehn Millionen in Kassel eines gewollt und erreicht haben, dann dies: zu zeigen, daß jedes Kunstwerk, egal ob ein Gemälde von Francis Bacon, ein Baustellenklosett von Hoch-Tief oder die Äpfel und Hüte von Dimitrijewic, von seiner Präsentation abhängt, bis es abgehängt wird. Daß eine emsige Putzfrau den Fettrand an der Baby-Badewanne entfernt, könnte in Kassel nicht passieren. Das Marxsche Bonmot: »Der Künstler macht Kunst, wie die Seidenraupe spinnt« ist dort so obsolet wie Artmanns Bekenntnis: »Etwas ist Kunst, weil es von einem Künstler gemacht wird« oder Valentins Sottise: »Wenn man’s kann, ist es keine Kunst nicht, und wenn man’s nicht kann, ist es erst recht keine«.

Kunst ist, was in einer Weise öffentlich präsentiert wird, die es als Kunst ausweist, die es wert ist, auf einer Weltausstellung wie der Documenta als solche präsentiert zu werden. Alles andere Insistieren auf Kunst und Künstlern, die noch ihrer Entdeckung harren, auf Kunst, die durch sich selbst oder durch Zielsetzungen immanenter oder außerkünstlerischer Art ihren Anspruch begründet, auf Kunst, die unterdrückt wird, ist voluntaristisch mit allen dazugehörenden Peinlichkeiten. Aber das Wesen der Präsentationskunst, die nicht zugleich Repräsentationskunst sein muß (die gibt es auch, sogar in Masse, und mit ihr verdienen Galeristen wie Künstler das dicke Geld), reicht weiter und geht bis hin zur Umfunktionierung oder Neudefinition des Kunstwerks.

So verwandeln sich die drei Klassiker Ensor, Gauguin und David, die in Kassel ebenso wie eine große Arbeit von Beuys in zwei demonstrativ vergitterten Tresorräumen interniert sind, einfach dadurch, daß man sie gewissermaßen wie das Gold von Fort Knox verwahrt, unerreichbar und nur undeutlich sichtbar, in mythologische Eileiter, aus denen sich mittels vielfacher Zellteilung der Rest der Ausstellung quasi zwangsläufig ergibt. Diese Art der Zurschaustellung einiger Urwerke ist zugleich ein subtiler Hinweis auf die Lage der offiziellen Westkunst (mit durchaus kulturkolonialistischem Anspruch) überhaupt. Die Innovationsgestik wird aufgegeben. An ihre Stelle tritt die, durchaus auch experimentelle, ereignisreiche und erhellende Variation der Variation inzwischen etablierter Methoden und Materialien.

Künstler der Dritten Welt oder aus nicht-europäischen Industriezivilisationen sind willkommen, soweit sie sich der Ausdrucksformen und Denkschemata der abendländischen Moderne bedienen. Südsee ja (Gauguin), aber im Stil avancierter europäischer Geschmacksmuster. Insoweit hängt auch Davids ermordeter Marat nicht von ungefähr im Zwehrenturm: als Metapher der Vergeblichkeit sozialen und politischen Aufbegehrens und der Absurdität der Geschichte.

Dies sei eine Documenta der Künstler, nicht eine der Ausstellungsmacher und ihrer etwaigen Konzeptionen, verkündete Veranstaltungsleiter Hoet in einem der Bulletins, mit denen er seit seiner Ernennung vor drei Jahren die Fachjournalisten selbst über so erhebende Details wie die Zahl der unverlangt eingesandten Exponate und ihre Verwertung zu unterrichten pflegte (sie wurden sorgfältig archiviert und stehen der Nachwelt zur Verfügung). Tatsächlich habe ich die Documenta IX spannender und animierender gefunden als frühere Veranstaltungen dieses Labels (und als andere Mammutausstellungen sowieso). Wie es scheint, hat hier ausnahmsweise ein Ausstellungsmacher den Mut besessen, die Seilschaften des Kunstmarktes ein wenig zu kappen und sein Projekt nicht einfach nur als mehr oder weniger individuell und originell gestaltete Mustermesse und Namensbörse der auch international tonangebenden Spitzenfirmen des Verbandes progressiver deutscher Kunsthändler zu begreifen.

Zwar gibt es auch hier reichlich Künstler, die bereits auf früheren Documentas vertreten waren. Andere, die bestimmten Monopolgaleristen, Szenegurus oder Kunstakademiepräsidenten zugeordnet werden können, treten gleich rudelweise auf (darunter ein Mensch, der wegen faschistischer Attitüden von der Documenta VIII ausgeschlossen werden mußte), aber die persönliche Handschrift des einstigen Amateurboxers Hoet ist unverkennbar. Das hat einerseits zu einer drastischen Verminderung des klassischen Repertoires geführt. Die Documenta IX ist überwiegend eine Ausstellung von»Räumen« und, im Außenraum, von Großobjekten und regelrechten Bauwerken.

Andererseits ist es beeindruckend, mit wieviel Einfallsreichtum eine Reihe von Künstlern die ihnen zugestandenen Räume gestaltet haben. Es gibt wirklich alles: Video-Installationen und Projektionen, Luft und Wasser, rotierende Säulen, Springbrunnen, zwei Dunkelkammern, einen raschelnden Zollstockwald, Räume voller Uhren und Punchingbälle, die einen fast erschlagen, einen lebenden Macho mit einer riesigen Dogge wie aus einem Film von Greenaway, Kacheln auf dem Fußboden, Reisigbesen an der Wand, einen bizarren Flugkörper, eine duftende Bienenwachsinstallation (eine Hommage an Beuys?), die Röntgenaufnahmen des Kopfes einer trinkenden Künstlerin, einen Mann, der auf einer dicken Stange himmelwärts strebt, Edelsteine, zwei magisch leuchtende Fahrstühle, die man sogar benutzen kann, Schallräume, die einen akustisch mürbe machen, eine atmende Riesenglühbirne etc., etc.

Die nervtötende Einseitigkeit der vorigen Documenta, die über weite Strecken einer Heimwerkermesse glich, hat zu einem Umschlag in eine spielerische, phantasievolle, zum Teil auch angsteinflößende Vielfalt der Materialien und Methoden geführt. Vor allem das Fridericianum ist – um einen gewiß hinkenden Vergleich zu ziehen – auch eine Mischung aus Geisterbahn und Disneyland. Erlebnisurlaub im Museum für 100 Tage.

Interessant ist dabei ein Nebenaspekt. Die Kunst, wie sie sich hier präsentiert, ist nur noch bedingt als Handelsware geeignet. Auch Großsammler werden weder die umbaute Fläche noch den Nerv haben, sich eine Video-Installation wie Bruce Naumanns »Anthro/Socio«, die auch akustisch schwer erträglich ist, ins Haus zu holen. Das meiste ist ohnehin nicht transportabel, sondern kann nur, wenn man genug Geld und Platz hat, nachgebaut werden. Hier ist so etwas wie eine Tendenz zu bemerken (auch wenn die Firma Hoet das Ansinnen, Trends setten zu wollen, von sich weist). In einer Zeit, in der das große Geld in Kunstobjekte gesteckt wird, die man im Panzerschrank verwahrt, im Magazin einer internationalen Kunstspedition zwischenlagert und nur zu einem kleinen Teil als Bestandteil der Inneneinrichtung verwendet, weichen Künstler, Galeristen (denn natürlich stehen auch die neuen Raumausstatter irgendwo unter Vertrag) und Ausstellungsmacher, die sich nicht damit begnügen möchten, kilometerweise Wandflächen mit Exponaten zu behängen, deren Urheber eh schon zum Repertoire jeder modernen Sammlung gehören, auf eine relativ neue Kunstgattung aus, deren Elaborate einfach aufgrund ihrer Dimensionen nur als Kunst am Bau oder in großen Sammlungen der öffentlichen Hand Bestand haben können.

Daraus ergibt sich eine zweite, aparte Paradoxie. Gerade die Kunstgattung, die am stärksten auf jüngste Traditionen europäischer Avantgarde und Experimentierfreude zurückverweist, ist bereits konzeptionell museale Kunst oder Denkmal (auf Neusprech: Plastik im öffentlichen Raum). Der so bezeichnete Trend ist vermutlich auch eine Reaktion auf die Lage am Bildermarkt – wie die augenblickliche Ästhetik des Tafelbildes wohl auch eine Reaktion auf neues Käuferverhalten ist. Der Trend am Bildermarkt geht eindeutig weg vom provokanten und deshalb kurzlebigen und hin zum nichtssagenden und deshalb langlebigen Bild. Abstrakte, informelle Malerei ist längst wieder als Meterware für Leute, die ihre Tapete nicht mögen, im Angebot, in vielfältigen aparten Dessins und Farbtönen (Modefarben der Saison sind schmutziges Grün und bleiches Ockergelb), wie sie schon in den sechziger Jahren von Altmeister Pohlke durch den Kakao gezogen wurden.

Das hat leicht durchschaubare Ursachen: Wer sich fünfzigtausend Mark oder mehr in Form von zwei Quadratmetern Leinwand in die Wohnlandschaft oder die Kassenhalle hängt, möchte sich nicht auch noch pikierte Bemerkungen der Hausfreunde oder der vermögenden Stammkundschaft anhören, und auch im öffentlichen Museum sind formal und/oder thematisch provozierende Malereien im Hinblick auf Kommunalpolitiker, die am liebsten nur Kunsthallen ohne Inhalt bauen lassen würden, recht selten anzutreffen. Die Kasseler Ausstellung treibt diese Mißachtung eines unentbehrlichen Teils der Malerei auf die Spitze. Was hier an Malerei zu sehen ist, bleibt größtenteils sogar noch hinter dem gängigen Galerie-Angebot zurück. Da ist selbst im Tapetenmuseum Besseres zu sehen.

Es gibt in der Neuen Galerie einen Gang mit Documenta-Arbeiten, der unvermittelt in einen kleinen Saal mündet. Auf einmal steht der müde Wanderer zwischen den Welten vor Bildern von Hödicke, Bunk und anderen, die durch ihre Frische und Aktualität, ihre intellektuelle und malerische Unbestechlichkeit bestechen. Selbst Gerhard Richter, von dem in den Aue-Containern fast nur schlecht plazierte, schwache Arbeiten zu sehen sind, ist hier mit einem sehr typischen und starken Porträt des Documenta-Gründers Arnold Bode vertreten. Es ist dies freilich ein Saal mit Arbeiten der ständigen Kasseler Sammlung. Anzunehmen ist, daß dieses schroffe Nebeneinander beabsichtigt war. Vielleicht als kleiner augenzwinkernder Hinweis der diesjährigen Documenta-Macher: Wir wissen, es geht auch anders, und es gibt auch andere Malerei als die glatten, zugespachtelten, monochromen Schinken, die wir ausgewählt haben.

Man könnte genausogut eine andere, thematisch stärkere, Ausstellung machen, zumindest was die Malerei betrifft, und dann wären mit Sicherheit auch ein paar Frauen dabei.

Peter O. Chotjewitz ist Schriftsteller und lebt in Köln. Zuletzt hat er den Roman »Bevor sie euch töten« von G. Fava übersetzt

Konkret 08/92, S. 64

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

In diesem Sturmblatt schreibt Hans-Jochen Vogel, der Verstorbene sei

ein Vorkämpfer gegen die Auschwitzlüge

gewesen. Wenn ein Sozi für einen völkischen Beobachter den Nachruf auf einen jüdischen Vorkämpfer verfaßt, kann es geschehen, daß die Sprache auf einem liegengebliebenen Gewissen ausrutscht und deshalb der Heinz Galinski das Totenbett für den David Irving räumen muß.

Die liberale dänische Tageszeitung »Politiken« hatte berichtet, daß sich Dänemarks Außenminister an dem Computerspiel »Schloß Wolfenstein« versucht habe, in dem es darum geht, aus einem streng bewachten Nazi-Gefängnis zu entkommen. Natürlich die »Welt«, aber auch andere deutsche Redaktionen mußten schon wenige Tage nach dem skandalösen Auftreten der Herren Flemming Povlsen, Peter Schmeichel und John »Faxe« Jensen einen weiteren Beweis für den Deutschenhaß der »blutdürstigen Dänen« (»Politiken«) melden. Hannovers »Neue Presse« traf am besten:

Dänische Zeitung wirbt für neues Spiel: »Schlagt die Deutschen tot«

»Politiken« jedoch ließ die deutschen Schriftleiter so dumm in der Gegend stehen wie Brian Laudrup den deutschen Abwehrchef Kohler:

Hvis tyskerne identificerer sig så st_rkt med nazisterne, så har de da et problem.

Tyskerne – das ist jener Stamm, der dafür geliebt wird, daß er an Jütlands Stränden auf den Zinnen seiner Sandschlösser mitgebrachte Flaggen hißt und mit Muschelschalen die Aufschrift bildet: Betreten verboten.

Genug genörgelt. Associated Press meint zwar:

Von den im Mai für ganz Deutschland registrierten 79.811 Infizierten kamen nach Schätzung der Deutschen Aids-Hilfe nur etwa 300 aus Ostdeutschland.

Aber der Kanzler hat versprochen, gleiche Lebensverhältnisse herzustellen.

»Bild am Sonntag« brachte ihre Köpfe vierfarbig aufs Titelblatt:

24 prominente Deutsche, die gut verdienen, bieten freiwillig an: Wir wollen mehr Steuern zahlen!

Nämlich »für den Aufbau im Osten«. Daß Künstler wie Gottschalk, Schreinemakers, Walser und Littbarski es sich leisten können, glaubt man gern, und auch dem Brillen-Fielmann traut man zu, daß er einen Pfennig dazubezahlen kann. Sorgen machte ich mir nur um den Vorsitzenden Engholm, aber eine Kennerin des kunstmalerischen Schaffens seiner Ehefrau wußte Beruhigendes. Was Vati an die Zonis abgeben will, sagte sie, das pinselt Mutti leicht wieder rein.

Das Allerneueste:

Bis zur Hälfte eines Baumstammes geht als Abfall verloren, wenn aus ihm Bretter geschnitten werden. Der japanische Forstwissenschaftler Yoshinori Kobayashi hat jetzt ein Verfahren entwickelt, mit dessen Hilfe Baumstämme vor dem Zersägen in eine quadratische Form gebracht werden können. Wie die englische Fachzeitschrift »New Scientist« berichtet, arbeitet Kobayashi mit einem recht einfachen Verfahren. Der Japaner läßt die noch runden Holzstämme in einem speziell entwickelten Mikrowellenofen »kochen«. Bei Temperaturen um 100 Grad Celsius wird das Holz so weich und formbar, daß es sich mit Hilfe einer Presse in die gewünschte quadratische Form bringen läßt.

Mir ist so, als wäre das die beste Nachricht seit tja, seit wann eigentlich? Sagen wir mal: – seit dem Tod des Altbundeskanzlers Kiesinger.

Aus dem Sonderdruck der »Bild«-Zeitung zu ihrem 40jährigen Bestehen:

Denn es stimmt ja: Abtreibung, Gewalt und Vergewaltigung auf der Straße, im Schlafzimmer oder im Kinderzimmer – all diese Themen wurden von BILD oft früher und genauer aufgenommen als von weiten Teilen der linken oder linksliberalen Presse.

Wer schreibt das? Erste Hilfe:

BILD handelt bekanntlich eher mit Emotionen denn mit Fakten. Das erhitzt die Gemüter. BILD ist ein Fieberthermometer. Und nur zu gern halten die Macher von BILD ihr Blatt ins offene Feuer - das treibt die Temperaturen,

weil jetzt das Thermometer brennt? Wer ist's? Letzte Hilfe:

BILD ist kein Wolf im Schafspelz, sondern ein Wolf, der Kreide gefressen hat... Vielleicht sollte also der BILD-Wolf sein Thermometer öfter mal ins Frauenfeuer halten. Nicht unbedingt aus Einsicht und auch nicht aus Nettigkeit – sondern ganz einfach zur Steigerung der Auflagenkurve.

Nun also: Wie heißt die Gratulantin? Richtig. Und so stellt »Bild« sie auch vor:

Alice Schwarzer galt jahrelang als stramme Emanze. Jetzt arbeitet sie auch als Talkmasterin und Rate-Füchsin.

Besser hätt' ich es nicht sagen können.

Wie sogar die »Tageszeitung« mich einmal einen großen Schritt weitergebracht hat:

Der Hamburger Josef Viehauser ist Koch des Jahres. Im Topf hatte er jüngst eine »kulinarische Huldigung« für den Politiker von gestern, Michail Gorbatschow. Zum Abschluß ihres (gemeint: seines) Besuchs gab es Sülze von Borschtsch mit Buchweizengrütze und Kaviarcrème. Danach folgten Gänsestopfleber, Steinbutt auf Räucheraalsauce mit geschmortem Kürbis und Kasseler vom Lamm mit Bohnen und Paprika.

Seit ich dies gelesen habe, weiß ich sicher, was ich schon ahnte: daß dieser Koch des Jahres gar nicht kochen kann. Wer Kaviar zu Crème verarbeitet, wer von der Idee sich auch nur streifen läßt, dem feinsten Fisch der nördlichen Meere den aufdringlichen Geschmack geräucherten Aals beizumengen, wer schließlich einen Lammrücken pökelt, der, ja, glaubt mir, der ißt auch Seezungenröllchen an Champagnerrahm, hört Milva und erwartet, daß der Ploetz dem Gorbatschow drei Sterne gibt.

Was gut ist, dachte sich der Theo, ist je öfter desto besser:

Die Alte Welt wollte endlich heraus aus den düsteren Schatten ihrer Geschichte; heraus aus den Schützengräben; heraus aus der nationalen, nationalistischen Eigensucht von ehedem.

Ist das nicht affentittengut, das crescendierende Ostinato dieses dreifach gejubelten »Heraus, heraus, heraus« , wenn man mal davon absieht, daß es »Hinaus, hinaus, hinaus« heißen mußte, und es einmal genug gewesen wäre? Immerhin läßt sich beim Theo fast immer rekonstruieren, was er hätte meinen wollen, wenn er's sagen könnte. Von seinem Schüler Klaus Hartung gilt das leider nicht:

Der Bonner Gestenkatalog geht seit Monaten in diese Richtung:

?

Diese Bonner Besitzergesten ignorieren die Geschichte, die Wünsche und die verborgene Schönheit der Stadt.

??

Wenn schon das Vakuum der Berliner Stadtöffentlichkeit absolutistische Allüren fördert,

???

sollte man doch daran erinnern, daß es nicht nur Besitzabsolutismus gibt.

Was ist ein Gestenkatalog? Wie stellen Besitzergesten es an, wenn sie verborgene Schönheiten ignorieren wollen? Was ist das Vakuum einer Öffentlichkeit? Theo, hilf!